





# 1945

**- als Flüchtling in Wedel**

Eine Dokumentation der Stadt Wedel zur Nachkriegsgeschichte

---

## **Impressum**

Herausgegeben von der Stadt Wedel mit Unterstützung des Landes Schleswig-Holstein  
Verfasserinnen: Anke Rannegger, Sabine Weiss, Christine Pieper  
Redaktion: Carsten Dürkob  
Gesamtherstellung: Druckerei in St. Pauli  
Copyright: Mai 1995, Stadt Wedel

### **Autorinnenverzeichnis:**

Anke Rannegger, Archivarin der Stadt Wedel  
Sabine Weiss M.A., Leiterin des Heimatmuseums Wedel  
Christine Pieper, Studentin der Universität Hamburg  
Redaktionelle Bearbeitung: Carsten Dürkob M.A.

### **Danksagung**

Die Verfasserinnen danken im besonderen Herrn Dr. Zillmann vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein für die unkomplizierte Zusammenarbeit und Carsten Dürkob für die weitreichende redaktionelle Bearbeitung.

Außerdem danken wir allen Kollegen im Rathause, insbesondere der EDV-Abteilung und den Damen des Zentralen Schreibdienstes für ihren unermüdlichen Einsatz.

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	Seite 5
<b>Einleitung</b> .....	Seite 6
Quellenlage und Begriffserklärung .....	Seite 6
<i>Anke Rannegger, Christine Pieper</i>	
Zur Situation in Schleswig Holstein .....	Seite 8
<i>Sabine Weiss</i>	
<b>Wedel 1945</b> .....	Seite 10
Flüchtlingsbewegungen .....	Seite 11
Wohnraumsituation .....	Seite 12
<i>Anke Rannegger unter Mitarbeit von Carsten Dürkob</i>	
<b>Barackensiedlungen</b> .....	Seite 16
»Lager II«, Beksberg .....	Seite 18
»Lager Rosengarten« .....	Seite 26
Flüchtlingsdurchgangslager in der Elbstraße .....	Seite 29
»Feldstraße« .....	Seite 31
»Steinberg« .....	Seite 34
Wohnlager »Galgenberg« .....	Seite 37
»Wohnkolonie Elbhöhe« .....	Seite 39
<i>Anke Rannegger</i>	
<b>Versorgungslage</b> .....	Seite 41
<i>Anke Rannegger</i>	
<b>Flüchtlingsbetreuung</b> .....	Seite 50
<i>Sabine Weiss</i>	
<b>Medizinische Versorgungslage</b> .....	Seite 52
<i>Christine Pieper</i>	
<b>Wedels Schulen</b> .....	Seite 57
<i>Sabine Weiss</i>	
<b>Helgoländer Flüchtlinge in Wedel</b> .....	Seite 61
<i>Anke Rannegger</i>	
<b>Zeitzeugen-Gespräche</b> .....	Seite 66
<i>Christine Pieper</i>	
<b>Neuorientierung</b> .....	Seite 71
<i>Sabine Weiss</i>	
<b>Anlagen</b>	
Zeittafel .....	Seite 74
Auszüge aus den Verwaltungsberichten 1945-1947 .....	Seite 76
Barackenordnung .....	Seite 86
Grafiken .....	Seite 88
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	Seite 91

Die deutschen Länder unter den Besatzungsmächten bis 1949



(aus: Hans Dollinger/Thilo Vogelsang (Hrsg.): Deutschland unter den Besatzungsmächten 1945–1949. Seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten, München 1967, S. 148 )

## VORWORT

Zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Kriegsendes finden Veranstaltungen verschiedener städtischer Institutionen und kultureller Einrichtungen in Wedel statt.

Im Rahmen der historischen Aufarbeitung der Nachkriegszeit zeigen das Heimatmuseum und das Stadtarchiv Wedel die gemeinsam erarbeitete Ausstellung »1945 - als Flüchtling in Wedel«. Fotos, Filme, Dokumente, Zeitzeugengespräche und Alltagsgegenstände thematisieren Probleme der Wohnraum-, Lebensmittel- und Gebrauchsgüterversorgung, aber auch erste Ansätze der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Neuorientierung. Sie vergegenwärtigen die vielschichtige Beziehungsstruktur zwischen Einheimischen, Ausgebombten, Flüchtlingen und Displaced Persons.

Die gegenwärtige Einwohnerzahl und Infrastruktur Wedels lassen sich ohne den Blick auf die Flüchtlingsströme, eine der folgenreichsten Auswirkungen der verheerenden NS-Kriegspolitik, nicht begreifen: Die Zahl von 8.000 Einwohnern verdoppelte sich nahezu durch den Zuzug der Flüchtlinge, deren Integration nicht ohne Schwierigkeiten und Verletzungen verlief. Aber der »Brückenschlag« zwischen Einheimischen und Zugewanderten ist gelungen und sollte ein Beispiel sein, auch heute, 50 Jahre danach, Vorurteile gegen Menschen anderer Herkunft aufzudecken und abzubauen.

Danken möchten wir allen, die zum Gelingen des Ausstellungsprojektes beigetragen haben, insbesondere den Betroffenen selbst, die als wichtigste und lebendigste Quelle der Zeitgeschichte ihre persönlichen Erinnerungen an Erlebnisse, die bis heute als belastend empfunden werden, zur Verfügung gestellt haben.

Wir danken dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein und der Stadt Wedel für die Förderung dieses Ausstellungs-Begleitbandes.

Wedel im Mai 1995,

Anke Rannegger  
Sabine Weiss  
Christine Pieper

---

## Einleitung

### Quellenlage

Den zentralen Aktenbestand für die vorliegende Darstellung bildeten die Archivalien des Stadtarchivs Wedel, im besonderen die Akten des Fürsorge- und des Wohnungsamtes und die Protokolle der Wedeler Stadtvertretung. Besondere Schwierigkeiten, diesen bislang noch nicht aufgearbeiteten Zeitraum der jüngeren Stadtgeschichte zu erforschen und zu dokumentieren, ergeben sich aus der lückenhaften Überlieferung in der Zeit vor 1948. Die Stadtverwaltung arbeitete in diesem Zeitraum im Ausnahmezustand: Viele langjährige Mitarbeiter waren gefallen, in Kriegsgefangenschaft oder durften als ehemalige NSDAP-Mitglieder nach den Beschlüssen der Entnazifizierungskommission nicht mehr in der Stadtverwaltung arbeiten. Die verbliebenen und die neuen Angestellten und Aushilfen versuchten, der immensen Arbeit gerecht zu werden, indem sie Einsatzstäbe und Arbeitsgruppen bildeten. Die Anweisung eines Arbeitsvorganges, z.B. die Einweisung einer Flüchtlingsfamilie in eine Unterkunft, erfolgte meist mündlich, und über den weiteren Verlauf wurde selten eine Niederschrift angefertigt. Erst als sich der Zuzug von Flüchtlingen nach Wedel beruhigt hatte, wurden wieder Aktenvermerke angefertigt, um das Verwaltungshandeln zu dokumentieren.

Eine weitere Schwierigkeit lag in der lückenhaften Presseberichterstattung, die sich in der direkten Nachkriegszeit, unter anderem aus Gründen der Papierknappheit, fast nur auf öffentliche Bekanntmachungen beschränkte.

Aus dem Kreisarchiv Pinneberg wurde das Aktenmaterial über die Situation der Helgoländer Flüchtlinge verwertet, und im Landesarchiv in Schleswig waren Angaben über die Anzahl der Bewohner der Barackensiedlungen vorhanden. Nachforschungen in britischen Archiven wären noch zu leisten.

Wir haben versucht, die Lebensumstände der Flüchtlinge, und ihre Aufnahme in Wedel, aus den anonymen Zahlen und Berichten herauszuarbeiten; die verbliebenen Lücken in der Darstellung dieses Zeitraumes der Nachkriegsgeschichte zu füllen, wird die Aufgabe von Zeitzeugen sein. Zu bedenken ist aber, daß das menschliche Gedächtnis nach einem Zeitraum von 50 Jahren die Erinnerung z.T. verzerrt widerspiegelt, so daß die Erinnerungen der Zeitzeugen mit den städtischen Dokumenten und Akten in Widerspruch stehen können.

Für die Erforschung der Alltagsgeschichte wurden Zeitzeugengespräche mit Flüchtlingen, ausgebombten Hamburgern und Einheimischen geführt und als Quellenmaterial ausgewertet. Die Zeitzeugen haben über verschiedene Bereiche der Nachkriegsgeschichte wie Flucht, Verhältnis zu den Einheimischen, Versorgungslage, Existenzgründung, Währungsreform usw. berichtet. Im Rahmen der »Oral History« (mündliche Geschichtsschreibung oder Erfahrungsgeschichte) wird jeder Zeitzeuge und seine Lebensgeschichte als individuell und persönlich und ohne Anspruch auf Repräsentativität begriffen.

### Begriffsklärung

Im Zeitraum von Verlauf und Folgegeschichte des Zweiten Weltkrieges wurden rund 50 Mio. Menschen gezwungen, ihren angestammten Wohnsitz zu verlassen. Von den im folgenden aufgeführten Opfergruppen werden die beiden letztgenannten für diese Untersuchung thematisiert:

- die Flüchtlinge vor dem Faschismus, vor allem aus Deutschland und Spanien und später aus den von deutschen Truppen besetzten Ländern;
  - die Zwangsdeportierten: Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Minderheiten (vor allem Juden);
  - die deutschstämmigen Opfer der nationalsozialistischen »Heim-ins-Reich« Politik, die vielfach unter Zwang durchgeführt wurde;
  - die Flüchtlinge aus den Kampfzonen, vor allem die sogenannten »Ostflüchtlinge«, die einem Über-
-

rollt werden durch die Rote Armee zu entfliehen versuchten;  
 - schließlich die Opfer der Massenvertreibungen nach Kriegsende.<sup>1</sup>

Über 18 Mio. Menschen wurden zwischen 1939 und 1945 durch die NS-Politik aus ihren Wohngebieten zwangsumgesiedelt, und etwa 15 Mio. Menschen wurden von der Sowjetunion deportiert.

Auch die politischen Vertreter der Westmächte befürworteten die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, so äußerte sich Winston Churchill zu diesem Thema auf der Konferenz von Jalta 1945:

»Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen vom Osten nach dem Westen oder Norden müßte durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen - denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen - aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel.«<sup>2</sup>

Im Juli/August 1945 sanktionierte die Potsdamer Konferenz die Vertreibung fast aller Deutschen aus den ehemals deutschen Ostgebieten, der Tschechoslowakei (Sudetenland) und Ungarn. Über 3 Mio. Menschen kamen dabei um, und ca. 30 Mio. Europäer (davon 60% Deutsche) verloren ihre Heimat. Zur Erklärung der verwendeten Flüchtlingsbegriffe beziehen sich die Autorinnen auf die Angaben des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, die aufzeigen, »daß selbst gleiche Personenkreise zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich bezeichnet wurden. [...] Bei den im wesentlichen einheitlich durchgeführten ersten Volkszählungen nach dem Krieg (1946, 1950) behalf man sich für die Durchleuchtung des Flüchtlingsgeschehens mit dem statistisch leicht erfaßbaren Ersatzmerkmal des Wohnsitzes am 1.9.1939«.<sup>3</sup>

Der Oberbegriff **Flüchtlinge** wird hier verwendet für folgende Personengruppen:

#### **Vertriebene:**

Inhaber des Flüchtlingsausweises A oder B.

Personen deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit, die (zu bestimmten Zeitpunkten) im deutschen Reichsgebiet östlich der Oder und Görlitzer Neiße, einschließlich des von Polen eingegliederten Gebietes westlich der Odermündung (kurz als Oder-Neiße-Linie bezeichnet) oder im Ausland gewohnt haben.

Maßgebend für ihre Abgrenzung war der Gebietsstand des Deutschen Reiches am 31.12.1937 (Österreich, das Sudetenland, Danzig und das Memelland waren also Ausland).<sup>4</sup>

#### **Zugewanderte:**

Inhaber des Flüchtlingsausweises B 1.

Personen deutscher Staats- und Volkszugehörigkeit, die (zu bestimmten Zeitpunkten) in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ/DDR) oder in Berlin (West- und Ostberlin zusammen) gewohnt haben, und Personen, die n a c h Kriegsende aus der SBZ/DDR oder aus Ostberlin in das Bundesgebiet (einschließlich Westberlin) zugezogen sind.

#### **Sowjetonenflüchtlinge:**

Inhaber des Bundesflüchtlingsausweises C.

Dieser Personenkreis enthält auch ehemalige Einwohner der SBZ/DDR, die v o r Kriegsende unter bestimmten Voraussetzungen in das spätere Gebiet der BRD zugezogen sind.

Eine weitere Personengruppe bilden die **Evakuierten**, die (zu bestimmten Zeitpunkten) aus dem übrigen Gebiet der Bundesrepublik nach Schleswig-Holstein zugezogen sind oder eingewiesen wurden (Inhaber des Flüchtlingsausweises B 2 oder B 3) und die **Displaced Persons (DPs)**. Als DPs werden Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit bezeichnet, die während des Zweiten Weltkrieges von

<sup>1</sup> Nuscheler, Franz: Das Jahrhundert der Flüchtlinge. In: Schulze, Rainer u.a. (Hg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hildesheim 1987, S. 11.

<sup>2</sup> Zitiert nach: Theisen, Alfred: Die Vertreibung der Deutschen - ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 7-8/95. Bonn 10.02.1995, S. 23.

<sup>3</sup> Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hg.): Das Flüchtlingsgeschehen in Schleswig-Holstein infolge des 2. Weltkrieges im Spiegel der amtlichen Statistik. Kiel 1974, S. 12.

<sup>4</sup> Nach dem Bundesvertriebenengesetz vom 3.9.1971 als Vertriebene definierte Personen.

den Deutschen oder deren Verbündeten in das Gebiet des Deutschen Reiches verschleppt wurden oder dorthin geflüchtet waren (etwa 8,5 Mio. Fremd- oder Zwangsarbeiter, internationale Flüchtlinge oder Verschleppte). Sie wurden nach Kriegsende von Hilfsorganisationen der UN betreut (1945: UNRRA = United Nations Relief and Rehabilitation Administration, 1947: IRO = International Refugee Organisation) und zum größten Teil repatriert oder in andere Staaten umgesiedelt. Die verbliebenen DP's genießen einen besonderen Rechtsstatus als heimatlose Ausländer, sofern sie nicht eingebürgert wurden.

## Zur Situation in Schleswig-Holstein

Die Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins betrug nach den Zählungen am:

17.05.1939	- 1.589.000
29.10.1946	- 2.590.000
13.09.1950	- 2.595.000
25.09.1956	- 2.252.000 <sup>5</sup>

Der Großteil der Wedeler Flüchtlinge kam aus den Flüchtlings Sammellagern. In Schleswig-Holstein gab es zwei große Durchgangslager für die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Ostgebieten, in Segeberg und in Pöppendorf bei Lübeck. Das Lager Pöppendorf wurde im Juli 1945 als Entlassungslager für die aus Norwegen zurückkehrenden deutschen Wehrmachtangehörigen eingerichtet, und zwar als Zeltlager für etwa 20.000 Personen. Die britische Militärregierung erteilte im Oktober 1945 den Auftrag, das Lager in ein Durchgangslager umzubauen, das 3.000 Personen in winterfesten Quartieren Unterkunft bieten konnte.<sup>6</sup>

Beide Lager hatten die Aufgabe der »Registrierung, Überprüfung und Durchschleusung der über die Grenzen des Landes Schleswig-Holstein legal oder illegal Zu- oder Abwandernden in die Aufnahmekreise bzw. die für eine Aufnahme in Frage kommenden Länder.«<sup>7</sup>

Die Registrierung in einem der beiden Lager war unbedingte Voraussetzung für den Zuzug nach Schleswig-Holstein. Ab November 1945 wurden sämtliche schleswig-holsteinischen Lager auf deutscher Seite dem Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein unterstellt und somit in Zivilbetriebe umgestaltet, die vom Sozialdezernat des Landes betreut wurden.

Es kamen überwiegend Eisenbahntransporte mit bis zu 2.000 Personen und Schiffstransporte mit bis zu 5.000 Personen nach Pöppendorf. Im Durchgangslager wurden sie ein paar Tage betreut, bis der Platz für die nachrückenden Transporte gebraucht wurde. Dann wurden sie von dort aus mit der Eisenbahn oder großen Bussen auf die Kreise des Landes und von dort auf die Gemeinden verteilt.

Das Durchgangslager Segeberg wurde im September 1946 geschlossen, somit war Pöppendorf, bis zu seiner Auflösung im Januar 1951, das einzige Durchgangslager für die Vertriebenentransporte nach Schleswig-Holstein.

Im Februar 1945 trafen erste sogenannte »Rückgeführte« im Kreis Pinneberg ein. Im Juli 1945 wurden 44.400 ostdeutsche Flüchtlinge im Kreisgebiet gezählt. Die Zahl der hier lebenden »Fliegergeschädigten« und Evakuierten aus anderen Teilen Deutschlands betrug 24.934.<sup>8</sup>

Die organisierten Transporte der Flüchtlinge und Vertriebenen nach Schleswig-Holstein begannen im September 1945 zunächst mit der Aktion »Influx«, die einen zwischen den Besatzungsmächten vereinbarten Bevölkerungsaustausch in den Besatzungszonen durchführte. Im Zeitraum bis Februar 1946 wurden fast 300.000 Personen eingeschleust.<sup>9</sup>

Danach folgte im Frühjahr 1946 die Aktion »Schwalbe« für die Vertriebenen östlich der Oder-Neiße-Linie. Mit diesen Transporten kamen weitere 215.000 Personen nach Schleswig-Holstein, nach Wedel gelangten davon zwischen Oktober 1946 und September 1947 531 Personen.

Im Januar 1947 begann die Rückführung mehrerer tausend Flüchtlinge aus Dänemark (Aktion »Heimkehrende Taube«).<sup>10</sup>

<sup>5</sup> Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (1974), S. 10.

<sup>6</sup> Schier, Siegfried: Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. In: Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck. Hg. vom Archiv der Hansestadt, Reihe B, Bd. 7. Lübeck 1982, S. 118.

<sup>7</sup> Ebd., S. 119.

<sup>8</sup> Will, Frank: Rechts - zwei - drei. Nationalsozialismus im Kreis Pinneberg. Pinneberg 1993, S. 239.

<sup>9</sup> Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (1974), S. 17.

<sup>10</sup> Schier, Siegfried (1982), S. 121f.

In vier großen Wellen (1943 nach der Bombardierung Hamburgs, 1944 durch die Massenflucht aus den Ostgebieten, ab 1945 durch die Vertreibungen gemäß dem Potsdamer Abkommen und durch die Flucht aus der SBZ und Berlin) kamen rund 1,2 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene nach Schleswig-Holstein. Das bedeutete, ausgehend von 1,5 Mio. Einwohnern im Jahre 1939, daß auf je vier Einheimische drei Flüchtlinge entfielen, und daß die Bevölkerung in Schleswig-Holstein um über 70 % zugenommen hatte (der durchschnittliche Bevölkerungszuwachs in der Bizone betrug 22%). Kein anderes Land der Westzonen war im Verhältnis zu den Einheimischen so stark mit Flüchtlingen belegt wie Schleswig-Holstein.<sup>11</sup>



<sup>11</sup> Lüdemann, Hermann: Die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Kiel 1949, S. 10.

## Wedel 1945

Wedel war vor dem Zweiten Weltkrieg ein relativ wohlhabender Ort, der im Sommer viele touristische Besucher anzog. Er hatte 1939 8.400 Einwohner und eine gutgehende Wirtschaft.<sup>1</sup> Das Kriegsgeschehen ab September 1939 lag zunächst in weiter Ferne und wurde für die Bevölkerung erst spürbar, als immer mehr Frauen ihren Mann, oder Kinder ihren Vater verloren.

Zur Bedrohung für die Zivilbevölkerung wurde der Krieg, als sich die Bombenabwürfe und Luftangriffe häuften, die Gebäude der Stadt zerstörten und Menschenleben kostete. Ein besonders verheerender Bombenabwurf ging in der Nacht vom 03. auf den 04. März 1943 auf die Stadt Wedel nieder: er kostete 37 Menschenleben und zerstörte 70 % des Gebäudebestandes.<sup>2</sup> Drastische Veränderungen des Stadtbildes brachte im gleichen Jahr eine Großbaustelle mit sich: Die Kriegsmarine traf Vorbereitungen zum Bau einer verbunkerten U-Boot-Werft.<sup>3</sup> Die ersten Barackensiedlungen wurden errichtet für die ausgebombten Wedeler, für die Arbeiter der Baustelle und für Hamburger, die aus ihrer zerstörten Stadt evakuiert werden mußten.

Dann rückte die Bedrohung für die Stadt beängstigend nahe. Die Frontlinien der alliierten Armeen kamen nach der Landung in der Normandie im Juni 1944 nicht nur aus dem Osten unaufhaltsam näher an die Stadt Wedel heran. Amerikanische Truppen waren bereits in Hannover, als am 12.04.1945 für Hamburg der Befehl erging, »Die Stadt bis zum Äußersten zu verteidigen«. Ein Befehl, den der Gauleiter von Hamburg, Karl Kaufmann, zum Glück nicht ausführte, denn die Verteidigungslinie um Hamburg herum hätte Wedel unweigerlich direkt betroffen. Und so wurde das Wedeler Stadtgebiet in den letzten Kriegswochen nur von der anderen Elbseite aus, die bereits von den Engländern besetzt war, beschossen.<sup>4</sup>

Am 29. April 1945 standen sich erstmals Hamburger Parlamentäre und englische Offiziere im Süden Hamburgs gegenüber, um die Kapitulationsvereinbarung auszuhandeln. Die Kapitulation der Stadt Hamburg trat letztendlich nach vielen Verhandlungen, taktischen Verzögerungsmanövern und dem Hin- und Hergeschiebe von Befehlsgewalten am 03. Mai 1945 um 18.00 Uhr in Kraft. Sie galt über Hamburg hinaus auch für Wedel und den erweiterten Bereich von Elmshorn, Barmstedt und Alveslohe. Hamburg und sein Einzugsbereich wurden zur freien Stadt erklärt, und folgende Befehle wurden erlassen:

»Pinneberg, den 03. Mai 1945

Fernspruch

Hamburg zur freien Stadt erklärt.

Bis 13.00 Uhr muß das Gebiet nördlich Elmshorn, Barmstedt, Alveslohe von der Wehrmacht geräumt werden. Aufgabe des Volkssturms ist erledigt. Uniform ausziehen, persönliche Sicherung der Bevölkerung übernehmen, ohne Waffe. Nicht mehr Halbmast flaggen.

Ausländer im Lager zurückhalten.

Vernichtung der Einwohnermeldekarteien und politischer Meldeformulare sowie Geheimakten. Bürgermeister sofort an die Bevölkerung Fleischkonserven ausgeben, pro Kopf einschl. Selbstversorger 2.000 Gramm [...]

Aufgenommen am 03. Mai 1945 um 7.00 Uhr

Von gez. Dammann

Obw.d.Sch.d.Res.«<sup>5</sup>

Der planmäßige Einmarsch der britischen Truppen nach Hamburg erfolgte am 03. Mai 1945 abends 18.00 Uhr. In Wedel lief die 4. Panzerbrigade »Black rats« im Laufe des 04. Mai 1945 ein. Zeitzeugen berichten von keinem nennenswerten Widerstand. Die Befehlsgewalt der Verwaltung ging widerspruchslos an das britische Militär über, der Bürgermeister Georg Jessen wurde bis auf weiteres zunächst im Amt belassen. Das britische Militär verhängte zunächst eine Ausgangssperre, die sog. »Curfew«, und richtete sich in Wedel dauerhaft ein. Eine Reihe von Häusern, darunter eine Villa am Roggenhof, in die später der britische Gouverneur einzog, beide Schulgebäude, das Gebäude der jetzigen Stadtbücherei, in dem die Kantine eingerichtet wurde, und verschiedene weitere Gebäude

<sup>1</sup> Vgl.: *Kleine Stadt in großer Not. Denkschrift 1943 bis 1947 mit einem Vorwort von Bürgermeister Heinrich Schacht. Wedel 1947.*

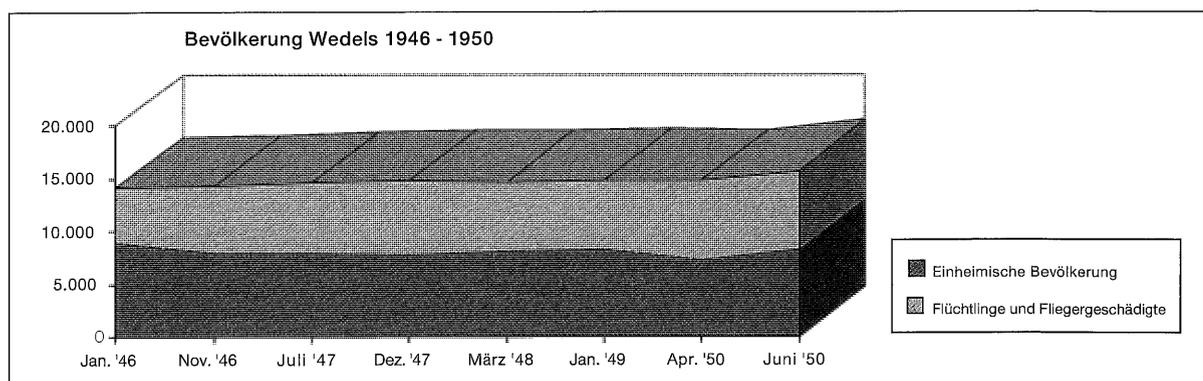
<sup>2</sup> Vgl.: *Wleklinski, Oliver: 3. März 1943. Die Bombardierung Wedels im 2. Weltkrieg. Wedel 1993. Auf diese Publikation, die ausführlich auf die Bombardierung Wedels und deren Folgen für die betroffene Bevölkerung und die Organisation des Luftschutzes eingeht, sei als ergänzende Literatur hingewiesen.*

<sup>3</sup> Vgl.: *Wleklinski, Oliver: Marinesonderanlage »Wenzel«. Ein Bauprojekt des 3. Reiches in Wedel (Holstein) 1943-1945. In: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 1991.*

<sup>4</sup> Siehe hierzu auch: *Wleklinski, Oliver (1993). Bestätigt durch Zeitzeugen-Gespräch Heinz Brüdigam, geb. 1929 in Hamburg, vom 28.02.1995. Bearbeitet von Christine Pieper.*

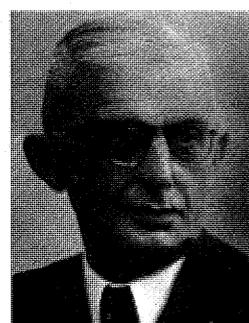
<sup>5</sup> *Fernspruch aus Pinneberg vom 03. Mai 1945. Vgl. Akte 1599.2.*

wurden beschlagnahmt. Wedel hatte nun etwa eine Bevölkerung von 8800 Einheimischen. So sah die Stadt aus, in die die Flüchtlinge kamen.



## Georg Jessen

Georg Jessen, geboren 1890 in Solwig, war vom 21.03.1943 bis zum 22.12.1945 von der Regierung Schleswig als kommissarischer Bürgermeister nach Wedel abgeordnet und wurde, nachdem die britische Militärregierung ihn bestätigte, anschließend zum Stadtdirektor gewählt. Er schied am 31.03.1947 aus dem Dienst der Stadt Wedel aus.



## Flüchtlingsbewegungen

Flüchtlinge kamen nicht erst ab Mai 1945 nach Wedel, sondern schon im Laufe des Krieges. Dabei handelte es sich in erster Linie um von Evakuierungsmaßnahmen betroffene Menschen aus Hamburg, die Opfer von Luftangriffen geworden waren.

Mit dem Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen (und der entlassenen Kriegsgefangenen) im Zuge der Umsiedlungsaktionen ab 1945/46 schnellte die Einwohnerzahl von Wedel, wie die vieler anderer Orte, drastisch in die Höhe. Allein über die Aktion »Influx« kamen in der Zeit vom 01.10.1946 bis zum 22.09.1947 insgesamt 618 Menschen nach Wedel. Außerdem hielt die Zuwanderung von Flüchtlingen, die zunächst in Sammellagern in Dänemark Zuflucht fanden und von dort nach Deutschland gelangten, an.<sup>6</sup> Auch die am 14. März 1947 angeordnete Zuzugssperre für den Kreis Pinneberg und das Land Schleswig-Holstein änderte an dieser Entwicklung nichts.<sup>7</sup> Allerdings ließ der große Zustrom der sog. »illegalen Grenzgänger«, also solcher Flüchtlinge, die ohne eine Zuzugsgenehmigung und nicht über das Durchgangslager Pöppendorf eingewandert waren, nach einem Erlaß der Landesregierung vom 22.10.1947 deutlich nach.

Nach Wedel kamen die Menschen aus den Durchgangslagern Bad Segeberg oder Pöppendorf in aller Regel per Bahn, aber auch per Bus oder Lkw; ob es richtige Trecks mit Pferd und Wagen bis nach Wedel gegeben hat, ist nicht überliefert. In Wedel mußten sich die ankommenden Menschen - zeitweilig mehr als 300 in einem einzigen Transport - zunächst im Lager Rosengarten melden, wo das städtische Wohnungsamt eine Kartei unterhielt, die den freien bzw. belegbaren Wohnraum verzeichnete. Vom Rosengarten aus wurden die Flüchtlinge auf die Unterkünfte verteilt.

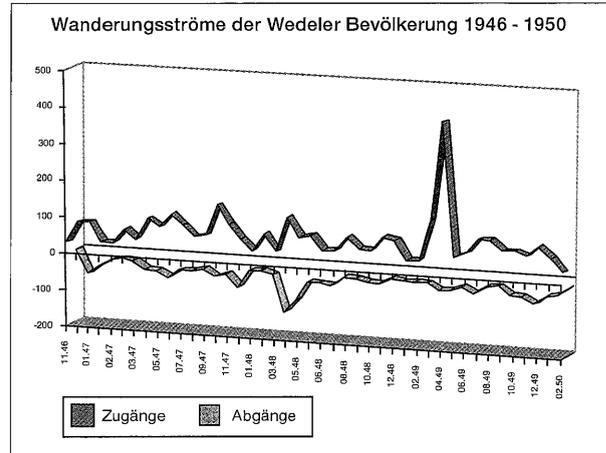
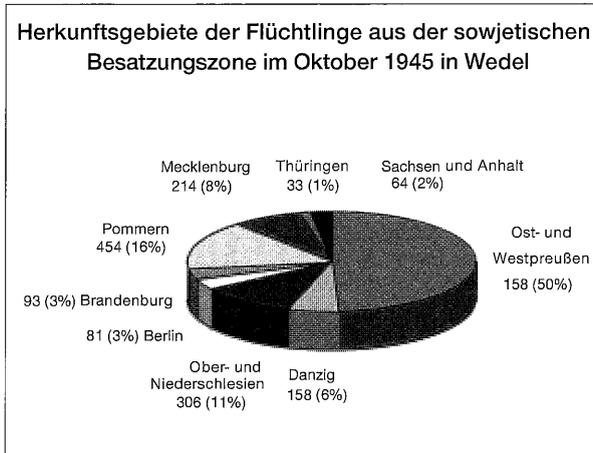
Wenig Erfolg hatte das Wohnungsamt mit den 1947/48 wiederholt unternommenen Versuchen, Umquartierungen und Rückführungen von Evakuierten in andere Zonen bzw. Orte vorzunehmen. So erklärten sich nur wenige der rund 2.000 Evakuierten aus Hamburg, dem Rheinland, Niedersachsen, Bayern, Hessen und Württemberg-Baden mit einer Rückkehr in ihre frühere Heimat einverstanden,

<sup>6</sup> Lagebericht des Wohnungsamtes vom 24.01.1948. Vgl. Akte 222.3.

<sup>7</sup> Lagebericht des Wohnungsamtes vom 27.06.1947. Vgl. Akte 480.5.

oder die Rückkehr von 45 Hamburgern stieß auf unüberwindliche Hindernisse, weil Hamburg diesen Rückkehrwilligen keinen Wohnraum anbieten konnte. Solche Rückführungen gelangen erst ab 1950.<sup>8</sup>

Eine neuerliche Belastung für das hiesige Wohnungsamt bedeutete die 1949 auf Beschluß der Landesregierung angeordnete Umsiedlung von Flüchtlingen, die bis dahin auf dem Flugplatz Westerland untergebracht waren. Insgesamt mußten 481 Personen untergebracht werden.<sup>9</sup>



## Wohnraumsituation

Vom Lager »Am Rosengarten« aus wurden die Ankömmlinge, zumeist begleitet von städtischen Mitarbeitern, in das neue Quartier gebracht. Untergebracht wurden die Menschen in den Gebäuden der beiden Schulen in der Altstadt und in der ABC-Straße, im Heimatmuseum in der Küsterstraße, in Baracken und Barackensiedlungen, die über das ganze Stadtgebiet verteilt waren, und in Privathäusern.<sup>10</sup> Privater Wohnraum war in Wedel durch die Gebäudeschäden besonders knapp, darüber hinaus wurden im Mai 1945 zahlreiche der nur geringfügig beschädigten Gebäude durch die britische Besatzungsarmee beschlagnahmt. Ganze Straßenzüge, so in der Riststraße, in der Rissener Straße, der Elbstraße und der Goethestraße, ferner die Schulgebäude, das Fährhaus und verschiedene Fabrikgebäude wurden von den Briten beansprucht, und zwar auch dann, wenn in den betreffenden Häusern bereits Flüchtlinge untergebracht waren. Zudem benötigten die britischen Stellen natürlich nicht nur geeignete Räumlichkeiten, sondern auch Möbel und andere Gebrauchsgegenstände, die aus Privatwohnungen zur Verfügung gestellt werden mußten.<sup>11</sup>

Je mehr Flüchtlinge nach Wedel kamen und vom Wohnungsamt untergebracht werden mußten, desto komplizierter wurden die Verhältnisse. Die Menschen rückten noch dichter zusammen, und der zur Verfügung stehende Wohnraum wurde bis unters Dach belegt; so verfügte die Wohnungsverwaltung beispielsweise, daß Wohnzimmer von kinderlosen Ehepaaren für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen seien.<sup>12</sup> Als bald wurde die Belegungsquote so hoch, daß einer Person noch ganze 4,9 m<sup>2</sup> zur Verfügung blieben.<sup>13</sup> Noch deutlicher wird die vorherrschende Enge an folgendem Beispiel: Aus einem Schreiben vom 27.01.1946 geht hervor, daß im Einzelfall ein vierköpfiger Privathaushalt, der über eine Wohnfläche von 80 m<sup>2</sup> verfügte, bis zu 11 Personen aufnehmen mußte.<sup>14</sup>

Selbstverständlich entstanden unter diesen beengten Verhältnissen schnell Probleme im Zusammenleben von Flüchtlingen und Einheimischen. In einigen Fällen begann es schon bei der Ankunft: So mußte notfalls die Polizei zu Hilfe gezogen werden, wenn Inhaber von Wohnraum sich weigerten, Flüchtlinge aufzunehmen,<sup>15</sup> und es ist auch vorgekommen, daß Räumungsklagen angestrebt werden mußten.<sup>16</sup>

Die Konflikte verschärften sich im Laufe der Zeit in dem Maße, wie die zunächst jeweils als Über-

<sup>8</sup> Lagebericht des Wohnungsamtes vom 02.02.1952. Vgl. Akte 480.5.

<sup>9</sup> Jahresbericht des Wohnungsamtes vom 14.01.1950. Vgl. Akte 480.5. Näheres dazu in Kapitel »Lager II«.

<sup>10</sup> Vermerke von Heinrich Gau vom 07.02.1945 und vom 02.05.1945. Vgl. Akte 1639.1.

<sup>11</sup> Wasserrechnung der Firma Möller für die von der britischen Besatzung beschlagnahmten Häuser vom 20.08.1945. Vgl. Akte 713.1.

<sup>12</sup> Richtlinien über die Erfassung von Wohnzimmern, Verfügung der Landkreisverwaltung Pinneberg vom 15. Juli 1948. Veröffentlicht im amtlichen Mitteilungsblatt für den Kreis Pinneberg 1948.

<sup>13</sup> Bericht des Wohnungsamtes zur Pressekonferenz vom 15.10.1947. Vgl. Akte 480.5.

<sup>14</sup> Schreiben von A. Grote, Mühlenstraße, an die Wohnungskommission vom 27.01.1946. Vgl. Akte 1523.10.

<sup>15</sup> Zeitzeugen-Gespräch mit Rolf Stiller, in städtischen Diensten von 1943 - 1947, vom 09.12.1994.

<sup>16</sup> Protokoll des Wohnungsausschusses vom 21.11.1946 über eine Räumungsklage.

gangslösung geplante Unterbringung sich in einen Dauerzustand verwandelte. Zahlreiche Beschwerdebriefe an das städtische Wohnungsamt bezeugen die Schwierigkeiten des Miteinanderlebens auf engstem Wohnraum;<sup>17</sup> die Menschen mußten mit einer heute kaum noch nachvollziehbaren Einschränkung der Privatsphäre zurechtkommen. Das Wohnungsamt und der städtische Wohnungsausschuß versuchten, die Lasten für den einzelnen gerecht zu verteilen, doch stießen sie hierbei häufig auf Unverständnis entweder der Wohnraumbesitzer oder der Flüchtlinge. Hier versuchte eine am 11.03.1948 eingerichtete Schlichtungsstelle Einigung zu erzielen.<sup>18</sup>

Hermann Oppermann, der Leiter des Wohnungsamtes, trat im Oktober 1947 mit einem eindringlichen Bericht zur Wohnungssituation an die Öffentlichkeit:

»In weiten Kreisen der Bevölkerung besteht Unklarheit darüber, wie die Wohnraumverteilung unter Flüchtlingen und Einheimischen vorgenommen werden soll. In der einheimischen Bevölkerung von Wedel besteht die Meinung, daß Wohnungsinhaber und Hausbesitzer ein mehr an Wohnraum beanspruchen können als Flüchtlinge und Evakuierte. Diese Auffassung ist irrig. Nach dem Erlaß der britischen Militärregierung sind alle Deutschen, gleich wie, ob es sich um Einheimische oder Flüchtlinge handelt, bei der Wohnraumzuteilung gleichzustellen. Nach diesem Erlaß stehen jedem Deutschen grundsätzlich nur 4,9 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung. Tatsache ist aber, daß grundsätzlich Wohnungsinhaber gegenüber den Flüchtlingen ein bedeutendes mehr an Wohnraum in Besitz haben. Eine gleichmäßige Verteilung der Quadratmeterzahl des Wohnraumes ist nicht zu erreichen, da bauliche, persönliche und auch geschäftliche Gründe manchmal einer gerechten Verteilung entgegenstehen. Jedes mehr an Wohnraum des einen muß folgerichtig zu Lasten des anderen gehen.[...] Grundsätzlich hat ein alleinstehendes Ehepaar neben ausreichendem Schlafräum keinen Anspruch auf einen Wohnraum. Das heißt also, daß alleinstehende Eheleute sich ohne Wohnzimmer behelfen müssen. Kinder bis zu 14 Jahren müssen sich das elterliche Schlafzimmer teilen. Bewohnen ausgewachsene Kinder bei ihren Eltern eine Dreizimmerwohnung, so ist es diesen Kindern zuzumuten, den Wohnraum als Schlafräum zu benutzen. Das dritte Zimmer muß in diesem Fall für Flüchtlinge und Evakuierte bereitgestellt werden. Private Arbeitszimmer werden grundsätzlich nicht mehr anerkannt. In besonders gelagerten Fällen können diese Arbeitszimmer nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Landrates des Kreises belassen werden.«<sup>19</sup>

## Heinrich Oppermann

H. Oppermann (1901-1967), ein bereits in den Jahren 1929-1933 in der KPD aktiver Kommunalpolitiker, war unter dem NS-Regime schweren Repressalien ausgesetzt (KZ-Innerrückführung 1933-1936, 1944). Er war am 15.10. bis zum 11.12.1945 erneut zum Ratsherrn bestellt. Diese Stellung mußte er abgeben, nachdem er am 16. November 1945 zum Leiter des städtischen Wohnungsamtes ernannt wurde. Am 31.5.1966 ging er in Rente.



Schwierig war die Situation auch in solchen Fällen, in denen Gewerbebetriebe ihre von Flüchtlingen belegten Räume zur Ausübung bzw. Wiederaufnahme ihrer Arbeit brauchten.<sup>20</sup>

Der große Mangel an Bau- und Abdichtungsmaterialien verschärfte die kritische Wohnsituation zusätzlich. Nicht einmal die Behelfsunterkünfte konnten in vielen Fällen auch nur annähernd instand gehalten werden, so daß zu Zeiten des schlimmsten Wohnungsnotstandes Menschen in Unterkünften lebten, die selbst das Wohnungsamt als »Elendsquartier« bezeichnen mußte, weil sie aufgrund gravierender baulicher Mängel nicht genügend Schutz gegen Kälte, Regen, Schnee und Ungeziefer boten.

Noch im Jahr 1947 machte der Wohnungsbau in Wedel nur schleppende Fortschritte; es fehlte

<sup>17</sup> Im Stadtarchiv finden sich zahlreiche Briefe an das Wohnungsamt, in denen sich Einheimische und Flüchtlinge über ihre Mitbewohner beschwerten. So beschreibt eine Frau M. aus dem Warthegau am 28.03.1948 die Schikane, die ihr ihre Vermieterin, die Apothekerin von F., zufügte: So habe diese wiederholt das von Frau M. angelegte kleine umzäunte Gemüsebeet durch Auflagerung von Stubbenholz zerstört. Am 14.09.1949 beklagt sich eine Familie R., Mozartstraße, daß ihr Mieter L. die Abfälle aus dem Fenster werfe und die Miete nicht bezahle. Die Familie Ma., Voßhagen, meldet im März 1949 über den Flüchtling E., daß dieser keinerlei Rücksicht auf Ma.s kranke Frau nehme, ständig die Türen laut zuschlage und beleidigende Redensarten führe. Vgl. Akte 864.5 und 865.2.

<sup>18</sup> Jahresbericht des Wohnungsamtes vom 11.01.1951, nach dem im Jahre 1950 insgesamt 42 Beschwerdefälle verhandelt wurden. Vgl. Akte 222.3.

<sup>19</sup> Vgl. Akte 480.5.

<sup>20</sup> Protokoll des Wohnungsausschusses vom 21.11.1946 über eine Klage auf Räumung.

u. a. an Glas, Zement und Installationsmaterial. Wie auch anderenorts fanden in Wedel zunächst vielfach bei der allgemeinen Trümmerbeseitigung geborgene Steine Verwendung bei Neubauprojekten. Die Lage verbesserte sich erst ab 1948 allmählich,<sup>21</sup> als nach und nach mehr Baugebiete ausgewiesen und Häuser erstellt werden konnten. Zu diesen ersten großen Neubauprojekten gehörten die Wohnblöcke in der Lindenstraße mit insgesamt 108 Wohnungen, errichtet in Trümmersplitt-Schüttbauweise aus Ziegelsplitt, des weiteren 22 Doppelkleinsiedlungshäuser am Galgenberg und eine Reihe von Einzelhäusern. Eine Kleinsiedlerinitiative bemühte sich um die Errichtung von Häusern in eigener Regie.

Ab 1949/50 begannen Wohnungsbaugenossenschaften oder -gesellschaften mit der Errichtung von Wohnungsbauten; insbesondere »Eigenheim« und »Adlershorst«, die von Flüchtlingen initiiert waren und für Flüchtlinge bauten, sind hier zu nennen. Finanziert wurden die ersten Neubauten aus dem »European Recovery Program« (ERP), besser bekannt als Marshallplan.<sup>22</sup> Durch diese Neubauten und auch durch die Freigabe des ehemaligen DP-Lagers am Beksberg<sup>23</sup> stellte sich um 1950 eine spürbare Entspannung der Wohnraumsituation ein. Dennoch wohnten noch 1951 etwa 1/3 der Wedeler Bevölkerung in Baracken.

Allerdings entschied die Landesregierung am 07. Juli 1951 in einer Verfügung, daß die Baracken nach einer vollzogenen Räumung nicht wieder belegt werden dürften, sondern abzurechen seien.<sup>24</sup> Diese Regelung wurde seitens der Stadt durchaus begrüßt, doch rechnete Bürgermeister Heinrich Gau im September 1951 damit, daß es demnach erforderlich sei, im Zuge eines 15-Jahres-Programmes rund 1.400 neue Wohnungen für etwa 24 Mio. DM zu errichten. Dafür sollten der Stadt Landesmittel aus dem Barackenräumungsprogramm zur Verfügung gestellt werden.<sup>25</sup> Doch die daran geknüpften Hoffnungen konnten noch nicht so bald erfüllt werden, denn es gab in Schleswig-Holstein noch immer sehr viele und teilweise weit schlechtere Wohnlager, die vorrangig Berücksichtigung bei der Mittelvergabe fanden. Immerhin sagte Hans-Adolf Asbach (BHE), Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein, bei seinem Besuch der Wedeler Barackenlager im April 1952 der Stadt eine besondere Unterstützung des Landes zur Förderung des Wohnungsbaus zu, da Wedel prozentual zu seiner Einwohnerzahl die meisten Baracken habe.<sup>26</sup> Dank dieser Mittel war es möglich, daß die Genossenschaft »Adlershorst« das ehemalige Marinegelände – heutige Gorch-Fock-Straße – bebauen konnte. Hier entstand eine Siedlung mit mehr als 250 Wohnungen, die im Herbst 1954 bezugsfertig wurden. Allerdings konnten hier nur solche Wohnungssuchende einziehen, die die strengen Richtlinien der Landesregierung erfüllten. Danach mußten die Mieter in einem Arbeitsverhältnis mit ausreichendem Verdienst stehen – was zur Folge hatte, daß Anträge von Rentnern vorerst zurückgestellt werden mußten –, und die Mieter mußten lastenausgleichsberechtigt sein – was bedeutete, daß Hamburger Barackenbewohner oder ausgebombte Wedeler keine Wohnberechtigung hatten. So kam es dazu, daß nur etwa 30 Wohnraumbewerber aus den Barackensiedlungen Wedels in den Neubau ziehen konnten. Um die schlechtesten Baracken entsprechend einer Forderung der Landesregierung endlich abbrechen zu können, war das Wohnungsamt gezwungen, einen komplizierten Ringtausch durchzuführen.

*Während im Hintergrund das 1855 erbaute Hochhaus am Hans-Böckler-Platz bereits den Wiederaufbau Wedels zeigt, steht im Vordergrund noch eine Baracke an der Straße Galgenberg.*

*Foto: K. Buchner, 1956*



21 Jahresbericht des Wohnungsamtes vom 28.12.1948. Vgl. Akte 222.3.

22 Flüchtlings-Wohnungsbauprogramm 1950 und Jahresbericht 1950 des Wohnungsamtes vom 11.01.1951. Vgl. Akte 222.3.

23 Vgl. Abschnitt Barackensiedlung »Lager II«.

24 Jahresbericht 1951 des Wohnungsamtes vom 02.02.1952. Vgl. Akte 480.5.

25 Vgl. »Jeder 3. Wedeler in Baracken«. In: »Hamburger Freie Presse« vom 29.09.1951, S. 3.

26 Vgl. »Sozialminister Asbach besichtigte Baracken« In: »Norddeutsche Nachrichten« vom 10.04.1952, S. 3.

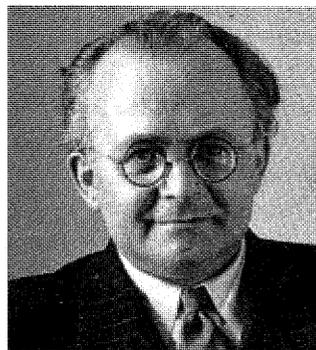
Im Jahr 1953 waren auch bereits die Planungen für ein einzigartiges Großbauprojekt angelaufen. Mit mehr als 1.200 Mietwohnungen und 500 Reiheneigenheimen sollte die »Gartenstadt Elbhochufer«, errichtet in mehreren Bauabschnitten, schließlich eine der größten Neubauunternehmungen in Schleswig-Holstein werden. Bis zu seiner Durchführung mußten die Stadtvertreter viel Überzeugungsarbeit bei den Kieler Ministerien leisten: In der Landeshauptstadt befürchtete man, die Stadt Wedel werde sich mit diesem Projekt eine zu große Last aufbürden (und in der Tat sollte sich die finanzielle Belastung noch lange auf die Haushaltslage der Stadt Wedel auswirken). Doch letztendlich gaben die Minister nach einer »denkwürdigen, stürmisch verlaufenden Sitzung«<sup>27</sup> am 31.12.1953 ihre Zustimmung. Errichtet wurden die »Gartenstadt«-Häuser auf dem von den Wohnungsbaugesellschaften aufgekauften Gelände zwischen der heutigen J.-D.-Möller-Straße und dem Gelände des HEW-Kraftwerkes. Die Vorarbeiten für den ersten Bauabschnitt wurden im April 1954 aufgenommen, die ersten Richtfeste konnten am 15.12.1954 gefeiert werden. Die Ruinen der Zuckerfabrik, die früheren Werkswohnungen der Fabrik und die diversen Baracken, die auf diesem Gelände noch standen, wurden mit den voranschreitenden Bauabschnitten abgebrochen.

Die gesamte Baumaßnahme kam erst um 1961/62 zu einem Abschluß und erbrachte die erhoffte Entspannung für den Wedeler Wohnungsmarkt. Sie gilt seither als Musterbeispiel mutiger und ideenreicher Stadtentwicklung.<sup>28</sup>

Die Bestimmungen zur Wohnraumbewirtschaftung durch das Wohnungsamt wurden in den 50er Jahren nach und nach gelockert, jedoch erst am 01.08.1964 vollständig aufgehoben.<sup>29</sup>

## Heinrich Gau

Heinrich Gau (1903-1966) begann seine Laufbahn bei der Stadt Wedel 1937 als technischer Zeichner im Bauamt, bis er im Januar 1940 die Leitung des Wirtschafts- und Ernährungsamtes der Stadt übernahm. Nach der Kapitulation wurde er ins Hauptamt berufen, wo er ab November 1946 die Geschäfte des Stadtdirektors wahrnahm und am 28.03.1947 zum Stadtdirektor und am 12.06.1950 zum Bürgermeister gewählt wurde, ein Amt, das er bis zu seinem Tode innehatte.



## Quellen

Protokolle der Stadtvertretung

Protokolle des Wohnungsausschusses

Protokolle des Flüchtlingsausschusses

- 222.1 Lageberichte des Bürgermeisters 1945-1947
- 1639.1 Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen März 1945-1949
- 865.2 Flüchtlingsausschuß und Flüchtlingsversammlung 1948-1963
- 864.5 Schriftwechsel des Flüchtlingsbeauftragten 1949
- 1563.1 Einquartierung von Flüchtlingen Jan. - Aug. 1945
- 709.5 Beihilfen aus dem Sonderfonds des Bürgermeisters 1947-1950
- 719.3 Barackenlager II, Lager Beksberg 1949-1953
- 1520.1 Überprüfung der Wohnungshygiene 1935-1972
- 1524.2 Wohnraum Justus Lepthien, Rathausplatz 1947
- 480.5 Jahresberichte und Statistiken des Wohnungsamtes 1946-1964
- 1528.7 Wohnungsbauprogramme 1947-1950, 1968
- 709.7 Wiederaufbau der Wirtschaft 1945-1947
- 713.1 Abrechnungen mit Arbeiten und Leistungen f.d. brit. Militärreg. 1945-1949
- 1523.10 Wohnraum A. Grote 1946-1954
- 222.3 Lageberichte des Bürgermeisters 1947-1955

<sup>27</sup> Vgl. Jens, Ernst: *Die bauliche Entwicklung Wedels seit der Stadtwerdung*. In: *Einhundert Jahre Stadt Wedel*. Pinneberg 1975.

<sup>28</sup> Vgl. »Ein Musterbeispiel mutiger Stadtführung« In: »Hamburger Echo« vom 19.09.1957.

<sup>29</sup> Bericht des Wohnungsamtes vom 04.12.1964. Vgl. Akte 480.5.

## Die Barackensiedlungen

Wedel war von 1943 an eine Stadt mit einer besonders hohen Zahl von Behelfsheimen und Baracken. Am 20.03.1947 wurde eine Gesamtzahl von 231 Notunterkünften dieser Art festgestellt.<sup>1</sup>

In diesen Baracken, die entweder vereinzelt auf städtischem oder privatem Grund lagen oder die regelrechte Siedlungen bildeten, lebten im März 1947 3.224 Menschen in 742 Wohnungen; bei einer Gesamtbevölkerung von 14.315 entspricht das etwa 24 %. Diese Anzahl steigerte sich bis zum November 1949 sogar noch auf 30 %.<sup>2</sup>

Die Barackentypen waren unterschiedlich. Es gab ein- oder zweigeschossige Bauten, Wehrmachts-Barackentypen,<sup>3</sup> den Typ RAD (Reichsarbeitsdienst)<sup>4</sup> und ebenso die sogenannten Neufert-Baracken.<sup>5</sup> Außerdem standen in Wedel Wrehde-Baracken und Doppelhäuser in Hurdisbauweise,<sup>6</sup> sowie viele Behelfsheime, die in Eigenarbeit errichtet wurden. Von den Neufert-Baracken ist bekannt, dass sie auf einem Fundament errichtet wurden, bei anderen Baracken-Typen kann dies nur gemutmaßt werden.

Zur schnellen Montage waren die Baracken in Fertigteil-Bauweise konstruiert und daher auch mehrfach verwendbar. Zumindest bei den Wehrmachts-Baracken und den RAD-Baracken ist dieses Prinzip zu vermuten.<sup>7</sup>

Die Unterkünfte in den Baracken waren durchweg spartanisch, teilweise gab es kein fließendes Wasser und nur unzureichende Sanitäreinrichtungen. Sie waren gegen Witterungseinflüsse nur ungenügend abgedichtet und wurden häufig von Ungeziefer befallen. Die Wohnungen in den Baracken waren ein Notbehelf, aber häufig wurde diese Unterkunft einer Einquartierung in eine Privatwohnung vorgezogen, der größere Freiraum und das kleine Stück Gartenland wogen die Nachteile der baulichen Mängel auf.

Die Stadt Wedel war für die bauliche Unterhaltung der meisten Barackensiedlungen, seltener auch für die einzeln stehenden Baracken verantwortlich. Allerdings standen die Bauten im Eigentum des Deutschen Reiches bzw. der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Vermietung und auch die Durchsetzung der Hausordnung, waren hingegen eine Angelegenheit der Stadt Wedel, der Bundesvermögensstelle Itzehoe und der Kreiswohnlagerverwaltung Pinneberg.

Die Beseitigung der Baracken in Wedel zog sich sehr lange hin. Noch 1960 führte das Wohnungsamt 60 Baracken und Behelfsunterkünfte mit insgesamt 1.738 Bewohnern auf.<sup>8</sup>

Im folgenden sollen jene größeren Barackensiedlungen vorgestellt werden, über die im Stadtarchiv Wedel Akten vorliegen.

<sup>1</sup> Aufstellung des Wohnungsamtes vom 30.03.1947. Vgl. Akte 709.7.

<sup>2</sup> Aufstellung des Wohnungsamtes vom 23.11.1949. Vgl. Akte 1528.7.

<sup>3</sup> Zu den Baracken der Wehrmacht ist hier nichts weiter bekannt.

<sup>4</sup> Die RAD-Baracken waren vermutlich die größten.

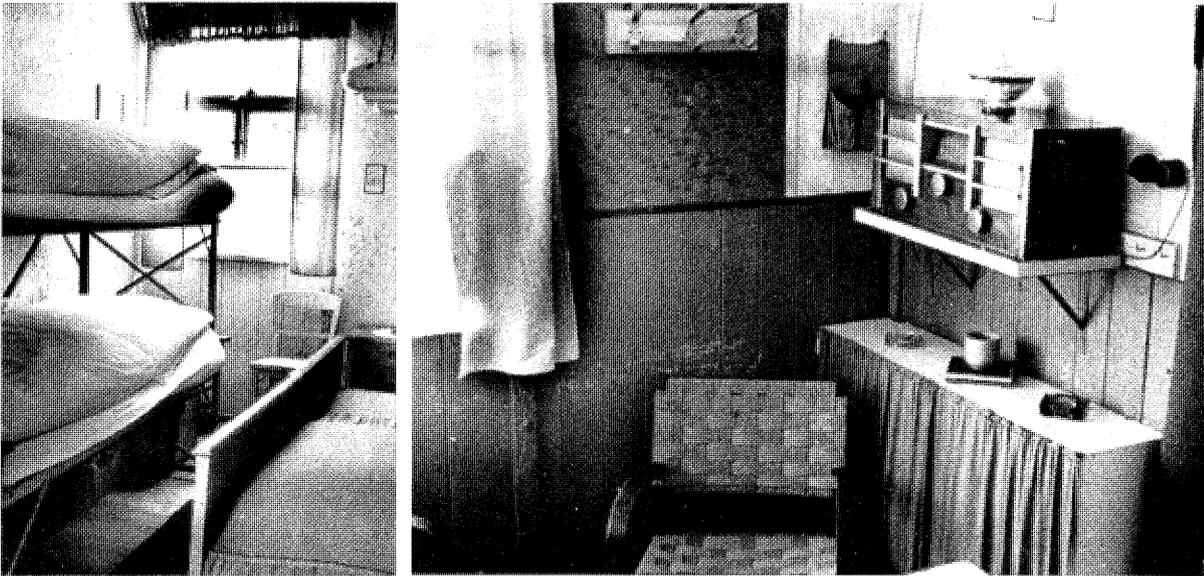
Sie hatten eine Aufmessung von 42,8 x 12,6 m oder in der verkleinerten Form von 13,20 x 6,30 m. Vgl. Aufmessung in Akte 719.2.

<sup>5</sup> Die Neufert-Baracken am Steinberg hatten eine Aufmessung von 10 x 35 m. Sie sind benannt nach Ernst Neufert, Architekt für Normung und Maßordnung im Hochbau.

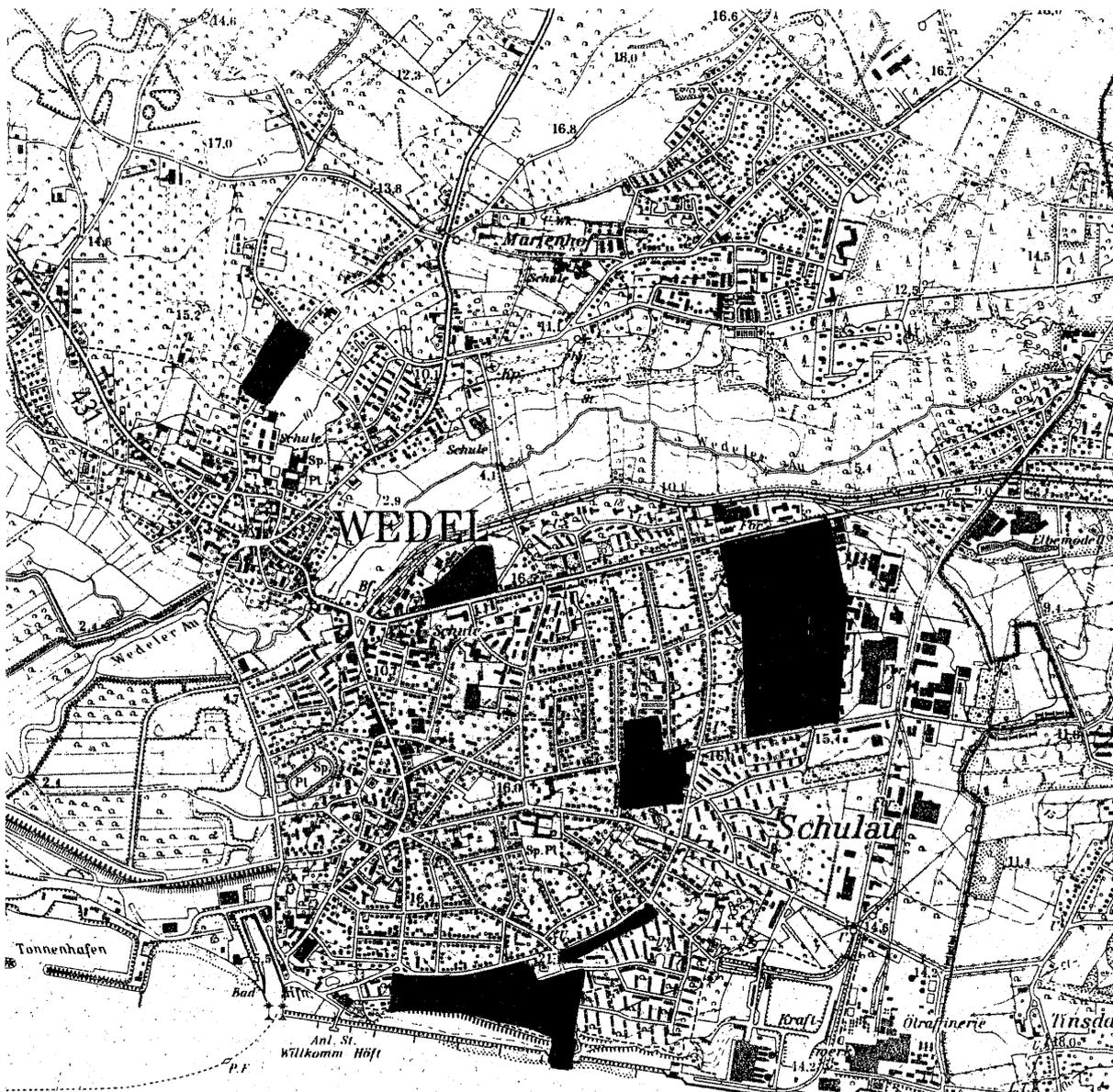
<sup>6</sup> Aufrisse zu den Barackentypen Wrehde und Hurdis finden sich bei: Weklinski, Oliver, (1993). S. 123-125.

<sup>7</sup> Vgl. »Lager II«, in dem das Bauamt aus Teilen von beschädigten Baracken bewohnbare zusammensetzte.

<sup>8</sup> Jahresbericht des Wohnungsamtes vom 10.01.1961. Vgl. Akte 480.5.



Die Unterkunft in den Baracken war sehr schlicht. In einigen Unterkünften gab es kein fließendes Wasser und nur unzureichende Sanitäranlagen, außerdem waren sie gegen Witterungseinflüsse nur ungenügend abgedichtet.



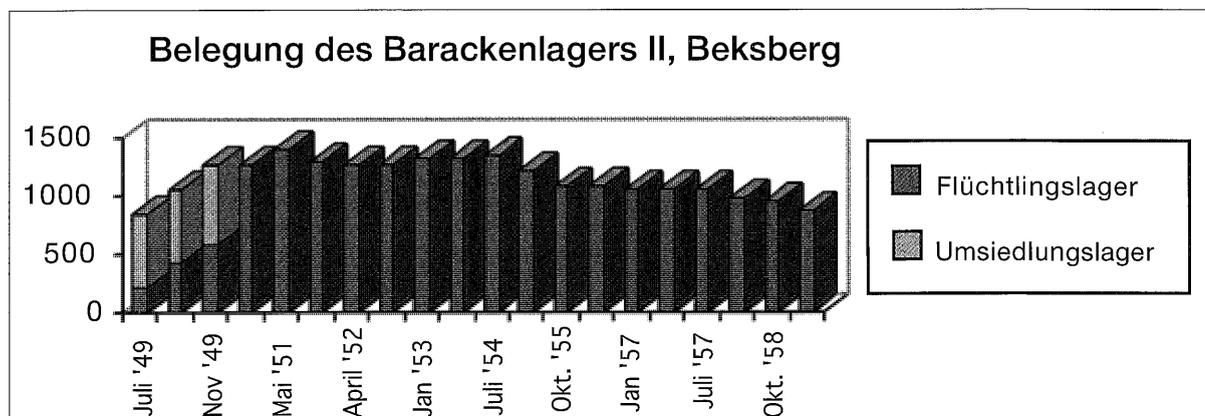
Übersicht über die größeren Baracken-Siedlungen in Wedel.

# Barackensiedlung »Lager II«, Beksberg



**Belegenheit:** 7,6656 ha Größe auf dem Gelände zwischen Rissener Straße, Voßhagen, Feldstraße und Industriestraße

**Baulichkeiten:** Oktober 1946: 80 Baracken  
mit 312 Wohnungen, 4 Küchenbaracken, 4 Löschteichen  
November 1949: 61 Baracken  
August 1952: 63 Baracken  
Größe der Baracken: 42,80 x 12,60 m / 21,50 x 12,60 m / 26,40 x 12,60 m / 20,00 x 8,20 m



Eigentümer dieses Geländes waren der Kaufmann Walter Hardt aus Groß-Flottbek und die Stadt Wedel.<sup>9</sup> Das Gelände wurde landwirtschaftlich und zum Kiesabbau genutzt, bis es am 04.09.1943 von der deutschen Kriegsmarine beschlagnahmt wurde.<sup>10</sup> Diese begann bald mit der Errichtung von Baracken und brachte wahrscheinlich hier Bauarbeiter unter, die beim Bau der verbunkerten U-Boot-Werft eingesetzt wurden. Teile des nun »Barackenlager II« genannten Geländes wurden auch zur Unterbringung von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und zwischen September und November 1944 als Außenlager des KZ Neuengamme benutzt.<sup>11</sup> Im April 1945 - im Lager befanden sich zu diesem Zeitpunkt überwiegend Zwangsarbeiter - wurde das Lager von den ausländischen Insassen geräumt.<sup>12</sup> Von diesen Zwangsarbeitern (Franzosen, Polen, Ukrainern) sind 650 Mitte April Richtung Norden geführt worden, kamen aber nur bis Westerhorn und sind von da aus wieder nach Wedel zurückgekommen.<sup>13</sup> Währenddessen sind Bombengeschädigte und wahrscheinlich auch Flüchtlinge dort untergebracht worden. Die Leitung des Lagers hatten zu der Zeit Ignaz Porth und Oberführer Weigand.<sup>14</sup> Ab 04. Mai 1945 räumte das eintreffende britische Militär das Lager von den deutschen Bewohnern und ließ dort ein Übersiedlungslager für ehemalige Zwangsarbeiter einrichten.

Die Verwaltung des Lagers wurde zentral durch britische Militärbehörden geregelt. Die Kosten hierfür trugen die Stadt Wedel bzw. der Kreis Pinneberg.<sup>15</sup>

Die Lager für »Displaced Persons« (DPs) wurden von der »United National Relief and Rehabilitation Administration« (UNRRA) verwaltet; die unter britischer Verwaltung stehende UNRRA-Dienststelle, die für das Wedeler Lager verantwortlich war, hatte ihren Dienstsitz zeitweilig in dem Gebäude der Stadtparkasse am Rathausplatz.<sup>16</sup>

Im Wedeler Lager lebten anfangs DPs verschiedenster Nationalitäten,<sup>17</sup> ab 1946 beherbergte das Lager überwiegend DPs aus den baltischen Ländern, es wurde zum »Baltic Office«.<sup>18</sup> Im Volksmund wurde es »Lettenlager« genannt und soll, so schreibt Rektor Arnold Hufe in der Schulchronik der Schule Altstadt, 2 - 3.000 Personen Unterkunft geboten haben.<sup>19</sup>

Das Lagergelände war ein durch Schlacke mehr oder weniger befestigtes und mit Büschen und Bäumen bepflanztes Grundstück.<sup>20</sup>

<sup>9</sup> Klageschrift in Sachen Haftpflichtschaden A. Liekfeldt vom 26.03.1952. Vgl. Akte 268.1.

<sup>10</sup> Vgl.: Wleklinski, Oliver (1991).

<sup>11</sup> Vgl.: Christus-Kirchengemeinde Schulau (Hg.): KZ Wedel. Das vergessene Lager. Wedel 1983.

<sup>12</sup> Meldung einer bombengeschädigten Bewohnerin des Lager II vom 26.04.1945. Vgl. Akte 700.6.

<sup>13</sup> Schriftwechsel zwischen der Gemeinde Westerhorn, der Kreisverwaltung Pinneberg und der Stadt Wedel über Transporte von Fremdarbeitern u.a. während des Krieges, geführt im September 1949. Vgl. Akte 1585.2.

<sup>14</sup> Verhandlungsniederschrift der Polizei über die Kartoffelverteilung im Lager II vom 26.04.1945. Vgl. Akte 700.6.

<sup>15</sup> Schreiben des Bürgermeisters vom 29.05.1945. Vgl. Akte 716.5.

<sup>16</sup> Rechnung der Besatzungskosten vom 01.10.1945. Vgl. Akte 713.2.

<sup>17</sup> Vermerk über eine Umquartierung von 93 italienischen und 8 ungarischen Zwangsarbeitern vom 29.05.1945. Vgl. Akte 1585.2 und Rechnung über Lohnkosten für polnische Arbeiter. Vgl. Akte 713.2.

<sup>18</sup> Rechnung für Anfertigung von Stempeln vom 21.05.1945. Vgl. Akte 713.5.

<sup>19</sup> Eine genauere Angabe über die Belegung des »Lager II« konnte nicht ermittelt werden.

<sup>20</sup> Rechnungen der Baumschule Gebrüder Heinsohn und der Hardt'schen Gutsverwaltung für das Planieren des unbefestigten Lagers. Vgl. Akte 713.4.

Dem Lager stand ein Lagerführer vor,<sup>21</sup> diesem unterstanden bis zu 82 Arbeiter und Angestellte sowie Küchenpersonal; darüber hinaus war auch eine eigene Lagerpolizei vorhanden.<sup>22</sup>

Die Verpflegung der DP's dürfte etwas besser gewesen sein als die der restlichen Bevölkerung Wedels – so liegt eine Rechnung über 2 Sack Rohkaffee vom 25.04.1946 vor.<sup>23</sup> Aus Hamburger DP-Lagern ist bekannt, daß dort Kaffee und Zigaretten verfügbar waren, mit denen auch Schwarzhandel betrieben wurde.<sup>24</sup> Die Schlafplätze in den Baracken bestanden zumeist aus Holzpritschen.<sup>25</sup>

Die Krankenversorgung wurde bei Bedarf im Krankenhaus Wedel gewährleistet, jedoch hatte das »Lager II« auch eigene Ärzte und Sanitäter.<sup>26</sup> Für die Unterhaltung der Bewohner wurde gesorgt - es gab Filmvorführungen, Radioapparate und Pianos.<sup>27</sup> Der Wedeler Stadtdirektor Heinrich Gau schrieb 1947, er habe die Gelegenheit zur Teilnahme an der Sonnenwendfeier genutzt und sei sehr beeindruckt gewesen von der netten Gestaltung des Abends.<sup>28</sup>

An gleicher Stelle beschrieb er die gute Zusammenarbeit mit dem Lagerkommandanten. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die Stadt anfänglich große Probleme mit dem DP-Lager hatte. Die Wedeler Bevölkerung stand den ehemaligen Zwangsarbeitern zum großen Teil ablehnend gegenüber, und einige versuchten gar, ihnen sämtliche Vieh-, Feld- und andere Diebstähle anzulasten.<sup>29</sup>

Ab 1947 bemühte sich die Stadt Wedel um die Freigabe von Baracken aus dem »Lager II«, da immer mehr DP's nach Übersee auswanderten. Jedoch verliefen die Gespräche mit dem Büro der UNRRA zunächst nicht wunschgemäß, weil die Unterkünfte in Hamburg und Umgebung wieder aufgefüllt werden sollten, teils um den ehemaligen Zwangsarbeitern in Hamburg Beschäftigung zu ermöglichen, teils um ihre Umsiedlung nach Übersee vorzubereiten.<sup>30</sup> Erst im Februar 1949 teilte der Kommandant des »Lagers II« mit, daß ein großer Teil der Lagerbewohner den Aufenthalt in Wedel aufgab. Im August 1949 wurde das restliche Gelände freigegeben. Das »Baltic Office« wurde aufgelöst.<sup>31</sup>

Eine Kuriosität zu den DP's noch am Rande: Gleich nachdem das Lager in britische Verwaltung übergegangen und die rechtlichen Grundlagen geschaffen waren, wurde das Wedeler Standesamt außerordentlich beansprucht. So schlossen zwischen Juni 1945 und Ende 1946 beinahe 100 Brautpaare vor dem Wedeler Standesbeamten die Ehe, das entspricht etwa einem Viertel aller Wedeler Eheschließungen in jenem Zeitraum. Hierbei fungierte manchmal ein Offizier der britischen Armee als Trauzeuge. Am 06.06.1945 wurden an einem Tag sogar 11 Ehen geschlossen.<sup>32</sup>

Nachzutragen ist noch eine Tragödie, die sich gleich in den ersten Tagen nach dem Einmarsch der britischen Truppen im »Lager II« ereignete, und die etwa 100 Menschen das Leben kostete. Ehemalige russische Zwangsarbeiter hatten eine Reihe von Fässern mit vergälltem Alkohol ausgegraben, der der Firma J.D. Möller als Reinigungsmittel gedient haben soll. Vermutlich in Unkenntnis über die Wirkung des Alkohols erlitten die Menschen, die den Alkohol zu sich nahmen, schwere Vergiftungen. 41 der vergifteten Personen wurden ohne Feststellung ihrer Identität und ohne standesamtliche Beurkundung auf britische Anordnung hin in zwei - heute noch vorhandenen - Massengräbern auf dem Wedeler Friedhof beigesetzt.<sup>33</sup> An dieses Ereignis erinnert sich auch eine Zeitzeugin, die seinerzeit als Schwesternhelferin im Wedeler Krankenhaus tätig war.<sup>34</sup>

21 Im Dezember 1945 wird ein polnischer Lagerführer als Trauzeuge im Heiratsbuch des Wedeler Standesamtes geführt.

22 Schreiben über die Erstattung der Löhne und Gehälter vom 15.04.1946. Vgl. Akte 713.2.

23 Rechnung über Voll- und entrahmte Frischmilch und Kochkäse vom 07.04.1946. Vgl. Akte 713.4.

24 Gespräch mit P. Wagner, Hamburg.

25 Auftrag des Bürgermeisters vom 19.05.1945 an das städt. Materiallager, dem Tischlermeister Uhl Bretter zur Wiederherstellung von mehr als 1.000 Betten für das Lager II zur Verfügung zu stellen. Vgl. Akte 335.5.

26 Rechnung des Krankenhauses Wedel über ambulante Behandlung vom 15.03.1946. Vgl. Akte 713.4.

27 Rechnungen eines Cinema Managers aus dem Jahr 1946; Rechnung eines Radiohauses. Vgl. Akte 713.4.

28 Verwaltungsbericht des Bürgermeisters vom Juni 1947. Vgl. Akte 222.1.

29 So beschreiben beide Schulrektoren Wedels Einbrüche in Geschäfte und Privathäuser, und es liegt eine Polizeimeldung vom 12.11.1945 vor, derzufolge etwa 80 Polen Bäume gefällt und verheizt hätten. Vgl. Akte 709.2.

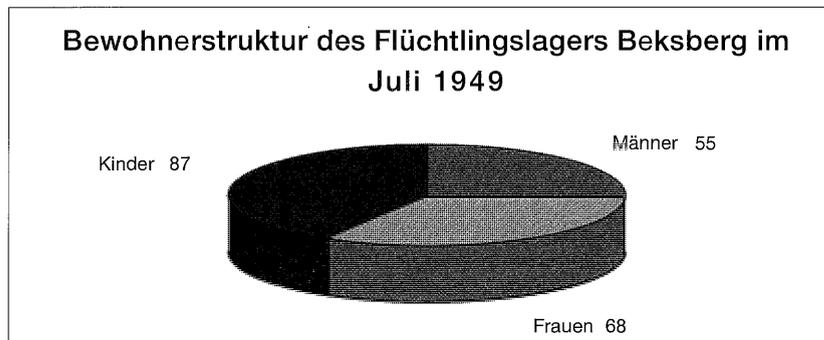
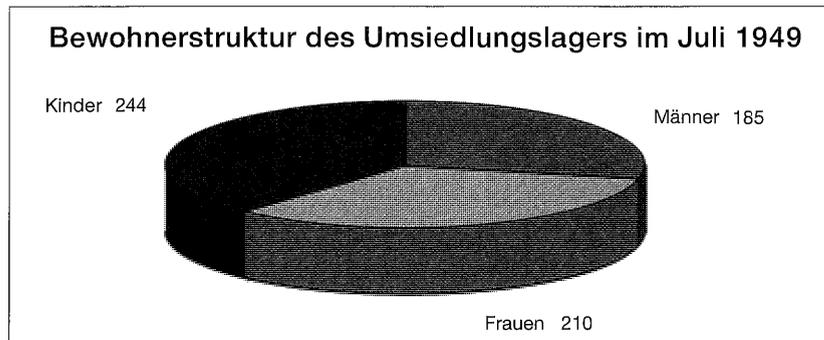
30 Bericht des Stadtdirektors Heinrich Gau vom 16. Mai 1947. Vgl. Akte 335.5.

31 Vermerk über ein Gespräch des Stadtdirektors Heinrich Gau mit dem Kommandanten des Ausländerlagers vom 04.02.1949. Vgl. Akte 1585.2.

32 Vgl. Eintragungen im Heiratsbuch des Standesamtes.

33 Übersicht der Ortspolizeibehörde über die im Bezirk Wedel vom 01.09.1939 bis zum 31.05.1945 verstorbenen Ausländer vom 06.02.1946; Sterbebuch des Standesamtes Wedel und Befragung Dr. Karl Sölter am 24.11.1994. Vgl. Akte 188.10.

34 Vgl. Zeitzeugen-Gespräch mit Ursula Winterberg, geboren 1926 in Wedel, vom 20.2.1995. Bearbeitet von Christine Pieper. Siehe Kapitel »Medizinische Versorgung«



## Die Barackensiedlung Beksberg ab 1949

Die Hoffnungen des Wohnungsamtes, durch den freigewordenen Wohnraum eine Entspannung der beengten Wohnverhältnisse Wedels zu erreichen, wurden enttäuscht. Denn gleichzeitig räumte die britische Militärregierung einen ehemaligen Militärflugplatz in Westerland auf Sylt, auf dem rund 2000 Flüchtlinge untergebracht worden waren.<sup>35</sup> Mehr als 500 von ihnen wurden in kleinen Transporten ab März 1949 in die Baracken des ehemaligen Wedeler DP-Lagers einquartiert. Die Baracken wurden notdürftig renoviert, und es wurde ein provisorischer Zaun zwischen dem Lager Beksberg und dem Lager Rissener Straße gezogen, bis auch die Baracken dort durch die Stadt belegt werden konnten.<sup>36</sup> Über die Transporte der »Westerländer« Flüchtlinge wurde auch in der Tagespresse berichtet:<sup>37</sup>

»Der erste Vortrupp der Westerländer Flüchtlinge, von denen 600 nach Wedel umgesiedelt werden sollen, traf bereits in der Rolandstadt ein. Sechs Familien mit 38 Personen, davon 15 Kinder, wurden am Wedeler Bahnhof von Bürgermeister Schacht empfangen[...] Mit Autobussen und Lastkraftwagen wurden die Familien mit Möbeln und Hausrat in das DP-Lager eingewiesen. 11 Baracken sind dort von der Landesregierung zur Unterbringung der Syltflüchtlinge beschlagnahmt worden. Sechs davon ließ die Stadtverwaltung im Auftrage der Landesregierung in kürzester Zeit herrichten. Seit 14 Tagen arbeiteten die Handwerker in Tag- und Nachtschichten, um aus den seit Monaten leerstehenden Baracken, die reparaturbedürftig und verdreckt waren, wieder menschenwürdige Unterkünfte zu machen.[...]

Von dem herzlichen Empfang in Wedel waren die Ankömmlinge begeistert. Aufgrund ihrer in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen hatten sie nicht damit gerechnet. Sie kamen in saubere, frisch renovierte Räume, die mit Küchenherden versehen waren. Feuerung für zwei Tage lag daneben. Und außerdem gab es noch am Abend und am Mittag des folgenden Tages warme Verpflegung. [...] Dem Wedeler Wohnungsamtsleiter Oppermann sträubten sich die Haare. Wohin mit den Möbeln? Niemand kann verlangen, daß die Flüchtlinge ihre mühsam erworbenen Habseligkeiten verkaufen, weil zuwenig Wohnraum und keine Abstell- und Kellerräume vorhanden sind. [...] Die Waschgelegenheiten und sanitäre Anlagen liegen 200 m von den Wohnbaracken entfernt. Dieses Problem bedarf der sofortigen Lösung und der Plan, in jeder Baracke einen Waschraum und Toilettenraum einzurichten, ist zu begrüßen.«

<sup>35</sup> Vgl.: »Sylt, die Insel der Verdammten« in: »Hamburger Echo« vom 10.03.1949.

<sup>36</sup> Vermerk des Stadtbauamtes vom 04.08.1949.

<sup>37</sup> Vgl.: »Die ersten Syltflüchtlinge eingetroffen« in: »Hamburger Echo« vom 15.03.1949.



*Baracke in der Siedlung  
Beksberg um 1955. In dieser  
Siedlung wohnten zu dem  
Zeitpunkt noch 1.082  
Menschen.*

*Foto: Privatbesitz K. Naber*

Ab August 1949 wurden die restlichen Baracken des »Lagers II« von den DPs verlassen. Sie waren nach dem Auszug der DPs ausgeplündert und durch herausgerissene Wände und Fenster stark zerstört. Die Unterhaltung dieser nur für einen Übergangszeitraum errichteten Notwohnungen wurde im Laufe der Zeit immer aufwendiger. Letzlich begann das Bauamt, Teile von verschiedenen Baracken zu einer bewohnbaren Einheit zusammensetzen,<sup>38</sup> doch trotzdem reichte dies nicht, um annehmbare Wohnungen zu erhalten. So schreibt der Beauftragte für das Flüchtlingswesen Herbert Gewe am 09.08.1949:

»Im März diesen Jahres wurden 17 Baracken des Lagers II auf Kosten der Landesregierung hergerichtet und dienten zur Aufnahme der von Westerland umgesiedelten Flüchtlinge[...] Etwa 80 % der Bewohner dieser Baracken sind Erwerbslose, weitere 10 % Fürsorgeempfänger. Von mir gestellte Anträge an das Arbeitsamt Elmshorn, bei den Erwerbslosen auf die Unterstützung Mietzuschläge zu bewilligen, wurden abgelehnt, da die Nettomiete nicht mehr als 25 % der Unterstützung ausmacht. Die Höhe der Unterstützungssätze, die Kosten der heutigen bescheidenen Lebenskosten, sind jedem bekannt. Es ist dem größten Teil der Barackenbewohner heute nicht mehr möglich, die volle Miete zu zahlen, und die Mieteinnahmen werden in keinem Verhältnis mehr zu den Instandhaltungskosten stehen. Zu diesen laufenden Sorgen traten neue Schwierigkeiten, als die restlichen Baracken des Lagers frei wurden. Um zu verhüten, daß die freigewordenen Baracken ausgeplündert und noch wertloser wurden, belegte sie das hiesige Wohnungsamt schnellstens. Der bauliche Zustand der Baracken trat in den Hintergrund; denn Wedel hat etwa 8.500 Flüchtlinge und hat etwa 30 % seines alten Wohnraumes durch den Bombenangriff verloren. Soviel als möglich hat die Stadt an Hilfsmaßnahmen geleistet, es muß aber schnellstens an die Winterfestmachung der restlichen Baracken gegangen werden, denn die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden würden ungeheuer große Ausmaße annehmen. Die Dächer, Türen und Fenster sind undicht, der Außenanstrich fehlt, die Wasserversorgung reicht bei weitem nicht aus, Aborte und Senkgruben müssen notwendig geschaffen werden, zahlreiche Öfen fehlen. Die elektrische Installation haben die ausziehenden DPs in vielen Fällen ganz herausgerissen oder aber nur traurige Reste zurückgelassen. [...]

Bis heute haben wir die wirklich Bedauernswerten noch in der Hand, wie lange noch, wenn die kältere Jahreszeit einsetzen sollte, ohne daß die Mißstände abgestellt sind, läßt sich nicht sagen. Der größte Teil der Barackenbewohner lehnt heute schon die Mietzahlung ab und bittet um eine eingehende Besichtigung des Lagers durch Herren des Sozialministeriums und des Landesbauamtes.«<sup>39</sup>

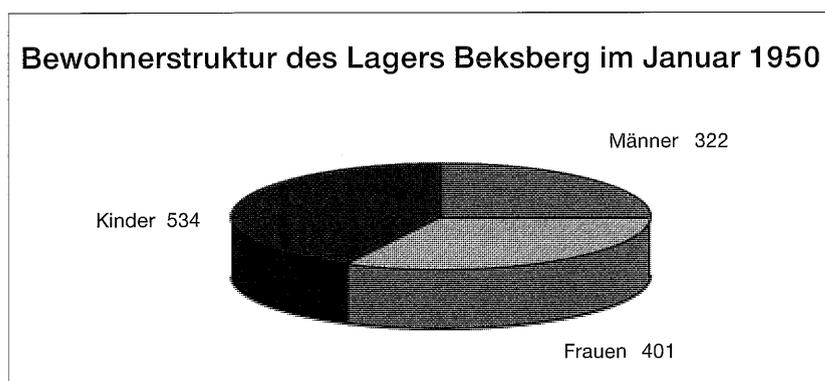
<sup>38</sup> Schreiben des Stadtbauamtes an den Bürgermeister vom 12.09.1950. Vgl. Akte 719.3.

<sup>39</sup> Vgl. Akte 864.5.

Zu diesen baulichen Mängeln hinzu kamen noch die Auswirkungen eines schweren Sturms im Dezember 1949, der an den Baracken große Schäden anrichtete.<sup>40</sup>

Etwa zum selben Zeitpunkt erließ die Stadt Wedel eine Hausordnung für die Barackensiedlungen.<sup>41</sup>

Im September 1950 bildeten die Bewohner des »Lagers II« einen Vertrauensausschuß, der gemeinsam mit dem Rat und der Stadtverwaltung daran arbeiten sollte, um die für alle so wenig befriedigenden Zustände zu beseitigen.<sup>42</sup> Nach wie vor unbefriedigend war beispielsweise die Müllablagerung auf dem Gelände, das im September 1950 immer noch von rd. 1.300 Menschen in rd. 80 Baracken bewohnt wurde. Immerhin gelang es, Straßenlampen aufzustellen und die größten Schlaglöcher zu beseitigen. Nebenher liefen die weiterhin notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen, und es wurden in den Baracken Zwischenwände gezogen, um die Isolierung zu verbessern. In der Sitzung der Stadtvertretung vom 28.09.1950 wurde das »Lager II« zum Wohngebiet »Am Beksberg« umbenannt und die Häuser postalisch durchnummeriert, um den Bewohnern eine größere Chance am Arbeitsmarkt zu geben.<sup>43</sup>



Doch wurde das Leben dort nicht einfacher. Die Verhältnisse blieben beengt, was ein Zusammenleben in der Gemeinschaft schwierig machte. Eine Reportage vom Februar 1951 in den Norddeutschen Nachrichten spiegelt die Schwierigkeiten wider:

»Der Ortsverband der SPD hat gestern einmal wieder die Bewohner der Wohnkolonie in die Gastwirtschaft Gröner Born eingeladen, um sich mit ihnen über die Verhältnisse in der Wohnkolonie auszusprechen. Bürgervorsteher Lescheck gab einleitend einen kurzen Stimmungsbericht. [...] Die meisten der Bewohner müßten sich nach Lage der Dinge noch auf eine lange Zeit in der Wohnkolonie einrichten. Wenn einige nun ihre Wohnungen verbessert hätten, so müßten sie sich auch weiter für die Belange der Gesamtheit einsetzen. [...] Eine Planung über das Mietaufkommen hinaus sei in diesem Jahr nicht möglich, da bisher keine Bundesmittel zugesagt sind. Da 25% der Mieten zudem nicht eingehen, zum Teil von Bewohnern, die in Arbeit stehen, müßten weitere Arbeiten zum Nachteil für die Gesamtheit zurückgestellt werden. Ein Faustrecht sei in dieser Gemeinschaft einfach unmöglich, betonte Bürgervorsteher Lescheck. Es sei z. B. ein Unding, daß Bäume mit Stützpfehlen gepflanzt werden und je nach Bedarf einfach entwendet würden.[...] Der erste Vertrauensmann der Kolonie, Polizeiwachtmeister a. D. Engel, appelliert an alle Anwesenden, doch noch viel intensiver mitzuarbeiten, damit nicht wieder Fälle vorkommen könnten, wie in der einen Abortbaracke, wo von 10 Spülklosetts in 9 die Wasserbehälter mit den Zuleitungsrohren abmontiert und gestohlen seien, 3 Becken zertrümmert, die Lichtleitung entfernt, Türen zerschlagen, Schlösser aufgebrochen, die Gänge unsagbar verschmutzt und dadurch mindestens 1.500 DM Schaden entstanden sei. Verunreinigungen der Ventilpumpen, der Umgebung des Sportplatzes durch Fäkalien, Beschädigung der Anpflanzung, Beschwerden über offene Türen und die Lautstärke der Radios waren weitere Punkte, mit denen Bewohner mit Klagen an ihn herangetreten waren. [...] Auf die Frage von Bürgervorsteher Lescheck: Was soll geschehen?, kam die mangelhafte Versorgung des Lagers mit Wasserzapfstellen zur Sprache, wo noch heute Bewohner 300 m bis zur nächsten Wasserquelle laufen müssen. Weiter wurde moniert, daß Hydranten in der Nähe von Klärgruben aufgestellt sind. [...]«

40 Niederschrift des Stadtbauamtes über die Sturmschäden. Vgl. Akte 719.3.

41 Vgl. Anlage.

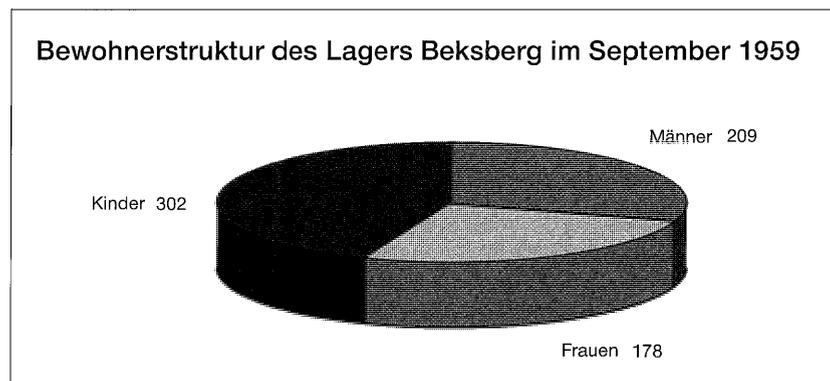
42 Protokoll der Stadtvertretung vom 28.09.1950.

43 Vgl. Protokoll der Stadtvertretung vom 28.09.1950.

Eine weitere Beschreibung der Lebensverhältnisse in den Baracken findet sich in einem Schreiben des VDK (Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner e.V.), Ortsgruppe Wedel, vom April 1951:

»Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Auftrage unseres Mitgliedes, wohnhaft Am Beksberg, wenden wir uns in nachstehender Angelegenheit an Sie und bitten Sie, möglichst schnell Abhilfe zu schaffen. Herr Sch. bewohnt mit seiner neunköpfigen Familie eine Barackenwohnung. Diese Wohnung besteht aus drei Räumen, in denen die Innentüren fehlen. Durch diese Tatsache ist eine ausreichende Beheizung, wenigstens eines Zimmers, nicht möglich, so daß den ganzen Winter hindurch sämtliche Familienangehörige laufend an Erkältungskrankheiten litten. Ein Kind des Herrn Sch. wird in nächster Zeit von einer Kinderheilstätte zurückerwartet, in welches das Kind wegen seiner TBC ab März 1950 war. Herr Sch. hat sich betreffs Einbau der Innentüren verschiedentlich an das Stadtbauamt, an die Fürsorgerin FrI. Bleier, an das Gesundheitsamt, an den Obmann des Barackenlagers Herrn Engel gewandt. Trotz dieser Bemühungen ist bisher in der ganzen Angelegenheit nichts erfolgt. - Herr Dr. med. Oberhoff hat die ganze Familie Sch. laufend behandelt und kann über diese ungesunden Wohnverhältnisse ebenfalls Auskunft geben. Eine vom Gesundheitsamt angeordnete Desinfizierung der Wohnung wegen Erkrankung eines Kindes an Nasendiphtherie konnte nicht vorgenommen werden, da die Wohnräume nicht zu schließen waren. In Anbetracht dieser Umstände bitten wir Sie, den Einbau von zwei Innentüren in der Wohnung des Herrn Sch. zu veranlassen.«

(Die Antwort des Stadtbauamtes stellte im übrigen folgendes klar: Die Instandsetzungsarbeiten an den Baracken wurden aus dem Mietaufkommen bestritten. Das bedeutete, daß zunächst nur Arbeiten in den Wohnungen derjenigen Mieter vorgenommen werden konnten, die laufend die Miete bezahlten. Aus diesem Grunde konnten die Arbeiten bei der Familie Sch. nicht durchgeführt werden, da Sch., obgleich er in einem Arbeitsverhältnis stand, keine Miete zahlte. Es wurde allerdings zugesagt, daß sich die Stadt Wedel bei aufgenommenem Mietzahlung umgehend um die Zwischentüren kümmern würde.)<sup>44</sup>

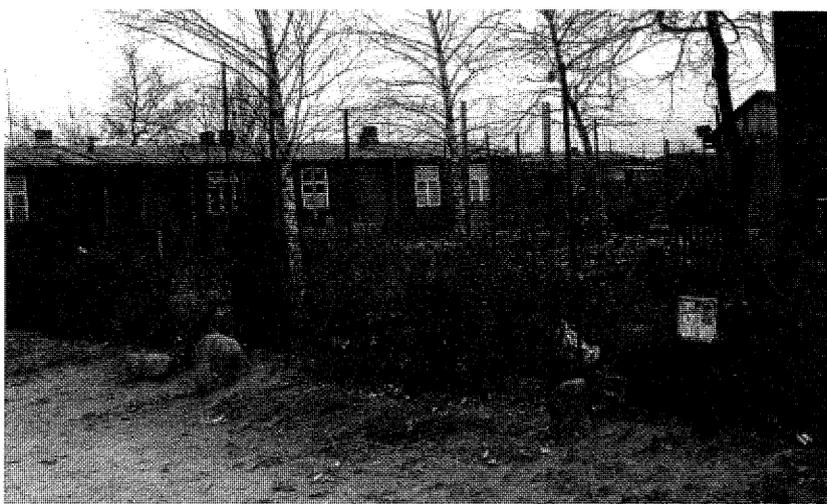


Am Beksberg ging es nur langsam voran. Hatten in den 63 Baracken des Lagers II 1949 noch mehr als 1300 Menschen gelebt, so waren es 1961 immer noch 289 Personen in 16 Baracken.<sup>45</sup>

Die Baracken sind durch die vorrückende Bebauung Am Beksberg endgültig verschwunden. Die letzte Baracke – lange Zeit als Lagerraum genutzt – wurde erst 1993 beseitigt.

<sup>44</sup> Schreiben des Stadtbauamtes vom 23.04.1951. Vgl. Akte 719.3.

<sup>45</sup> Vgl.: »Wedel sorgt für Wohnungssuchende« in: »Wedel-Schulauer-Tageblatt« vom 19.07.1961.



*Die Baracken auf dem Gelände Beksberg 1956. Die ersten Vorbereitungen zur Bebauung des Geländes mit Gewerbebetrieben und Wohnhäusern laufen an.*

*Fotos: Stadt Wedel, 1953*

## Quellen

Protokolle der Stadtvertretung

Chronik der Schule Altstadt

Chronik der Schule ABC-Straße

709.2 Holzeinschlag f. d. Winterbevorratung 1945-1947

268.1 Versicherungsschadensfall; Sturz bei Glatteis im Lager II 1950-1954

718.3 Erfassung der in Wedel gelegenen Lager 1946-1947

191.4 Grundstücksverhandlungen mit der Kriegsmarine

191.5

480.2 Einrichtung einer Gütestelle zwischen Mieter und Vermieter;  
Mustermietvertrag mit der Kriegsmarine

1585.2 Lager in Wedel 1944-1959

200.6 Kriegswirtschaftliche Angelegenheiten

716.5 Beschlagnahmen von Wirtschaftsgütern für die brit. Militärregierung 1945-1947

335.5 Lager II, DP-Camp 1944-1950

713.1 Abrechnung mit Arbeiten und Leistungen der Fa. I. D. Möller 1945-1949

713.2 Erstattung der Lohnkosten der Arbeitskräfte, die für die brit. Militärregierung arbeiten 1945-1947

713.3 Rechnungen für das DP-Camp 1945-1948

713.4 dito, 1945-1947

713.5 dito, 1945-1947

714.1 Erstattung von Kosten durch die Besatzung 1945-1946

714.2 Erstattung der Kosten durch die Besatzung und Flüchtlingsfürsorge 1945-1946, 1949

1520.1 Wohnungshygiene 1935-1972

719.2 Barackenlager II, bauliche Veränderungen 1949-1950

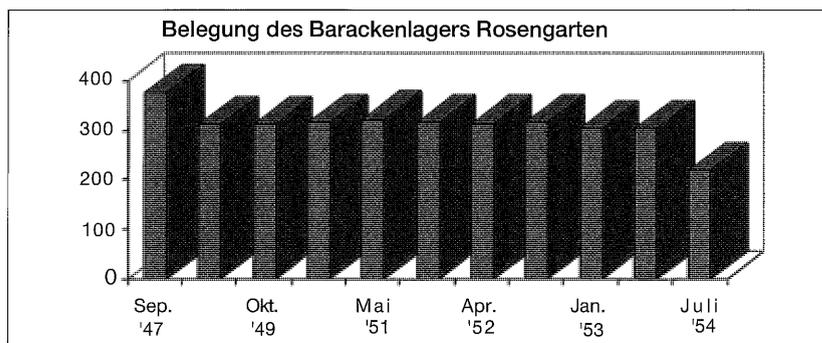
719.3 Barackenlager II, Lager Beksberg, bauliche Veränderungen 1949-1953

864.5 Schriftwechsel des Flüchtlingsbeauftragten 1949

## Barackensiedlung »Lager Rosengarten«



- Belegenheit:** 2 ha großes Areal auf dem Sportplatzgelände hinter und neben der Sporthalle des TSV am Rosengarten
- Baulichkeiten:** 9 Baracken Größe 12 x 43 m, mit 90 Wohnungen, 1 Kantinenbaracke, 1 Werkstattbaracke



Bei dem Lager Rosengarten handelte es sich um ein bereits vor 1943 errichtetes und von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) genutztes Gemeinschaftslager für die städtischen Arbeiter des Bauschädenamtes.<sup>46</sup>

Untergebracht waren hier bis zu 450 Personen.<sup>47</sup> Zunächst handelte es sich dabei um Arbeiter zur Beseitigung von Bombenschäden, hinzu kamen noch sogenannte »Ostarbeiterinnen«, 15- bis 16jährige zwangsverschleppte Mädchen, die zu Arbeitseinsätzen in Wedel waren, außerdem Umsiedler und Staatsbedienstete. Flüchtlinge kamen erst später dazu; in diesem Zusammenhang diente das Gemeinschaftslager auch als Sammel- und Treffpunkt für ankommende Flüchtlingstransporte.<sup>48</sup> Weiter befand sich dort zeitweilig in den Räumen der Kantinenbaracke die Volksküche, die für Flüchtlingsfamilien ohne eigene Kochgelegenheiten eingerichtet worden war. Diese Menschen hatten teilweise weite Wege auf sich zu nehmen, um eine warme Mahlzeit zu bekommen. In der Kantine fanden auch Versammlungen und Sitzungen der Stadtvertretung statt.<sup>49</sup>

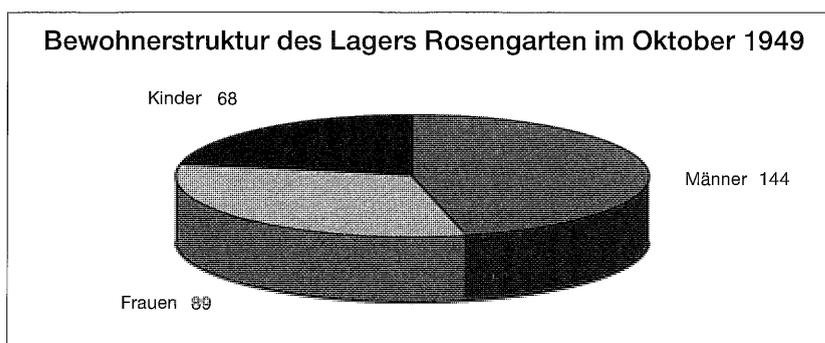
Dem Lager stand bis August 1945 der Lagerführer Walter Wördemann vor, außerdem gab es mindestens je einen Magazinverwalter und einen Nachtwächter sowie Kantinenpersonal.<sup>50</sup> Weiterhin verfügte das Lager über eine Krankenstube, die von einer Krankenpflegerin betreut wurde.<sup>51</sup>

Die Baracken hatten bis zu 13 Stuben, in diesen Stuben standen bis zu 10 Betten; manchmal gab es auch nur mit Holzwolle gefüllte Strohsäcke.<sup>52</sup> Da das Barackenlager ursprünglich für die Unterbringung von alleinstehenden Männern eingerichtet worden war, mußten die vorhandenen Wasch- und Toilettenräume von Männern und Frauen benutzt werden. Es gab keine Türen vor den WCs, und die Toiletten waren von den Urinalbecken auch nicht abgetrennt. Als Waschmöglichkeit gab es nur einen Handstein. Die Reinigung der Waschräume oblag den Mietern.<sup>53</sup>

Außerhalb der Baracken gab es Gemeinschaftskessel zum Wäschewaschen. Das hierfür gebrauchte Holz mußte jeder selbst mitbringen. Holz und Wäsche mußten bewacht werden, um Diebstähle zu verhindern.<sup>54</sup>

Eigene Kochmöglichkeiten waren selten; statt dessen gab es eine Kantine, in der man seine Lebensmittelmarken abgab.

Um eine bessere Versorgung der Bewohner mit Lebensmitteln zu gewährleisten, wurden die Landstücke zwischen den Baracken parzelliert und zwecks Gemüseanbau unter den Bewohnern aufgeteilt.<sup>55</sup>



<sup>46</sup> Schreiben der Deutschen Arbeitsfront (DAF) vom 06.11.1944, daß das Lager Rosengarten als kreisbestes Lager einen Lagerwettbewerb gewonnen hat. Vgl. Akte 1585.2.

<sup>47</sup> Beantragung eines Fernsprechanchlusses für das Gemeinschaftslager Rosengarten vom 05.04.1945. Vgl. Akte 1585.2.

<sup>48</sup> Rechnung der Fa. Steinbrück, Hamburg, über 300 Strohsackgarnituren für Flüchtlinge im Lager Rosengarten vom 07.02.1945. Vgl. Akte 1563.1.

<sup>49</sup> Protokolle der Stadtvertretung.

<sup>50</sup> Siehe hier die Personalakten W. Wördemann, vgl. Akte 238.17; W. Spenger, vgl. Akte 238.16; S. Zechlau, vgl. Akte 238.21; H. Rexilius, vgl. Akte 1515.1.

<sup>51</sup> Rechnung der Stadt Wedel an das Kreiswohlfahrtsamt vom 16.04.1946.

<sup>52</sup> Inventarverzeichnis des Gemeinschaftslagers. Vgl. Akte 1689.2.

<sup>53</sup> Bekanntmachung des Stadtdirektors vom 04.11.1949. Vgl. Akte 719.1.

<sup>54</sup> Zeitzeugen-Gespräch Fernande Heiseke vom 10.11.1994.

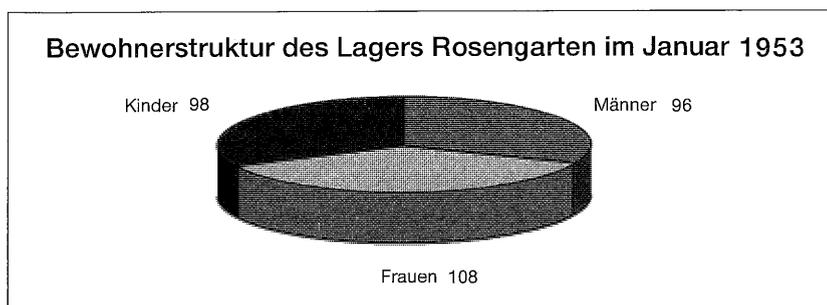
<sup>55</sup> Bekanntmachung des Stadtbauamtes über die Vergabe der Landflächen zwischen den Baracken im Dezember 1948. Vgl. Akte 719.1.

Im Dezember 1950 beschloß die Stadtvertretung, das Gemeinschaftslager Rosengarten unter die laufenden Hausnummern im Rosengarten einzureihen, und ihm somit die Bezeichnungen Rosengarten 21 a, 21 b usw. zu geben.<sup>56</sup>

Über die Wohnzustände in einer Baracke gibt folgender Auszug aus einem Brief eines Bewohners vom Dezember 1950 Auskunft:

»Von den 11 Waschbecken in unserer Baracke 3 sind noch 3 Waschbecken zu gebrauchen. Die übrigen 8 sind beschädigt und Stücke heruntergefallen. Das liegt daran, daß in diesen Becken eiserne Kochtöpfe aufgewaschen werden, wenn die Leute den fallen lassen, springt das Steingut, und die Becken gehen entzwei. [...]Dann möchte ich noch erwähnen, daß von den 5 Toiletten 3 von Familien abgeschlossen sind. Eine ist verstopft und eine für die übrigen Bewohner zu benutzen. Man kann es den Leuten ja nicht verdenken, wenn sie die Toiletten sauberhalten und abschließen, denn das Sauberhalten läßt viel zu wünschen übrig. Außerdem ist bei einer Tür das untere Scharnier durchgerostet. Die Tür hängt also nur noch an dem oberen Scharnier, und in der unteren Stube 9 legt sich der Fußboden durch, wahrscheinlich sind die Lager unter demselben durchgefault. Sie werden mir nun sagen, daß die Stadt für die Baracken im Lager Rosengarten kein Geld hat, weil ein Teil der Bewohner keine Miete bezahlt. Dieses sollen sogar 50 % sein. Ich bewundere die Stadt, daß dieselbe nicht energisch durchgreift und daß die Leute damit durchkommen. Die 5,00 DM kann jeder bezahlen, wenn er will.«

Der endgültige Abbruch der Wohnbaracken erfolgte im August 1954.<sup>57</sup>



*Rückseitige Ansicht einer Baracke der Siedlung »Lager Rosengarten«, im Vordergrund das Gelände der Gärtnerei Schadendorf mit zwei Anliegerinnen.*

*Foto: Privatbesitz, 1953*

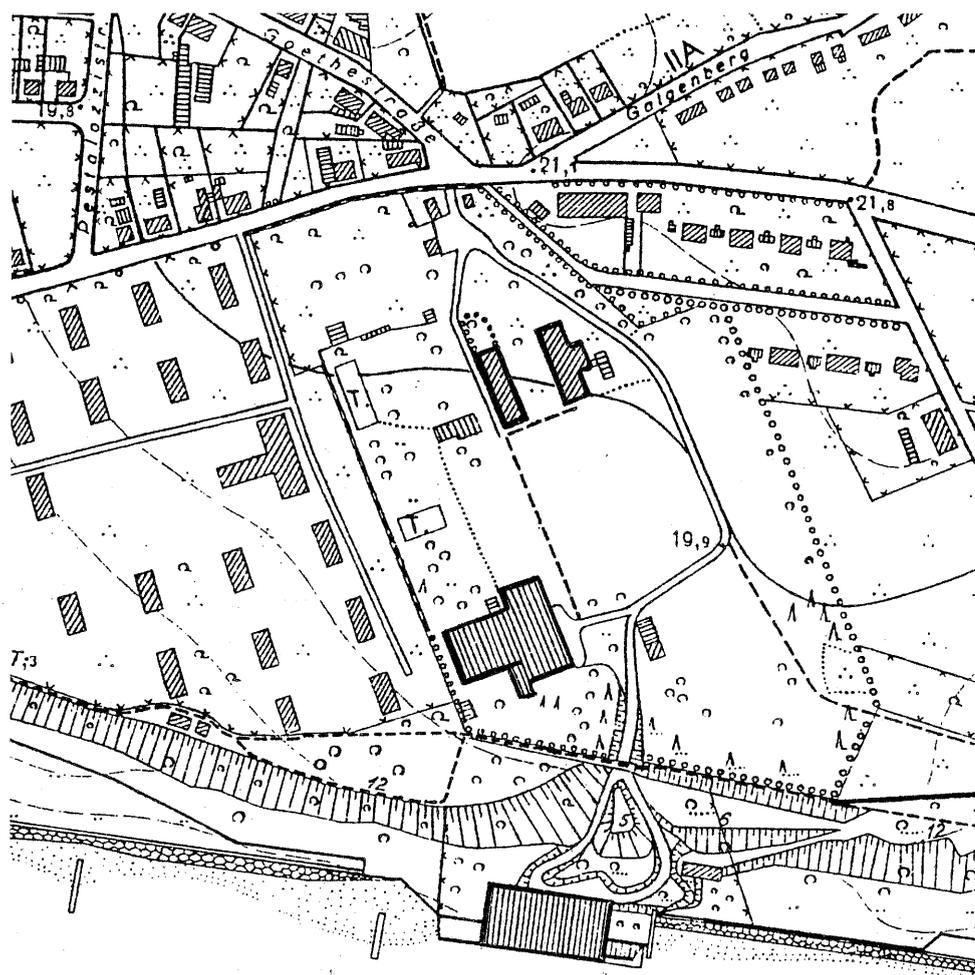
## Quellen

- 1585.2 Lager in Wedel 1944 - 1959
  - 1563.1 Einquartierungen von Flüchtlingen, darin Angabe über Transporte Januar bis August 1945
  - 719.1 Gemeinschaftslager Rosengarten, Zuweisung von Wohnraum, Räumung und Umbauten 1948 - 1950
  - 719.4 Barackenlager Feldstraße, Beschwerden der Bewohner, bauliche Veränderungen 1949 - 1953
  - 480.5 Jahresberichte und Statistiken des Wohnungsamtes 1946 - 1964
  - 1639.1 Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen 1945 - 1946
  - 1689.2 Inventarverzeichnis Rosengarten 1946 - 1953
- Protokolle der Stadtverwaltung sowie Akten des Sozialministeriums aus dem Landesarchiv in Schleswig

<sup>56</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 07.12.1950.

<sup>57</sup> Abbruchgenehmigung vom 18.08.1954 in der Straßenakte im Bauamt.

## Flüchtlingsdurchgangslager in der Elbstraße



- Belegenheit:** Fabrikgelände der ehemaligen Zuckerfabrik im Gebiet zwischen dem heutigen Hans-Böckler-Platz und dem Graf-Luckner-Haus
- Baulichkeiten:** Eingeschossige RAD-Baracke, Speicher und Nebengebäude der ehemaligen Zuckerfabrik

Auf dem Gelände der ehemaligen Zuckerfabrik, das der Firma J. D. Möller gehörte, standen verschiedene Bauten, in denen bereits während des Krieges und auch in der Nachkriegszeit Menschen Unterkunft fanden.

Zum einen handelte es sich dabei um die ehemaligen Räume der Zuckerlager, die sowohl weiterhin als Lagerraum als auch für Wohnzwecke genutzt wurden. Außerdem standen auf dem Areal an der Elbstraße RAD-Baracken, in denen während des Krieges Zwangsarbeiter der Firma J. D. Möller untergebracht waren.

Von der »Werksbaracke 2«, in der bis kurz nach Kriegsende 150 »Ostarbeiterinnen« lebten, ist bekannt, daß sie über Krankenzimmer und sanitäre Einrichtungen verfügten.<sup>58</sup> Hier zog im Sommer 1945 der aus Danzig geflüchtete Betrieb »Danziger Gerätebau« mit seinen Angestellten ein. Die Baracke bot gleichzeitig Raum für Unterkunft und Produktion der Firma, die elektrotechnische Geräte herstellte.<sup>59</sup>

Nachdem im Laufe des Jahres 1945 das britische Militär große Teile der Fabrikationsgebäude von J. D. Möller am Rosengarten beschlagnahmt hatte, suchte die Firmenleitung nach Ausweichquartie-

<sup>58</sup> Schreiben von Hugo Möller an das Kreiswohnungsamt vom 12.03.1946. Vgl. Akte 1524.5.

<sup>59</sup> Ebd.

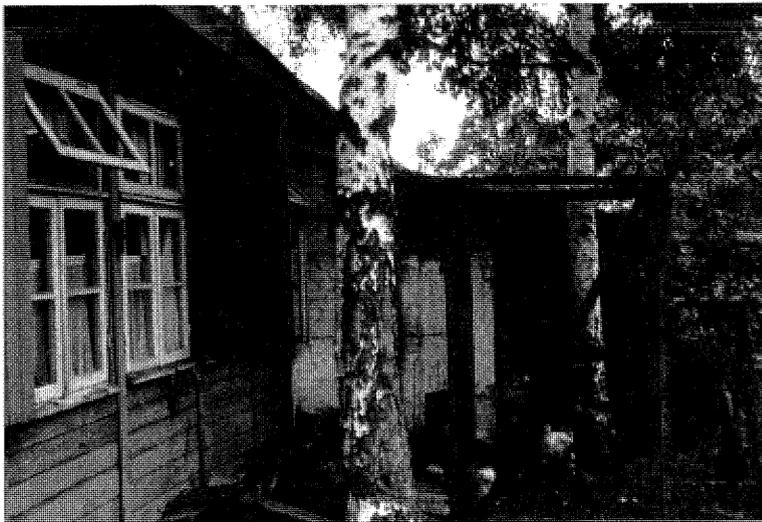
ren und renovierte für ihre Zwecke die Werksbaracke 2.

Die »Danziger Gerätebau« hingegen siedelte auf Drängen Hugo Möllers im Herbst 1945 nach Rissen um. Die Fa. Möller hatte die Baracke noch nicht bezogen, als kurz vor Weihnachten 1945 ein größerer Flüchtlingstransport nach Wedel kam. Der Leiter des Wohnungsamtes ließ die Baracke beschlagnahmen und in aller Eile als Flüchtlingsdurchgangslager zur Unterbringung obdachloser Flüchtlinge einrichten.<sup>60</sup>

Hier wurde bis 1949<sup>61</sup> Flüchtlingen für einen kurzen Zeitraum ein Obdach gegeben, bis eine Verteilung auf andere Privatquartiere oder andere Orte erfolgen konnte.<sup>62</sup> Betreut wurde das Durchgangslager vom Wohnungsamt der Stadt Wedel unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes und der Polizei, die für eine »ordnungsmäßige Abwicklung«<sup>63</sup> zu sorgen hatte. Außerdem wurde ein Lagerführer bestimmt, im August 1946 war es ein Herr Schulz.<sup>64</sup> Das Durchgangslager, selbst vom Wohnungsamt als ein Notbehelf bezeichnet,<sup>65</sup> war eine Holzbaracke des Typs RAD, wahrscheinliche Größe somit 42,8 x 12,6 m, hatte jeweils zwei kleine abgeteilte Räume an den Enden der Baracke und in der Mitte zwei große Wohnräume. In den Endzimmern wohnten Betriebsangehörige der Firma J. D. Möller und der Danziger Gerätebau und auch andere Flüchtlinge. Die großen mittleren Wohnräume, ausgestattet mit Holzpritschen, Strohlagern<sup>66</sup> und Großraumofen waren zumindest bei einer Besichtigung der Gesundheitskommission der Stadt Wedel am 05.08.1946 - in einem unsauberen Zustand.<sup>67</sup> Die sanitären Einrichtungen waren unzureichend, es gab nur Plumpsklos - 15 nebeneinander in einer Nebenbaracke - und eine Baracke mit Waschbecken und Waschkesseln.<sup>68</sup> Es war für beide Räume nur eine Kochgelegenheit vorhanden, was selbstverständlich nicht ausreichte, wenn das Durchgangslager voll belegt war. Die Bewohner waren dann gezwungen, die Volksküche am Lager Rosengarten aufzusuchen.<sup>69</sup> Im August 1947 wurden die Räume an den Seitenenden von Hugo Möller zu Wohnungen ausgebaut. Wahrscheinlich ist, daß auch an den beiden mittleren Räumen bauliche Veränderungen vorgenommen worden sind.<sup>70</sup>

Wieviele Bewohner in dem Durchgangslager leben mußten, und wie lange sie geblieben sind, ist nicht bekannt. Aufgelöst wurde das Lager durch den Kreis Pinneberg am 07.04.1949.

Danach konnte die Firma J. D. Möller die Baracke für ihre Zwecke benutzen. Abgebrochen wurde sie vermutlich im Rahmen der voranschreitenden Bebauung des Elbhochufers.



*Wohnbaracke und Nebengebäude auf dem Gelände der ehemaligen Zuckerfabrik. Hier war von 1945 bis 1949 ein Flüchtlingslager eingerichtet.*

*Foto: Stadt Wedel, 1952*

## Quellen

- 1524.5 Wohnraum der Fa. J.D. Möller  
1639.1 Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen 1945-1949

60 Ebd.

61 Aufhebung der Beschlagnahmeverfügung vom 11.04.1949. Vgl. Akte 1524.5.

62 Verfügung des Kreiswohnungsamtes vom 01.06.1945. Vgl. Akte 1524.5.

63 Verfügung der Kreisverwaltung vom 01.06.1946. Vgl. Akte 1524.5.

64 Protokoll des Gesundheitsausschusses vom 05.08.1946.

65 Verfügung der Kreisverwaltung vom 16.03.1946. Vgl. Akte 1524.5.

66 Schreiben von Fa. J. D. Möller vom 12.06.1946. Vgl. Akte 1524.5.

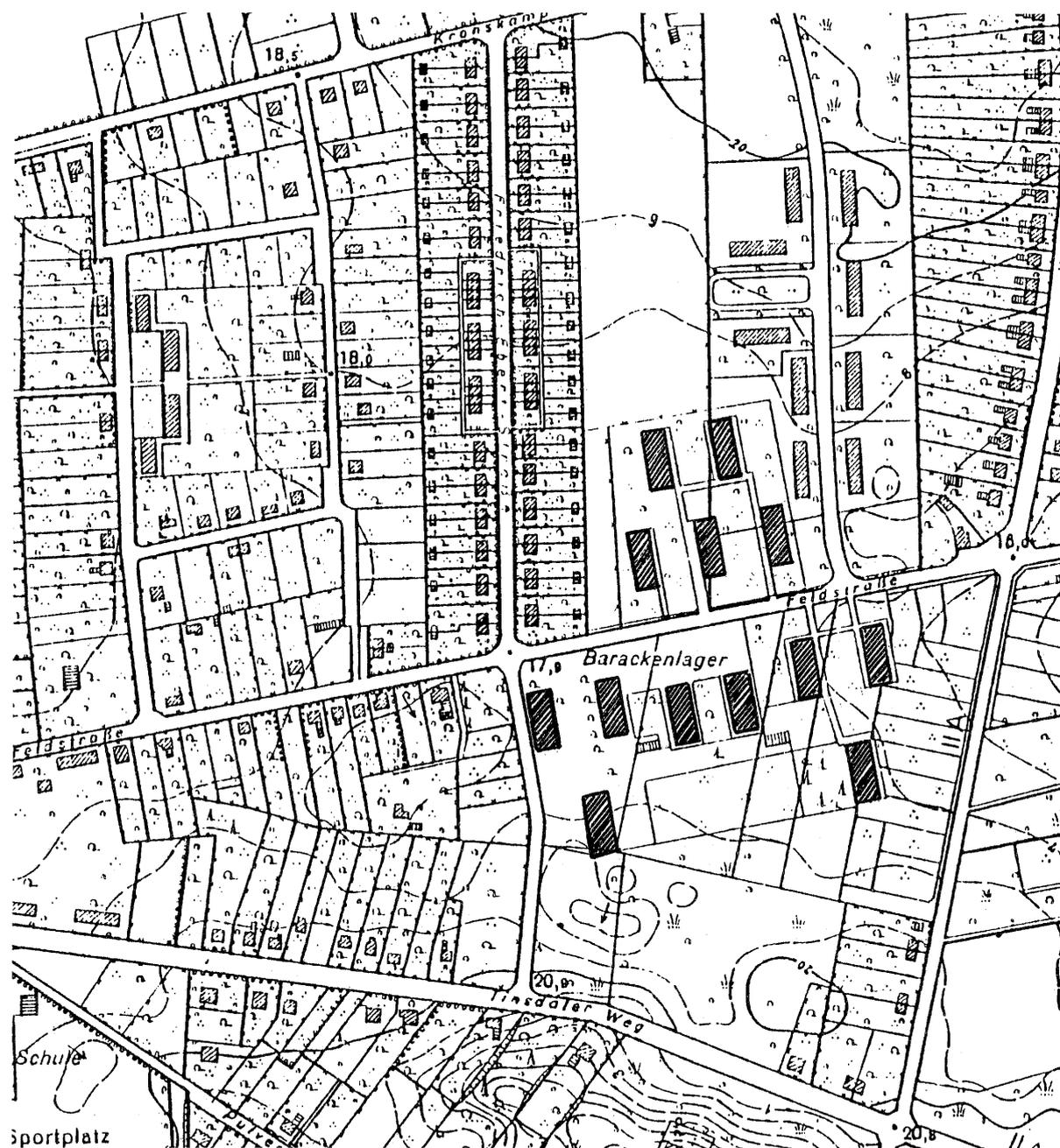
67 Protokoll des Gesundheitsausschusses vom 05.08.1946.

68 Zeitzeugen-Gespräch mit Lisa Quell, geb. 1923 in Tiegenhof, Krs. Werder, vom 15.11.1994.

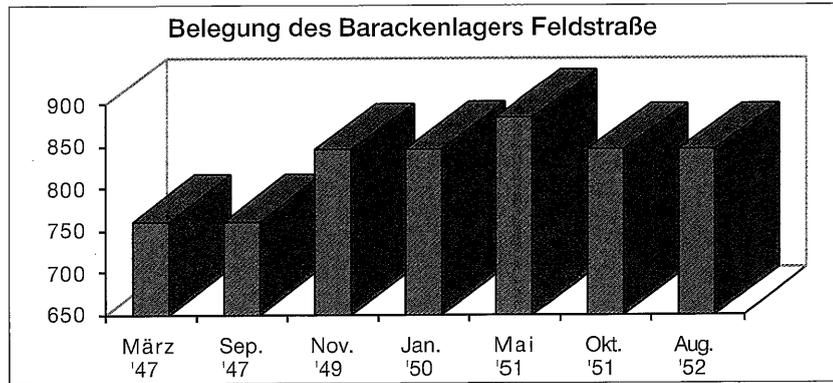
69 Protokoll des Gesundheitsausschusses vom 05.08.1946 und Schreiben von Fa. J. D. Möller 15.03.1946. Vgl. Akte 1524.5.

70 Schreiben von Hugo Möller an das Wohnungsamt vom 26.08.1947. Vgl. Akte 1524.5.

## Barackensiedlung »Feldstraße«



- Belegenheit:** 4,7 ha entlang der Feldstraße zwischen der Friedrich-Ebert-Straße und dem Voßhagen  
**Baulichkeiten:** 13 zweigeschossige Neufert-Baracken mit 208 Wohnungen



Die zweigeschossigen Neufert-Häuser wurden 1943 zur Unterbringung von Bombengeschädigten errichtet. Sie waren zunächst Eigentum des Deutschen Reiches und später der Bundesrepublik Deutschland; verwaltet wurden sie von der Stadt Wedel.

Die Baracken hatten innen ein Treppenhaus und lange Flure. Sie waren unterteilt in kleine Wohnungen, die jeweils über ein WC und eine Kochnische verfügten. Das Grundstück um die Baracken herum wurde parzelliert und den Bewohnern zur Kultivierung zur Verfügung gestellt.



*Die 1943 an der Feldstraße errichteten zweigeschossigen Neufert-Baracken. Dieser Barackentyp war solider erbaut als andere; der selbe Typ stand auch am Steinberg. Fotos: Stadt Wedel, 1959*



*Wohnküche in den Neufert-Baracken an der Feldstraße. Frau Ruth Samtleben mit vier von ihren fünf Kindern 1946.*

*Foto:  
Privatbesitz E. Samtleben-Garry*

Später wurde hier auch Vieh gehalten, eine Zählung im August 1951 ergab 14 Schweine, 1 Pferd, diverse Schafe und 1 Ziege.<sup>71</sup> Zu den Lebensbedingungen gibt ein Artikel im Hamburger Echo vom 18.03.1947 Auskunft:

»Allein in der Feldstraße stehen 13 zweistöckige Wohnbaracken, in denen heute 218 Familien wohnen. 26 Familien leben in besonders kläglichen sozialen Verhältnissen. Bei 57 Familien ist der Vater oder Mann vermißt, gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft. Wir hatten Gelegenheit, die Wohnbaracken zu besichtigen. Das, was wir erlebten, war mehr als traurig. Bleichwangige Kinder stampften in schlechten Schuhen durch das Schneewasser. Abgemagerte Frauen versuchten sich durch die Schneepfüten einen Weg zu bahnen. Schon nach den ersten Schritten hatten sie nasse Füße, aber es half nichts, sie mußten zur Stadt, um einzukaufen. Und wie sah es in und um die Wohnbaracken aus? Das eindringende Regenwasser hat den spärlichen einfachen Möbeln der Leute große Schäden zugefügt. Viele Wasserrohre waren eingefroren oder zerfroren. 52 Toilettbecken und 70 Spülkästen sind zerfroren. Das alles führte zu katastrophalen Zuständen. Die Abwässer aus Toiletten und Ausgüssen führen direkt ins Freie und sind größtenteils vor den Baracken festgefroren. Asche und Abfallhaufen türmen sich vor den Baracken auf. Die Wohnungen sind selbst oft sehr sauber und gepflegt, zum Teil aber mit Unrat bedeckt, der aus den von der Kälte zersprungenen Kanalisationsrohren, die durch die Keller führen, gelaufen ist. Wenn man dann spürt, wie der Wind durch die Ritzen der Barackenwände pfeift und die Zimmer einfach nicht mehr zu erheizen, die Menschen auch noch erbarmungslos der Kälte ausgesetzt sind, dann verstärkt sich die Meinung, hier muß sehr rasch und umfassend etwas geschehen.«

Schwierigkeiten gab es in diesem Barackenlager, wie in allen anderen auch, vor allem mit Ungeziefer und Ratten. So nisteten sich in die Zwischenwände der Baracken Wanzen ein, und ein gedrängtes Zusammenleben von Menschen fördert Rattenplagen.<sup>72</sup>

Die Räumung der Barackensiedlung erfolgte ab 1962, am 08. März 1966 wurde die letzte der Baracken abgebrochen.<sup>73</sup>



*Spielende Kinder vor den Baracken der Siedlung Feldstraße.*

*Foto: Privatbesitz, 1958*

## Quellen

719.3 Barackenlager II, Beksberg

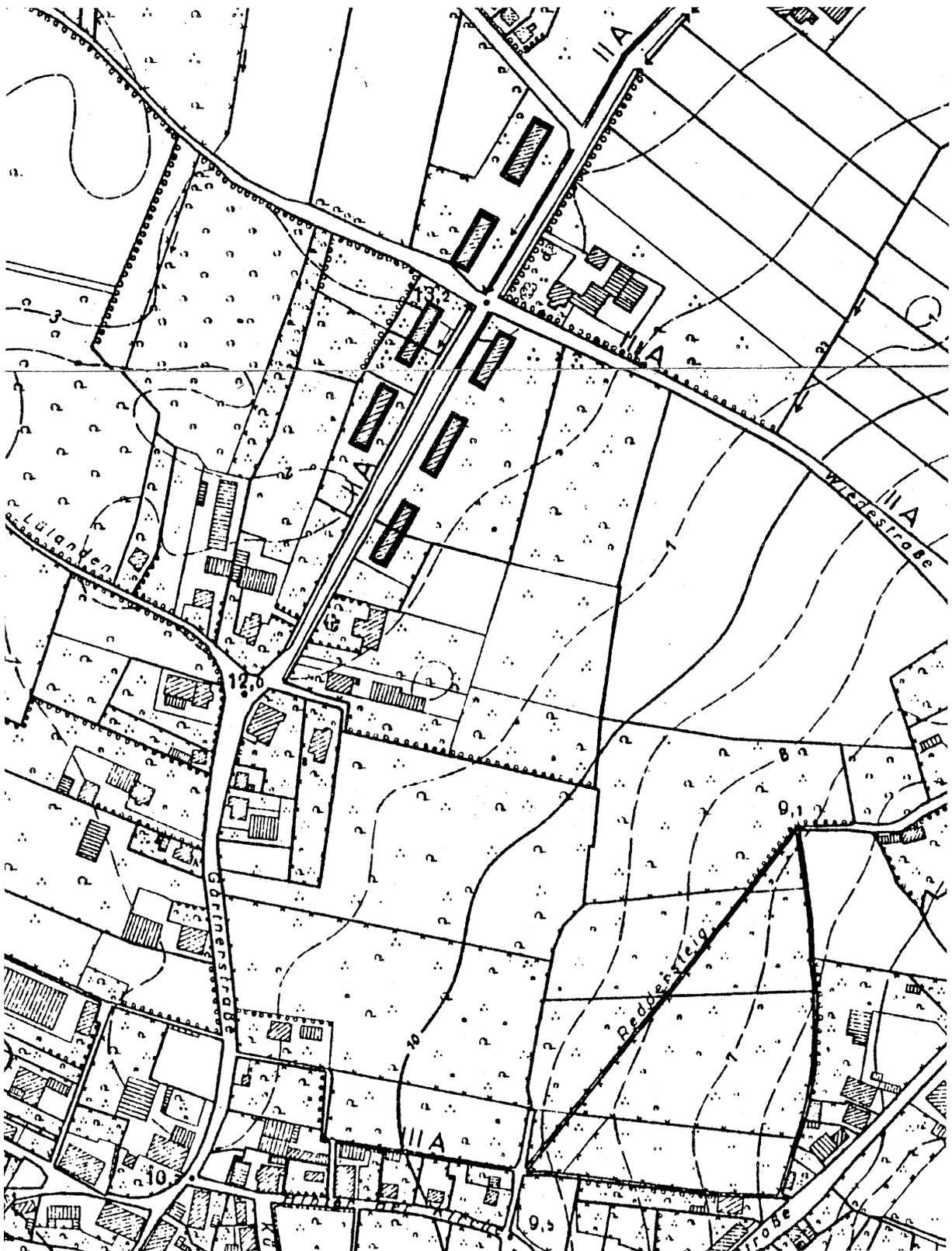
719.4 Barackenlager Feldstraße

<sup>71</sup> Magistratsvorlage einer Viehzählung in den Wohnbaracken vom 20.08.1951. Vgl. Akte 1520.1.

<sup>72</sup> Vermerk des Stadtbauamtes vom 10.10.1949. Vgl. Akte 719.3.

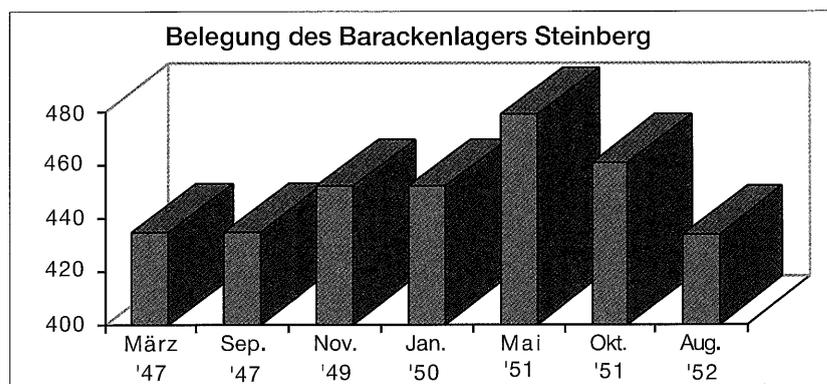
<sup>73</sup> Vgl.: »Eine der letzten Baracken wird abgerissen«. In: »Wedel-Schulauer-Tageblatt« vom 09.03.1966.

## Barackensiedlung »Steinberg«

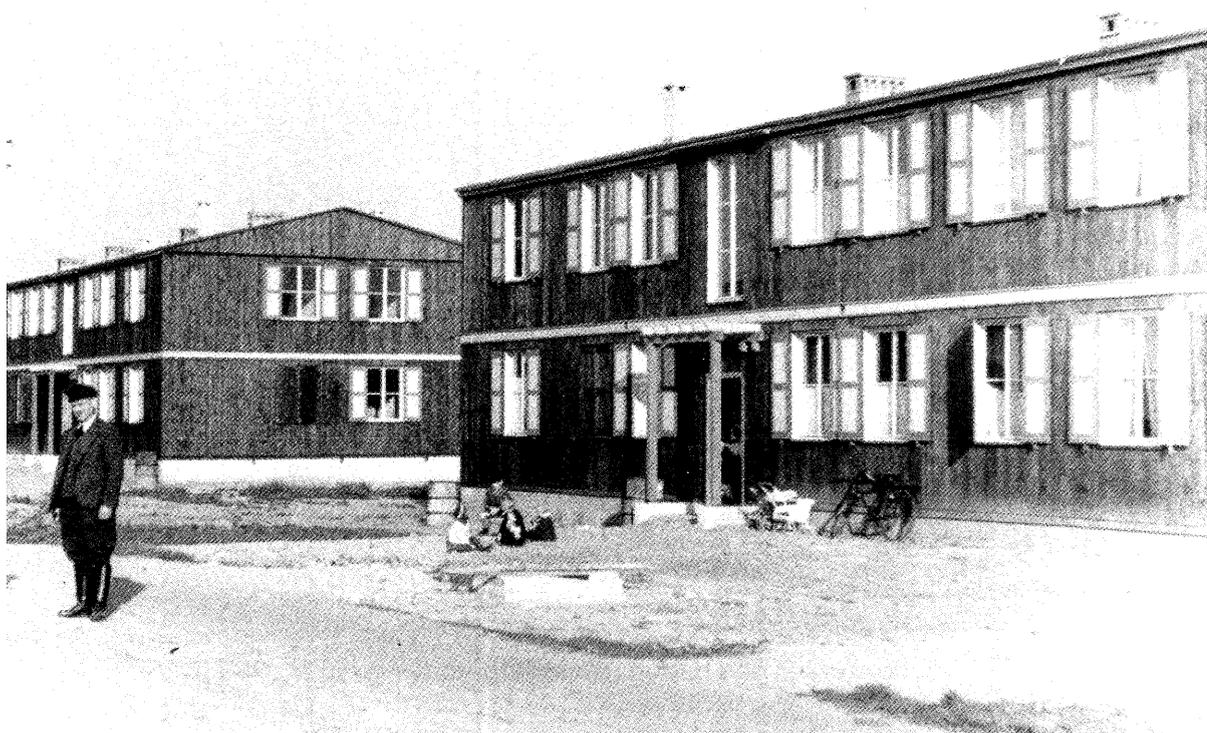


**Belegenheit:** 1,8 ha entlang des Steinbergs

**Baulichkeiten:** 7 zweigeschossige Neufert-Baracken, mit 112 Wohnungen  
Größe der Baracken: 10 x 35 m



Die Baracken der Siedlung Steinberg waren, ebenso wie die Baracken an der Feldstraße, bereits 1943 für die Unterbringung von Bombengeschädigten errichtet worden. Sie standen ebenfalls im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland und wurden von der Stadt Wedel verwaltet.



Zweigeschossige Neufert-Baracken am Steinberg im Oktober 1943. Sie wurden errichtet, um den wohnungslosen Bombengeschädigten Wedels ein Obdach zugeben. Foto: G. Maushake, 1943

Die Neufert-Baracken waren im Vergleich zu anderen Barackentypen dauerhafter gebaut; sie standen auf relativ soliden Fundamenten, wurden aber den wachsenden Ansprüchen an Wohnraum nicht mehr gerecht und waren recht kostspielig in der Unterhaltung.<sup>74</sup>

Untergebracht waren in der Siedlung bis zu 452 Menschen.<sup>75</sup> Die Wohnungen in den Baracken, die jeweils eine Wohnküche und ein WC hatten, lagen an langen Fluren. Die Treppenhäuser in den Neufert-Baracken lagen innen.<sup>76</sup>

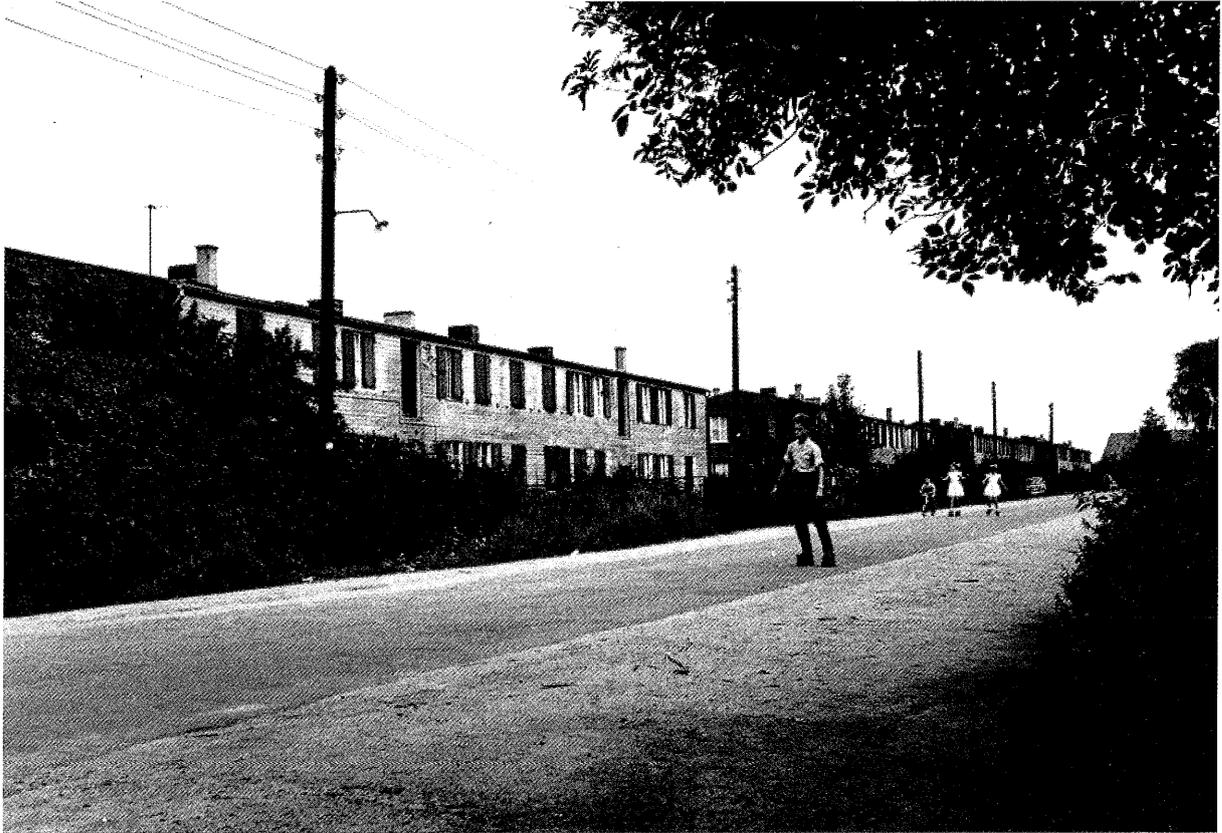
Viel ist nicht aktenkundig geworden über diese Barackensiedlung. Sorgen bereitete den Mitgliedern des städtischen Gesundheitsausschusses in der Sitzung vom 20.01.1947<sup>77</sup>, daß die Abwässer sämtlicher Baracken des Steinbergs, vermutlich ungeklärt, in den Mühlenteich liefen. Ob diesem unhygienischen Mißstand abgeholfen wurde, was den Ausschußmitgliedern damals undurchführbar erschien, konnte nicht ermittelt werden.

<sup>74</sup> Vgl.: »Die Stadt hatte die meisten Baracken« In: »Wedel-Schulauer Tageblatt« vom 07.10.1959.

<sup>75</sup> Auflistung des Wohnungsamtes vom 23.11.1949. Vgl. Akte 1528.7.

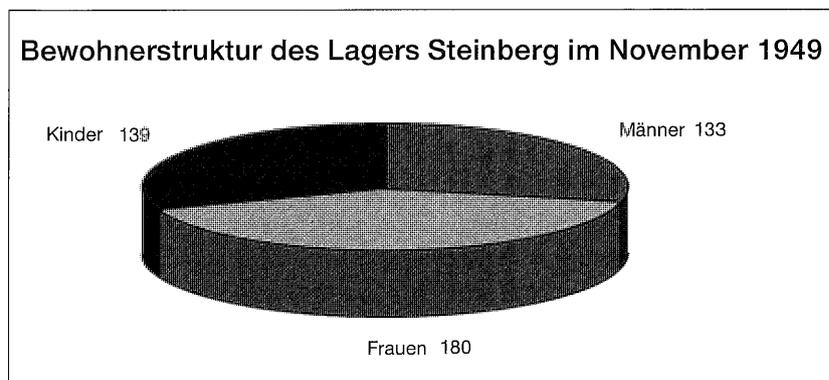
<sup>76</sup> Zeitzeugen-Gespräch Ursula Krüger, geb. 1932 in Hamburg, vom 14.02.1995. Bearbeitet von Christine Pieper.

<sup>77</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung.



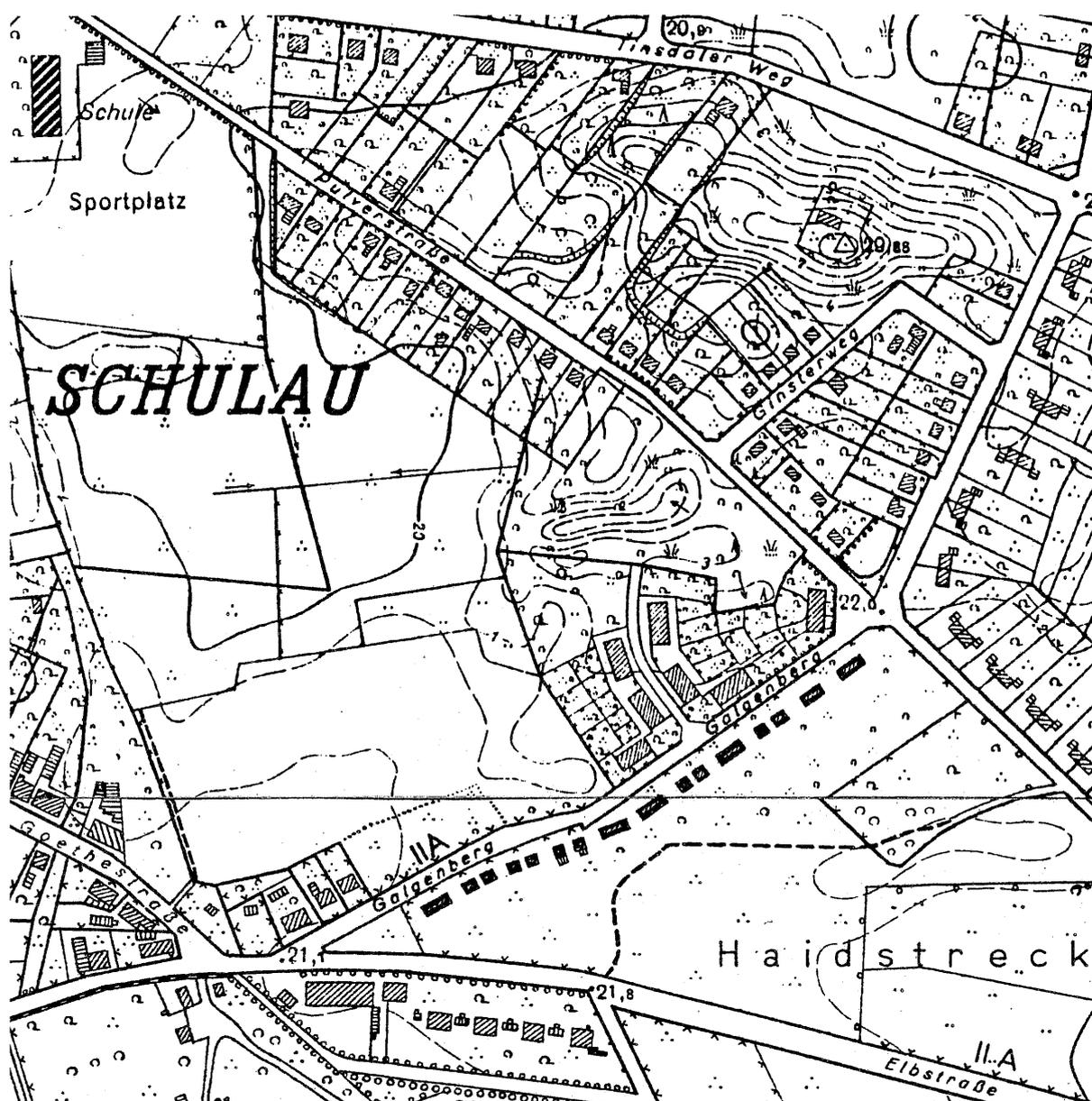
Baracken am Steinberg im August 1960; ein paar Jahre später wurden sie abgebrochen. Foto: G. Maushake, 1960

Die meisten Bewohner zogen in andere Wohnungen oder Häuser um, bis in den beiden letzten Baracken am Steinberg, die zudem auch mit zu den letzten im Stadtgebiet gehörten, nur noch wenige Mieter wohnten, die dann in die Obdachlosenunterkünfte zogen. Abgebrochen wurden die letzten »Schandfleck am Steinberg«<sup>78</sup> im Oktober 1967.

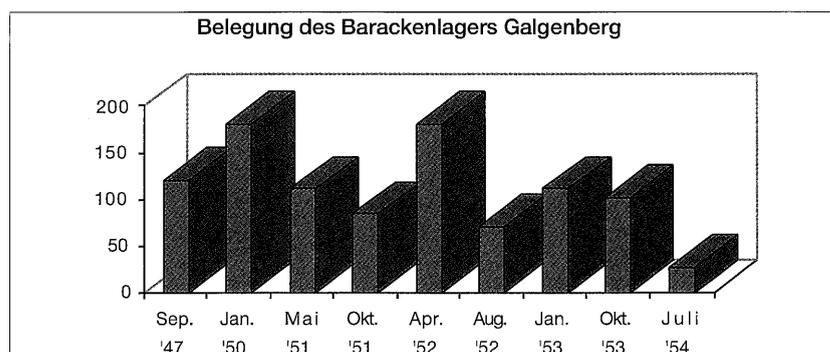


78 Vgl.: »Die letzten Baracken verschwinden« In: »Wedel-Schulauer Tageblatt« vom 23.10.1967.

## Flüchtlings-Wohnlager »Galgenberg«



**Belegenheit:** 1,5 ha entlang der Ostseite des Galgenbergs  
**Baulichkeiten:** 22 Baracken, davon 10 einfache Baracken und 6 doppelte Baracken mit insgesamt 22 Wohnungen



Die Behelfsunterkünfte am Galgenberg wurden ab 1944 von der Kieler Baufirma »Bauhilfe« der DAF (Deutsche Arbeitsfront) erbaut. Sie wurden an aus der Ukraine umgesiedelte Wolgadeutsche vermietet. Diese Familien, die nach langen Irrwegen im Juni 1944 nach Wedel kamen, wurden vom Lager Rosengarten aus, wo sie zunächst untergebracht waren, in die Behelfsbaracken am Galgenberg umgesetzt. Manche dieser Holzbaracken wurden erweitert um einen steinernen Mittelbau. In diesen Fällen waren die Baracken rd. 24 qm groß, hatten zwei Räume und eine Küche mit einem gemauerten Herd. Die Unterkünfte waren ohne Wasseranschluß, doch sorgten in der Siedlung zwei Pumpen für Frischwasser, das dann für den Gebrauch zum Haus transportiert werden mußte. Strom war in den Baracken vorhanden.<sup>79</sup> Umgeben waren diese Baracken von Nutzgärten, in denen auch Vieh und Hühner gehalten wurden.<sup>80</sup> Eine Beschreibung der Lebensverhältnisse findet sich in einem Artikel der Norddeutschen Nachrichten vom 12.07.1950 wider:

»Elf volksdeutsche Familien aus der Ukraine wurden 1944 erst in ein Sammellager in Sachsen und im Juni 1944 nach Wedel verschlagen. Diese elf Familien, die zuerst im Lager Rosengarten untergebracht waren, leben jetzt in den kleinsten Baracken am Galgenberg. Eine achtköpfige Familie bewohnt z. B. zwei Schlafzimmer und eine kleine Küche (für 12,00 DM) und fühlt sich dort wohl. Auch wenn der Mann arbeitslos ist, läßt man in dieser kleinen Baracke nicht den Kopf hängen. Dafür ist auch wenig Zeit, denn das Vieh will versorgt und das Land der Baracke bearbeitet sein. Für die Schweine, die jede Familie hält, reichen die im Herbst gestoppelten Kartoffeln, und für die Hühner wurde eine Fläche mit Korn bestellt. Um die Eltern tollten die Kinder herum, deutsche und russische Worte wechselnd. Auch die hier in Deutschland geborenen Kinder wachsen in zwei Sprachen auf. Bis auf zwei Ausnahmen sind die Gärten und die Vorgärten bearbeitet, teilweise sind Blumen geplatzt. Die Siedler sind hier schon etwas heimisch geworden.«

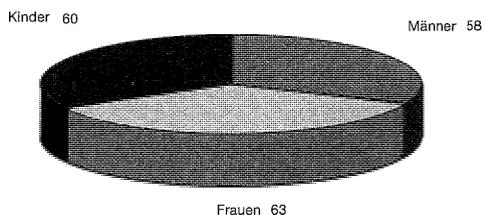
Abgebrochen wurde diese kleine Siedlung ab 1954 im Zuge von Wohnungsneubauten.<sup>81</sup>



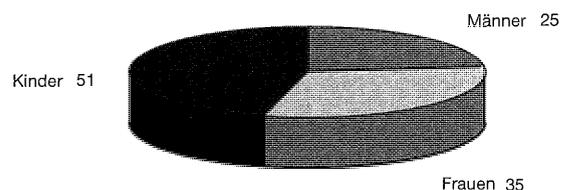
Baracken des Flüchtlingswohnlagers entlang des Galgenbergs 1954. In den kleinen Nutzgärten wurden auch Hühner und Vieh gehalten.

Foto: K. Buchner, 1954

Bewohnerstruktur des Lagers Galgenberg im Januar 1950



Bewohnerstruktur des Lagers Galgenberg im Januar 1953

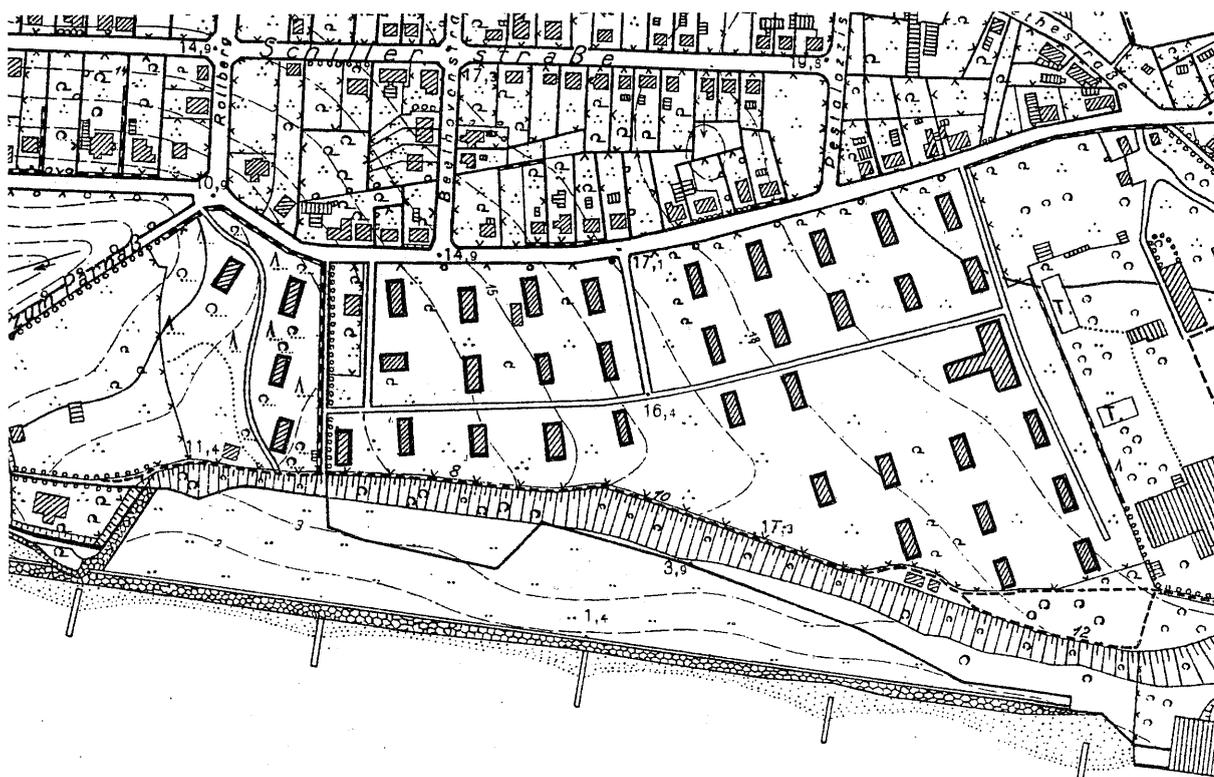


<sup>79</sup> Zeitzeugen-Gespräch mit Katharina Naber, geb. 1935 in Kuprianowka, vom 23.11.1994.

<sup>80</sup> Viehzählung in den Wohnbaracken vom 20.08.1951. Vgl. Akte 1520.1.

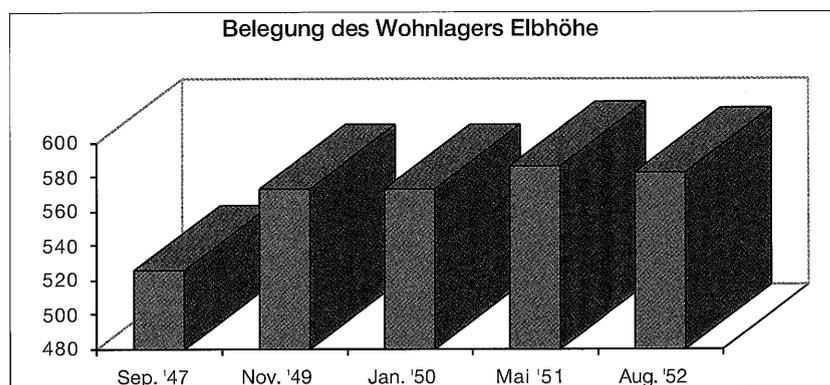
<sup>81</sup> Vgl. »Baracken abgerissen« in: »Norddeutsche Nachrichten« vom 12.01.1954.

## »Wohnkolonie Elbhöhe«



**Belegenheit:** 8,25 ha auf dem Gelände zwischen Parnaß, Elbstraße, Zuckerfabrik und Elbsteilhang

**Baulichkeiten:** 39 Baracken mit 78 Wohnungen



Erstellt wurde die »Wohnkolonie Elbhöhe« im Jahr 1943 ursprünglich für Angehörige der Firma Blohm & Voß, die in Hamburg ausgebombt worden waren.<sup>82</sup>

Sie umfaßte 39 kleine eingeschossige Holzbaracken und eine unterkellerte, T-förmig gebaute Baracke (sogenannte »T-Baracke«). Die Baracken hatten jeweils drei Eingänge und sechs abgeschlossene Wohnungen. Diese bestanden jeweils aus zwei Räumen, nämlich einer Küche mit fließendem Wasser und einem beheizbaren Schlafraum. Toiletten, Waschgelegenheiten und Waschkessel waren separat in Waschbaracken untergebracht. Außerdem hatte die Wohnkolonie elektrisches

<sup>82</sup> Bericht des Verwalters der Wohnkolonie Elbhöhe vom 09.08.1945. Vgl. Akte 716.5.

Licht. Die Grundstücke um die Baracken herum waren parzelliert und wurden von den Bewohnern bestellt.<sup>83</sup> Verwaltet wurde die Wohnkolonie von einem vom Verein »Wohnkolonie e. V.« eingesetzten Verwalter. Geräumt und abgebrochen wurde das Lager ab 1955, als das Gelände dieser Kolonie durch die »Neue Heimat« bebaut wurde (spätere Elbhochufer-Siedlung).

Die letzte Baracke wurde im Januar 1962 abgebrochen, der Verein »Wohnkolonie Elbhöhe« löste sich am 5.07.1959 auf.<sup>84</sup>



Leben in der Wohnbaracke Nr. 14 in der »Wohnkolonie Elbhöhe« um 1950. Zu dem Zeitpunkt lebten in der Kolonie 573 Menschen.  
Foto: Privatbesitz A. Igelbrink



Baracken in der »Wohnkolonie Elbhöhe«, die 1943 für ausgebombte Angehörige der Fa. Blohm und Voß errichtet wurden, im Mai 1961.  
Foto: G. Maushake, 1961

## Quellen

- 716.5 Beschlagnahmen von Wirtschaftsgütern im Auftrage der brit. Militärregierung 1945-1947  
719.4 Barackenlager Feldstraße 1949-1953

<sup>83</sup> Zeitzeugen-Gespräch mit Anita Igelbrink, geb. 1910 in Hamburg, vom 15.11.1994.

<sup>84</sup> »Baracken an Elbhöhe endlich geräumt« in: »Wedel-Schulauer-Tageblatt« vom 18.01.1962.

## Versorgungslage

Doch nicht nur die Notwendigkeit, den vielen Neuankömmlingen binnen kürzester Zeit eine Unterkunft zu verschaffen, führte zu großen Problemen. Darüberhinaus mußte auch die Versorgung der Flüchtlinge beispielsweise mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Brennstoff gewährleistet werden.

### Lebensmittel

Als besonders schwierig erwies sich die Versorgung der anwachsenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Zu bedenken ist dabei nicht nur der allgemeine (und weltweite) Mangel an Nahrungsmitteln, sondern auch die Tatsache, daß das gesamte Transportwesen in den ersten Jahren nach 1945 nur mit großen Einschränkungen (Fahrzeug- und Benzinmangel, gestörte Infrastruktur usw.) abgewickelt werden konnte.

Die Bewirtschaftung der Lebensmittel wie aller anderen Güter wurde wie schon in Kriegszeiten geregelt durch Lebensmittelkarten bzw. Bezugsscheine für vier Wochen. Gegen diese Karten konnten die zugestandenen Waren zu festgesetzten Preisen erworben werden, sofern es diese Waren gab. Die Ernährungslage verschärfte sich schließlich derart, daß die Bevölkerung wegen der ständigen Kürzungen der Lebensmittelrationen von einer Hungersnot bedroht war.

In Wedel wurden die Lebensmittelmarken in vierwöchentlichem Rhythmus sonntags im Sitzungssaal des Rathauses ausgegeben. Eine große Zahl haupt- und ehrenamtlicher Helfer prüfte mit Hilfe von Stammkarten und Beschäftigungsnachweisen den Kartenbedarf der Familie und gab die entsprechenden Lebensmittelmarken aus.

<b>L 11</b> SchlHolstein 506	<b>A 4</b> 11 Febr.	<b>A 3</b> 11 Febr.	<b>A 2</b> 11 Febr.	<b>A 1</b> 11 Febr.	<b>L 11</b> SchlHolstein 406	<b>A 4</b> 11 Jan.	<b>A 3</b> 11 Jan.	<b>A 2</b> 11 Jan.	<b>A 1</b> 11 Jan.			
<b>L 11</b> SchlHolstein 507	<b>A 5</b> 11 Febr.	<b>B 3</b> 11 Febr.	<b>B 2</b> 11 Febr.	<b>B 1</b> 11 Febr.	<b>L 11</b> SchlHolstein 407	<b>A 5</b> 11 Jan.	<b>B 3</b> 11 Jan.	<b>B 2</b> 11 Jan.	<b>B 1</b> 11 Jan.			
<b>L 11</b> SchlHolstein 508	<b>H</b> 11 Febr.	<b>B 4</b> 11 Febr.	<b>T 36</b> 11 Febr.	<b>T 35</b> 11 Febr.	<b>L 11</b> SchlHolstein 408	<b>D*</b> 11 Jan.	<b>B 4</b> 11 Jan.	<b>T 2</b> 11 Jan.	<b>T 1</b> 11 Jan.			
Bundesrepublik Deutschland LEA SchlHolst. <b>E</b> 135 Erwachsene ab 16 Jahre Februar 1950	100g W-Brot 11 Febr.	100g W-Brot 11 Febr.	<b>G</b> 11 Febr.	500g W-Brot 11 Febr. 6	500g W-Brot 11 Febr. 5	Bundesrepublik Deutschland LEA SchlHolst. <b>E</b> 134 Erwachsene ab 16 Jahre Januar 1950	100g W-Brot 11 Jan.	100g W-Brot 11 Jan.	<b>C*</b> 11 Jan.	500g W-Brot 11 Jan. 2	500g W-Brot 11 Jan. 1	
<b>FETT R 11</b> 11 Febr.	<b>BU 23</b> 11 Febr.	<b>BU 22</b> 11 Febr.	125g Butter 11 Febr. 17	<b>FETT S 11</b> 11 Febr.	250g Fett 11 Febr.	<b>FETT R 11</b> 11 Jan.	<b>Bu 6</b> 11 Jan.	<b>Bu 5</b> 11 Jan.	<b>FETT S 11</b> 11 Jan.	250g Fett 11 Jan.	250g Fett 11 Jan.	250g Fett 11 Jan.
<b>11</b>	<b>15</b> 11 Febr.	500g ZUCKER 11 Febr.	500g ZUCKER 11 Febr.	<b>3</b> 11 Jan.	500g ZUCKER 11 Jan. 2	<b>3</b> 11 Jan.	500g ZUCKER 11 Jan. 2	500g ZUCKER 11 Jan. 1	<b>11</b>	<b>11</b>	<b>11</b>	<b>11</b>
<b>Z 11</b> SchlHolstein 503	<b>Z 11</b> SchlHolstein 505	<b>Fleisch 27</b> 11 Febr.	<b>Fleisch 26</b> 11 Febr.	<b>Fleisch 25</b> 11 Febr.	<b>Z 11</b> SchlHolstein 403	<b>Z 11</b> SchlHolstein 405	<b>Fleisch 7</b> 11 Jan.	<b>Fleisch 6</b> 11 Jan.	<b>Fleisch 5</b> 11 Jan.			
<b>Z 11</b> SchlHolstein 502	<b>Z 11</b> SchlHolstein 504	<b>Fleisch 23</b> 11 Febr.	125g FLEISCH 11 Febr. 13b	125g FLEISCH 11 Febr. 13a	<b>Z 11</b> SchlHolstein 402	<b>Z 11</b> SchlHolstein 404	<b>Fleisch 4</b> 11 Jan.	125g FLEISCH 11 Jan. 2b	125g FLEISCH 11 Jan. 2a			
<b>Z 11</b> SchlHolstein 501	<b>22</b> 11 Febr.	125g FLEISCH 11 Febr. 12b	125g FLEISCH 11 Febr. 12a	<b>3</b> 11 Jan.	<b>Fleisch 3</b> 11 Jan.	125g FLEISCH 11 Jan. 1b	125g FLEISCH 11 Jan. 1a	<b>11</b>	<b>11</b>			

Die Kartenausgabe war ein sehr sensibler Arbeitsbereich, weil die möglichst gerechte Verteilung des wenigen Vorhandenen Neid und Mißtrauen in der Bevölkerung weckte. Man versuchte, dem Problem mit der Einsetzung eines überparteilichen Frauenausschusses gerecht zu werden. Der Ausschuß stand unter der Kontrolle der politischen Gremien und der Bürger. Die Markenausgabe war auch häufig Tagesordnungspunkt der Stadtvertretung und des Hauptausschusses; bei diesen Gelegenheiten wurden wiederholt einzelne Mißstände, wie beispielsweise unrechtmäßig abgegebene Lebensmittelmarken verhandelt. Weiterhin wurde in Beschwerdebriefen an die Stadt die Sorgfalt der mit der Ausgabe betreuten Beschäftigten in Frage gestellt; verschiedene Anzeigen wegen Verleumdung oder übler Nachrede wurden dem Stadtdirektor G. Jessen vorgelegt.<sup>1</sup>

Über die Lebensmittelzuteilungen an einen Normalverbraucher im Januar des Jahres 1947 - in Wedel herrschte eine Temperatur von bis zu -17°C, und es waren kaum Feuerungsmaterialien vorhanden -, erteilt die Chronik der Schule Altstadt Auskunft. Der damalige Rektor Arnold Hufe notierte:

»Was bekommt der Normalverbraucher in einer Zuteilungsperiode? (28 Tage)

hier: die Rationen für **Januar 1947:**

10.000 g Brot im Monat;	am	Tag	also	350 g
450 g Fleisch oder Wurst im Monat	“	“	“	16 g
200 g Fett im Monat	“	“	“	7 g
1/8 (!) Pfund Käse im Monat	“	“	“	2 1/4 g
1/4 Pfund Kornkaffee im Monat	“	“	“	4,2 g
750 g Zucker im Monat	“	“	“	27 g

1/4 ltr. Magermilch in der Woche!

2 Ztr. Kartoffeln für das Jahr (sind gleich 16 Pfund für den Monat).

Nährmittel sind schon Monate lang ganz ausgeblieben!

Das soll zusammen 1.550 Kalorien täglich ergeben!!<sup>2</sup>

Insbesondere Kinder und kranke Menschen litten unter solchen Einschränkungen. Ausländische caritative Vereinigungen wie das Dänische Rote Kreuz oder amerikanische Mennoniten spendeten der Stadt Wedel insbesondere für Schulkinder Lebensmittel<sup>3</sup>, erfolgreich waren daneben auch einige Privatinitiativen.<sup>4</sup>



<sup>1</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll der Stadtvertretung vom 11.04.1946.

<sup>2</sup> Als normaler Tagesbedarf eines erwachsenen Menschen werden heute etwa 3.000 Kalorien angesehen.

<sup>3</sup> Vgl. Protokoll der Stadtvertretung vom 30.01.1947.

<sup>4</sup> In der Barackensiedlung an der Feldstraße ist von Ruth Samtleben eine Lebensmittelspende ihrer schwedischen Freundin verteilt worden. Zeitzeugen-Gespräch mit Elke Samtleben-Garry. Auch das Kinderheim am Schulauer Moorweg erreichten Pakete aus Schweden mit Lebensmitteln und Bekleidung.



Abb. Seite 44 und 45: Verteilung einer Nahrungsmittelspende aus Schweden, eine Initiative von Ruth Samtleben. Verteilt wurden Zucker, Milchpulver, Preiselbeerkompott und Fischklößchen an die Bewohner der Barackensiedlung an der Feldstraße 1947. Fotos: Privatbesitz E. Samtleben-Garry

Im Sommer des Hungerjahres 1947 rief der Pinneberger Landrat Walter Damm (SPD) im Auftrage des Kreistages und der politischen Parteien zu einer großen Lebensmittel-Sammelaktion für die notleidende Bevölkerung auf. Viele Bürger aus Wedel gaben daraufhin ihre Spende an das Kreisernährungsamt in Pinneberg. Dieses teilte dann der Stadt Wedel zum Eigenbedarf und für mehrere Werks- und Großküchen Rationen zu. So bekamen beispielsweise das Städtische Krankenhaus und die Werksküche der Firma J.D. Möller Nährmittel. Der Eigenbedarf der Stadt Wedel wurde weitergegeben an die Werksküchen der HEW und der Deutschen Vacuum Oel AG, an das Kreiskinderheim im Schulauer Moorweg<sup>5</sup>, an die Volksküche und an den Wedeler Kindergarten.<sup>6</sup>

Weiterhin bereitete die Stadt Wedel zur Einweihungsfeier des Jugendheimes an der Höbüschentwiete 11 den teilnehmenden Jugendlichen ein Gemeinschaftssessen, und für die alten Menschen über 70 Jahre, deren Zahl in Wedel zwischen 400 und 500 lag, sollte ein »anständiges Essen mit anständiger Kaffeetafel« ausgerichtet werden. Die übrigen Lebensmittel wurden als Sonderzulage an Kranke verteilt.<sup>7</sup>

Zusätzlich zu den Lebensmittelspenden stellten einige Landwirte Mittagsfreitische für unterernährte Kinder bereit. Die beiden Schulrektoren Hufe und Schumacher schickten insgesamt 13 Kinder zu diesen Freitischen.

Als wichtige Quelle zur Versorgung mit Lebensmitteln wurde der Obst- und Gemüseanbau im eigenen Garten wiederentdeckt. Haus- und Schrebergärten wurden allerdings oft von Dieben heimgesucht, so daß die Stadt Wedel sich im Juni 1946 genötigt sah, eine Stadt- und Landwacht eigens zur Bewachung der Felder und Äcker aufzustellen. Dieser Selbstschutzverein Wedeler Bürger stellte der Polizei freiwillige Wachgänger für nächtliche Streifen zur Seite, um auf diese Weise einen besseren Schutz gegen Vieh- und Ernte-Diebstähle zu erreichen. Außerdem wurden Fußwege, die an Schrebergartenparzellen entlangführten, in Erntezeiten für den öffentlichen Durchgang gesperrt, so zum Beispiel der Weg »Am Redder«. Einigen Flüchtlingsfamilien, die über kein eigenes Land verfügten, stellte die Stadt Wedel 1946/47 insgesamt etwa 10 ha Land aus städtischem Grundbesitz für die Einrichtung von Kleingärten und als Dünger das Ausbaggergut aus dem Schulauer Hafen zur Verfügung.

<sup>5</sup> Das Kreiskinderheim, eine Einrichtung des Jugendamtes des Kreises Pinneberg, war von 1947 -1950 in der ehemaligen Sternberg'schen Villa am Schulauer Moorweg untergebracht. Hier lebten etwa 100 Kinder im Alter von 0-14 Jahre unter der Leiterin Schwester Elisabeth. Zeitzeugen-Gespräch mit Lisa Quell, geboren 1923 in Tiegenhof Krs. Werder, vom 09.03.1995.

<sup>6</sup> Besprechung der Vertreter der politischen Parteien über die Verwendung der Lebensmittelspende am 18.06.1947. Vgl. Akte 864.1.

<sup>7</sup> Ansprache des Bürgermeisters Heinrich Schacht bei der AWO am 08.07.1947. Vgl. Akte 864.1.

# Bürger der Stadt Wedel!

Die durch die Notzeit hervorgerufene Demoralisierung weiter Bevölkerungskreise und die dadurch entstandene große Unsicherheit in der Stadt Wedel, verbunden mit Diebstählen, Einbrüchen, Viehabschlachtungen, Überfälle und sonstigen Straftaten, hat die Stadtvertretung veranlaßt, eine Selbstschutzorganisation ins Leben zu rufen, die unter polizeilicher Führung Leben und Eigentum der Einwohner schützen soll.

**Im letzten Vierteljahr wurden insgesamt 149 strafbare Handlungen verübt. Hinzu kommt noch eine erhebliche Anzahl kleinerer Straftaten, die der Polizei nicht gemeldet worden sind.**

**Diese Zahl läßt deutlich erkennen, wie dringend notwendig eine Selbstschutzorganisation ist.**

An dem Selbstschutz sind beteiligt:

die Bauernschaft, der Einzelhandel, die Handwerkerschaft, die Siedlungsgesellschaft, der Haus- und Grundbesitzerverein, der Klein- und Schrebergartenverein.

Wenn auch durch die Beteiligung der vorstehenden Einwohnergruppen ein reibungsloser Streifendienst gewährleistet ist, erscheint die Beteiligung weitester Kreise der Bevölkerung empfehlenswert und notwendig, um eine Entlastung der bereits eingesetzten Wachgänger und eine Stärkung bzw. einen enghmaschigeren Streifendienst zu erreichen. Die Tätigkeit des Selbstschutzes wird durch die Frühjahrsbestellung und durch die Viehbewachung schon in kurzer Zeit erheblich umfangreicher werden, sodaß eine gleichmäßigere Verteilung der damit verbundenen Aufgaben auf die gesamten Einwohner gerechtfertigt ist.

Es werden daher alle Wedeler aufgefordert, sich freiwillig an den Selbstschutzmaßnahmen zu beteiligen und ihren Beitritt bei den in den nächsten Tagen erscheinenden ehrenamtlichen Helfern oder bei nachstehenden Meldestellen zu erklären:

- a) Jonny W i c h m a n n, Wedel, Gärtnerstraße 22
- b) Heinrich G l i s m a n n, Wedel, Moorweg 1
- c) Willi G e n t e m a n n, Wedel, Spargelkamp 10
- d) Arthur M ö l l e r, Wedel, Hafenstraße 19
- e) Rathaus, Zimmer 11.

Jedes Selbstschutzmitglied, das gegen Unfall und Haftpflicht versichert ist, soll nach Möglichkeit nur einmal im Monat in einem seiner Wohnung nahe gelegenen Bezirk Streife gehen.

Wedeler Bürger denkt daran, daß Euer Mitwirken im eigensten Interesse liegt und daß Ihr dadurch mithelft die Ernährungswirtschaft vor großen Schäden zu bewahren und nicht nur Euer Eigentum, sondern vielen alten und gebrechlichen Miteinwohnern das mühsam gehaltene Kleinvieh und die Ernte in ihren Gärten sichert.

Darum meldet Euch unverzüglich. Je mehr Wachgänger vorhanden sind, desto größer ist auch die Sicherheit jedes Einzelnen.

Auskünfte und weitere Erläuterungen werden im Rathaus, Zimmer 11, täglich von 8—12 Uhr erteilt.

Wedel, den 8. April 1948.

**G a u**  
Stadtdirektor

**S c h a c h t**  
Bürgermeister

Als Arbeitsstätten besonders begehrt waren natürlich solche Betriebe, die ihren Mitarbeitern neben dem Lohn noch Naturalien oder andere Hilfen zukommen lassen konnten. Das waren außer den Landwirten und Obstbauern vor allem Firmen wie das »Puddingpulverparadies Aromax« in der Hafensstraße, die jeden Monat Puddingpulver-Kontingente an ihre Belegschaft ausgeben konnte. Allerdings wurden diese Kontingente auch auf illegalem Wege dezimiert, weil etliche Mitarbeiter versuchten, möglichst viele Nahrungsmittel als potentielle Tauschware aus der Firma zu schmuggeln.

Die allgemeine Güterknappheit führte zu einer drastischen Verteuerung des Lebens. Einige Beispiele mögen das belegen: Eine einfache Haushaltskerze z.B., die in der Zeit der täglichen Stromsperre für Licht sorgen sollte, mußte mit 5 bis 10 Reichsmark bezahlt werden, ein Brot war für 20 RM zu haben.<sup>8</sup> Der Not gehorchend, wichen viele Menschen auch auf illegale Wege zum Erwerb des Lebensnotwendigen aus. Die hungernde Bevölkerung fuhr zum Hamstern aufs Land oder zum Tauschhandel auf den Hamburger Schwarzmarkt, wo sie gegen hohe Preise oder »Zigarettenwährung« das Benötigte zu finden hoffte. In ihrer Not versuchten Einzelne auch, die in Hamburg auf dem Schwarzmarkt erworbenen Lebensmittelmarken in Wedel einzulösen.<sup>9</sup> Auch mußte die Wedeler Polizei eine Reihe von Einbrüchen in Wedeler Geschäfte registrieren.<sup>10</sup>

Die Lebensmittelknappheit entspannte sich erst ab Juli 1948 aufgrund von steigenden Importen, die es schließlich ermöglichten, die Rationierung von Lebensmitteln in Westdeutschland zum 30.04.1950 aufzuheben.

Ihre Improvisationsfähigkeit und ihr Lebensmut ließ Menschen in der Nachkriegszeit vieles erreichen, was zu dieser Zeit eigentlich undenkbar war. So wurden Waren hin- und hergehandelt, Heizmaterialien beschafft, Torfziegel gebacken, Schnaps aus Rüben oder Kartoffeln gebrannt und auch wieder Feste gefeiert.

Für die Flüchtlinge, die, geprägt von der Trauer um den Verlust der Heimat, sich mit dem Problem der Integration konfrontiert sahen, waren die Existenznöte der Nachkriegszeit besonders schwerwiegend. Die Verwaltungsberichte jener Jahre und eindrucksvolle Schilderungen der Betroffenen sprechen eine deutliche Sprache (siehe Anhang).

## Quellen

Chronik der Schule Altstadt, Protokolle der Stadtvertretung

- 708.2 Verteilung der Bestände des aufgelösten Warenlagers der Organisation Todt 1945-1946
- 708.9 Maßnahmen zur Bekämpfung des Schwarzen Marktes 1945-1946
- 1639.1 Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen März 1945-1949
- 708.6 Bildung einer Stadt- und Landwacht 1946-1948
- 288.2 Mitteilungen, Anfragen und kleiner Schriftwechsel des Bürgermeisters 1944-1947
- 864.1 Sammlung und Verteilung von Lebensmitteln 1947
- 222.1 Lageberichte des Bürgermeisters 1945-1947
- 865.2 Flüchtlingsausschuß und Flüchtlingsversammlung 1948-1963
- 864.5 Schriftwechsel des Flüchtlingsbeauftragten 1949
- 857.3 Wohltätigkeitsveranstaltungen der Wedeler Hilfsgemeinschaft 1949-1950
- 1502.1 Hilfsgemeinschaft Schleswig-Holstein 1948-1959

<sup>8</sup> Zeitzeugen-Gespräch Anneliese Ueberschär, geb. 1920 im Margotten, Ostpr., vom 22.02.1995. Bearbeitet von Christine Pieper.

<sup>9</sup> Bericht des Bürgermeisters an den Landrat über eine am 30.10.1945 festgenommene Person, die versucht hatte, in Hamburg erworbene Lebensmittelmarken in Umlauf zu bringen. Vgl. Akte 708.9.

<sup>10</sup> Bericht des Bürgermeisters vom 20.03.1946 über verübte Einbrüche. Vgl. Akte 708.9.

**An alle, die es angeht!**

# Bewahrt Hungernde vor dem Verhungern!

Selbstversorger! Teilselbstversorger! Sonstige Verbraucher!

**Die arbeitende Bevölkerung** unseres Kreises hungert nicht nur, sie **verhungert**.

Die zum Aufruf kommenden Zuteilungen reichen selbst zum Dahinvegetieren nicht mehr aus.

Die Erfüllung der Ablieferungspflicht der Bauern des Kreises genügt angesichts verhungender Kinder, Frauen und Männer nicht mehr, um sich weitergehenden Verpflichtungen zu entziehen.

**Die selbstverständliche Verpflichtung gegenüber Menschen in bitterster Not verlangt einen fühlbaren Verzicht all derer**, die unter besseren Lebensbedingungen zu leben noch die Möglichkeit haben.

Es muß deshalb verlangt werden, daß alle, **die bisher noch nicht gehungert haben**, nunmehr darauf verzichten, selbst satt zu werden, um die Hungernden vor dem Verhungern zu bewahren.

Die hungernde Bevölkerung kennt diejenigen, die noch mehr haben, als zum Sattessen unbedingt benötigt wird.

**Wer sich auch immer der Pflicht freiwilliger Hilfeleistung jetzt entzieht, verliert damit für alle Zukunft das Recht, selbst Hilfe zu erhalten. Not aber bricht Gesetz!**

Die Verantwortlichkeit des Kreistages gegenüber der hungernden Bevölkerung würde den Kreistag, falls der Aufforderung zu fühlbarer Hilfeleistung nicht nachgekommen wird, zu Maßnahmen zwingen, die härter treffen, als jeder freiwillige Verzicht ausmacht.

**Der Kreistag fordert deshalb zu unverzüglicher Hilfeleistung auf. Selbstversorger, Teilselbstversorger und sonstige Verbraucher**, gebt sofort, gebt alles, was irgendwie entbehrt werden kann!

**Gebt Kartoffeln, Fleisch, Fette, gebt Lebensmittelkarten, die ihr nicht benötigt!**

**Nehmt Kinder an Euren Mittagstisch, helft Deutschland die Zukunft erhalten!**

**Bewahrt die Hungernden vor dem Verhungern!**

Pinneberg, den 19. Mai 1947

Der Kreistag, Landrat Damm — stellv. Kreisbauernvorsteher, Wienbergen — Bauernverband, Mohr — für die SPD., Schinkel — CDU., Petersen — FDP., Bruhns — KPD., Bischof — DKP., Hauschildt — Schleswig-Holst. Landespartei, Korsten — Gewerkschaft, Druwe und Sellmann.

**Annahmestellen** sind die Gemeindeverwaltungen, die auch unterernährte Kinder für die Aufnahme an den Mittagstischen nachweisen.

A. Belg, DL 193, Pbg., 1310 19. 5. 47. 2500 Kl. B

## Brennstoff

Zu den drängendsten Problemen der Nachkriegszeit gehörte neben der Lebensmittelknappheit die Versorgung der Menschen mit Brennstoff bzw. mit Hausbrandmaterialien. Der schlechte Zustand von Häusern und Baracken machte die Hausbrandversorgung in den kalten Nachkriegswintern zu einer Überlebensfrage.

Aufgrund fehlenden Treibstoffs und eingeschränkten Eisenbahnverkehrs konnte keine kontinuierliche Versorgung Norddeutschlands mit Kohlen aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet sichergestellt werden. Die Stadt Wedel suchte nach Alternativen für die Hausbrandversorgung und begann bereits im Juli 1945 mit Holzeinschlag in den Waldgebieten der Stadt Wedel, so beispielsweise im Hertha-Ladiges-Park am Elbhochufer oder am Haidehof. Beliefert wurden mit den so gewonnenen Brennstoffen die Wedeler Kohlenhändler; diese wiederum gaben das Holz gegen Bezugsscheine an die Bevölkerung ab. Das eigenmächtige Schlagen von Holz war strengstens verboten, den Tätern wurden das Holz, die Arbeitsgeräte und die Transportmittel entzogen, außerdem wurden sie von jeglicher Holzzuteilung ausgeschlossen.<sup>11</sup>

Die städtischen Waldreserven reichten bald nicht mehr aus, um den Bedarf zu decken, und die Stadt Wedel ließ nun auch im Kreis Steinburg Holz schlagen. Die Versorgung von dort geriet im Januar 1946 erstmals ins Stocken, als die kalte Witterung und die zugefrorenen Flüsse einen Holztransport unmöglich machten.<sup>12</sup> Vorausschauend hatten die Stadtväter bereits im September 1945 noch eine weitere Quelle für Hausbrandmaterial erschlossen. Man suchte Kontakte nach Niedersachsen und handelte dort, zunächst mit dem Kreiswirtschaftsamt in Bremervörde, ein Kompensationsgeschäft aus. Zusätzlich zum Handelspreis lieferte ein Lastkraftwagen aus Wedel 50 Paar Straßenschuhe nach Gnarrenburg und erhielt im Tausch dafür 60 cbm Torf.<sup>13</sup> Weitere Kompensationsgeschäfte wurden angeboten,<sup>14</sup> ob sie allerdings durchgeführt worden sind, ist nicht bekannt. Ab Herbst 1946 wurde außer im Kreis Steinburg auch im Kreis Rendsburg Holz für die Stadt Wedel geschlagen. Es gelangte auf dem Wasserwege nach Wedel. Im Schulauer Hafen sorgten Arbeiter der Stadt Wedel für die Entladung.<sup>15</sup>

Diese Verbindung wurde im Winter 1946/47 erneut unterbrochen, als die Flüsse wieder vereisten. Bis zum Dezember 1946 konnte zusätzlich noch Torf aus der Region um Osterholz-Scharmbeck und Ritterhude nach Wedel geliefert werden, doch aufgrund der Witterung wurde schließlich auch der Torf unbrauchbar, und die Abfuhr mußte deshalb eingestellt werden.<sup>16</sup>

Die Witterung des Winters 1946/47 verursachte ernste Notstände. Temperaturen von bis zu -17° C hielten an bis Ende März 1947, zerstörten die Wasserleitungen in Wedel und ließen die Kriminalitätsrate ansteigen, bekannt wurden Diebstähle aus Güterzügen und Lebensmittelgeschäften.<sup>17</sup> Außerdem kostete die Kälte auch Gesundheit und Menschenleben. In das Wedeler Krankenhaus wurden insgesamt 10 vollständig ausgekühlte Personen eingeliefert: eine wies Erfrierungen 2. Grades auf, ein kleines Kind konnte nicht mehr gerettet werden.<sup>18</sup> Am meisten unter der Kälte zu leiden hatten die völlig unzureichend bekleideten Flüchtlinge.

Hermann Svenosen, Leiter der Wedeler Stadtkasse, beschreibt in seinem Lagebericht vom 25.03.1947 die Arbeitsbedingungen seiner Dienststelle:<sup>19</sup>

»[...] Die in diesem Winter monatelang ohne Unterbrechung angehaltene außergewöhnliche Kälteperiode, verbunden mit meistens aus Norden bis Osten kommenden starken Winden, die durch die immer noch undichten Fenster des Stadtkassenraumes pusteten, dabei die durchweg nur geringe Raumbeheizung, hat die Arbeitsfreude und die Arbeitsleistungen der Gefolgschaftsmitglieder sehr stark beeinträchtigt. Bei einer Temperatur von 2° C bei Dienstbeginn, gegen Mittag ansteigend auf 4° bis 7° C, war es kaum möglich, mit steifen, kaputten Fingern die lappigen Geldscheine auseinander zu kriegen und zu schreiben. Auch die mangelhafte Ernährung (nicht einmal die vorgesehenen Mengen wurden aufgerufen) sowie die unzureichende Versorgung mit Hausbrand und unumgänglichen Bedarfsgütern (z.B. Nähgarn, Stopfgarn, Wolle, Strümpfe, Handschuhe u. dergl.) haben die Stimmung sehr ungünstig beeinflusst.[...]<

<sup>11</sup> Bekanntmachung der Stadt Wedel vom 11.08.1945. Vgl. Akte 709.2.

<sup>12</sup> Verwaltungsbericht vom Januar 1946.

<sup>13</sup> Schreiben an das Kreiswirtschaftsamt in Bremervörde vom 25.10.1945. Vgl. Akte 346.8.

<sup>14</sup> Protokoll des Hauptausschusses vom 10.12.1946.

<sup>15</sup> Schreiben des Stadtdirektors Wedel an das Wirtschaftsamt im Hause: Für den Einsatz der Arbeiter seien Arbeitshandschuhe zur Verfügung zu stellen, um Verletzungen der Hände und daraus ggf. resultierende Arbeitsunfähigkeit zu vermeiden. Vgl. Akte 709.2.

<sup>16</sup> Protokoll des Hauptausschusses der Stadt Wedel vom 10.12.1946.

<sup>17</sup> Verwaltungsbericht von Januar 1947.

<sup>18</sup> Vgl. Verwaltungsbericht von Januar 1947 und Protokoll des Hauptausschusses vom 15.01.1947.

<sup>19</sup> Lagebericht. Vgl. Akte 222.1.

Die Verwaltung beschloß im Februar 1947, im Stadtgebiet unterhalb des Krankenhauses und am Autal Probebohrungen nach Torfaufkommen vorzunehmen. Eine Feuerungsprobe und ein Gutachten der Geologischen Anstalt Hamburg ergaben jedoch einen so niedrigen Heizwert, daß sich der Moortorf für eine Hausbrandversorgung nicht geeignet hätte.<sup>20</sup>

Mehrere Wedeler Betriebe versuchten, ihre frierenden Mitarbeiter selbst mit Hausbrand zu versorgen, so hatte die Firma J.D. Möller eine eigene Torfgewinnung, und das Wasser- und Schiffsamt holte Torfziegel von Pagensand, um seine Belegschaft zu versorgen.<sup>21</sup> Noch im Frühjahr und Sommer 1947 suchte die Stadt Wedel in Fischerhude um den Abbau von Torfsoden nach und forcierte in der eigenen Umgebung nochmals den Holzeinschlag.<sup>22</sup> Ab Oktober 1947 finden sich in den Verwaltungsberichten keine Angaben mehr über die Brennstoffversorgung, hingegen gibt es Anhaltspunkte für einen erhöhten Verbrauch an Strom und Gas.<sup>23</sup> Es ist anzunehmen, daß eine Entspannung in der Versorgungslage eintrat und die Stadt Wedel nicht mehr gezwungen war, »von Amts wegen« die Versorgung der Bevölkerung mit Heizmaterial zu gewährleisten.

## Gebrauchsgüter

Die Not der Flüchtlinge in materiellen Dingen war groß, weil viele von ihnen nicht nur ihr Geld und ihre Wertsachen auf der Flucht verloren hatten, sondern zudem häufig auch nur das retten konnten, was sie auf dem Leibe trugen. Die Versorgung der Flüchtlinge und der Evakuierten mit dem Nötigsten an Hausstand und Möbeln belastete sowohl die Stadtverwaltung als auch die einheimische Bevölkerung, die den Bedürftigen diese Güter spendete oder leihweise zur Verfügung stellte. Im Extremfall wurden diese Güter seitens der Verwaltung beschlagnahmt, meist auf Anordnung der Militärregierung hin. Die so gegen Bezugsschein abgegebenen bewirtschafteten Waren wurden in der Verwaltung in die Stammkarten eingetragen.

Verteilt wurden Kleidung, Schuhe und andere Mangelware; zuständig dafür waren zumeist die Wedeler Hilfsgemeinschaft oder der Verteilerausschuß, dem ein Flüchtling für die Wahrnehmung der Flüchtlingsinteressen zur Seite gestellt war. Umfangreiche Protokolle mit langen Listen von Gütern einerseits und bedürftigen Menschen andererseits zeigen die Arbeit dieser Ausschüsse in der Nachkriegszeit auf.<sup>24</sup> Ebenso wie die Ausgabe der Lebensmittelmarken wurde auch die Ausgabe von Gebrauchsgütern seitens der Bevölkerung kritisch beobachtet und kommentiert. Dokumentiert wurde diese Arbeit in einer Rundfunksendung des »Nordwestdeutschen Rundfunk«. Am 06.11.1946 wurde ein Vortrag aus der Sendung »Echo des Tages« mit folgendem Inhalt ausgestrahlt:

»Irgendwo gibt es eine reizende kleine Stadt. Steigt man am Bahnhof aus, so befindet man sich gegenüber eines grünen Rasenplatz an dem linker Hand das Rathaus liegt. Diese kleine Stadt hat wie alle anderen kleinen Städte sehr viel Flüchtlinge, außerdem hat sie aber auch einen Roland. In dieser Stadt geschieht nun etwas märchenhaftes. Die Flüchtlinge sind hier Vollbürger geworden und man nimmt sich ihrer überall freundlich und zuvorkommend an. Kommen sie aufs Bürgermeisteramt, empfängt sie der Herr Stadtdirektor, sollte er noch nicht gleich Zeit haben, bietet er seinen Besuchern höflicherweise einen Stuhl an, erkundigt sich kurz nach ihrem Wohlergehen, und dann beschäftigt er sich eingehend mit den Wünschen und Sorgen seiner neuen Bürger. Er ist den ganzen Tag schwer beschäftigt, arbeitet von früh bis spät. »Ach, Sie wünschen einen Kochtopf? Selbstverständlich, können Sie haben. Oben bei Meier gibt es noch genügend, hier haben Sie einen Bezugsschein. Haben Sie sonst noch weitere Wünsche? Mit Ihrem Kochen steht es schlecht? Man lässt Sie nicht an den Herd heran, schon 3 Familien müssen an einem Herd kochen? Ach das werden wir aber gleich haben, wir werden einmal persönlich mit diesen Leuten sprechen. Und wenn es wirklich nicht mehr anders gehen sollte, dann kommen Sie eben mit Ihren Töpfen zu mir, bei mir können Sie immer noch kochen, ich habe Platz!« Aber über dieser Sendung steht nun leider »Es war einmal«. Denn auch in dieser Stadt ist es so wie in vielen

20 Protokolle des Hauptausschusses vom 06.02.1947, vom 21.03.1947 und 14.04.1947.

21 Verwaltungsbericht vom Januar 1947 und Protokoll des Hauptausschusses vom 12.03.1947.

22 Verwaltungsbericht September 1947. Vgl., Akte 222.1.

23 Kurzbericht der Stadtwerke Wedel vom Februar 1947. Vgl. Akte 222.1.

24 Siehe Protokoll der Ausschüsse.

anderen Städten. Die Flüchtlinge sind eben auch hier nur zweitrangige Menschen. Man hat kein Verständnis für sie. Sie hausen immer noch menschenunwürdig. Sie haben kaum Bekleidung, geschweige denn andere Gegenstände des täglichen Bedarfs. Wissen sie einmal nicht weiter und brauchen dringend neue Sachen, so werden sie vom Stadtdirektor angeschrien und selten empfangen. Wie ein kleiner König thront der Stadtdirektor. Er fühlt sich als ein kleiner Diktator. Er bestimmt, er ordnet an, er befiehlt. Ach, aber in Wirklichkeit ist Er eigentlich der Diktator? Er hat eine Wirtschaftsleiterin, eine wirklich resolute Dame. Sie diktiert ihm und die ganze Stadt. Wenigstens eines steht fest, hier ist man vorbildlich auf dem Wege zu einer wirklich demokratischen Gemeindeordnung. Ja, es lebe diese kleine reizende Stadt!«<sup>25</sup>

Die Ausstrahlung dieser Sendung weitete sich aus zu einem Skandal in Wedel, der in den politischen Gremien kontrovers diskutiert wurde. Der Informant des Rundfunks wurde gesucht, offiziell aber nicht gefunden. Das öffentliche Bekanntmachen von Mißständen führte im Verlauf der anschließenden Diskussionen zum Ausscheiden des Stadtdirektor Georg Jessen und der Leiterin des Wirtschaftsamt aus den Diensten der Stadt Wedel.

Ebenso wie mit Kleidung wurde mit der Sammlung und Verteilung der gleichfalls raren Möbel verfahren. Am 21.08.1947 beschlossen die Vorstände der Wedeler Parteien die Durchführung einer Möbelsammlung in Wedel. Stadtrat Hans Heiseke führte in diesem Zusammenhang aus, daß bereits ein Notgesetz in Vorbereitung sei, welches die obligatorische Beschlagnahme von Möbeln vorsehe, betonte aber, daß die jetzt vorgesehenen Sammlungen auf Freiwilligkeit beruhen sollten. Als Begründung für eine Sammlung führte der Bürgermeister Heinrich Schacht die große Not der Flüchtlinge an, es sei allerdings unmöglich, alle Bedürftigen mit Möbeln zu versorgen. Er ergänzte, daß bei den Wirtschaftsämtern täglich unzählige Menschen, denen das Notwendigste fehlte, die weder Bett noch Schrank hätten, vorstellig würden.<sup>26</sup>

Eine weitere Möbelsammlung in Wedel wurde am 15.07.1948 beschlossen.<sup>27</sup>

Leider sind für beide Sammlungen keine Durchführungsergebnisse bekannt geworden. Eine Protokollnotiz besagt, daß zwei Möbelsammelaktionen vor dem August 1947 ein Fiasko gewesen sein sollen, und daß der Stadtdirektor Heinrich Gau darauf hingewiesen habe, daß die Flüchtlinge der Verwaltung nicht mehr glauben würden, wenn dies erneut passiere.<sup>28</sup>

Hingegen war die große Wohltätigkeitswoche vom 13. bis zum 19.11.1948 erfolgreich, so war doch auch das Programm hierzu sehenswert. Es gab einen Musik- und Tanzabend (mit verlängerter Polizeistunde), einen Sporttag, eine Theateraufführung, ein »Turnerkränzchen« und einen Wohltätigkeitsball. Der Erlös sämtlicher Veranstaltungen kam der Wedeler Hilfsgemeinschaft zugute.<sup>29</sup>

## Quellen

Protokolle der Stadtvertretung

Protokolle des Hauptausschusses

222.1	Lageberichte des Bürgermeisters 1945-1947
285.1	Güterbeschaffung von gewerblichen Räumen 1946-1949
288.4	Ratsversammlung und Ausschüsse 1947-1958
348.8	Bewirtschaftung des Torfaufkommens 1945-1946
358.10	Energiebewirtschaftung 1945-1946
480.5	Jahresberichte und Statistiken des Wohnungsamtes 1946-1964
708.2	Verteilung der Bestände des aufgelösten Warenlagers der Organisation TODT 1945-1946
708.3	Auflösung des Lagers der Organisation TODT 1945-1946
709.1	Holzeinschlag für die Winterbevorratung 1945
709.2	Holzeinschlag 1945-1947
709.3	Versorgung mit Wirtschaftsgütern 1945-1947
709.5	Beihilfen aus dem Sonderfonds des Bürgermeisters 1947-1950
716.5	Beschlagnahme von Wirtschaftsgütern 1945-1947
857.1	Möbel- und Hausratssammlungen und Wohltätigkeitsball 1948-1949
864.5	Schriftwechsel des Flüchtlingsbeauftragten 1949
1563.2	Einquartierung von Flüchtlingen Januar bis August 1945

<sup>25</sup> Vgl. Mitschrift des Vortrags des „Nordwestdeutschen Rundfunk“, vom 06.11.1946. Vgl. Akte 165.7.

<sup>26</sup> 1. Protokoll des Ausschusses vom 21.08.1947.

<sup>27</sup> Bekanntmachung vom 15.07.1948, vgl. Akte 857.1.

<sup>28</sup> Protokoll der Besprechung über die Durchführung einer Möbelsammlung am 12.09.1947.

<sup>29</sup> Vgl. Akte 857.1.

## Flüchtlingsbetreuung

Im Verwaltungsbericht der Stadt Wedel vom Januar 1946 wird die Einrichtung eines Wohlfahrtsausschusses erwähnt, dessen Aufgabengebiet sich allerdings schnell erweiterte, so daß für den Bereich der privaten Wohlfahrtspflege zusätzlich ein Wohlfahrtsverein gegründet wurde.<sup>1</sup> Bis zur Konstituierung des Flüchtlingsausschusses im März 1948 erfolgte die Betreuung der Fürsorgeempfänger und Flüchtlinge durch den Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß, der sich mit allen Flüchtlingsfragen befaßte; lediglich die Wohnangelegenheiten verblieben beim Wohnungsausschuß. Die Stadt wurde in sieben Bezirke eingeteilt, denen jeweils ein Pfleger zugeordnet wurde. Der Ausschuß setzte sich aus diesen sieben Bezirkspflegern zusammen. Insgesamt 58 Helfer standen den Pflegern zur Seite, die die Betreuungsarbeit in Unterbezirken leisteten. Der Ausschuß wurde erweitert durch zwei Flüchtlinge und den jeweiligen geschäftsführenden Vorsitzenden der Wedeler Hilfsgemeinschaft e.V.<sup>2</sup>, die sich aus Vertretern der Arbeiter-Wohlfahrt, des Caritas-Verbandes, des Deutschen Roten Kreuzes und des Evangelischen Hilfswerkes zusammensetzte.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag verabschiedete am 27. November 1947 ein »Gesetz zur Behebung der Flüchtlingsnot«. Nach §12 dieses Gesetzes waren die Gemeinden zur Einrichtung von Flüchtlingsausschüssen und Schlichtungsstellen verpflichtet. Die Schlichtungsstellen sollten sich mit der Beilegung von privaten Streitigkeiten, die die Unterbringung, Ausstattung und die Versorgung von Flüchtlingen betrafen, beschäftigen. Der Flüchtlingsausschuß hatte die Aufgabe, »die kommunalen Dienststellen in allen Flüchtlingsfragen zu beraten und eine ständige Verbindung und ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Behörden herzustellen.«<sup>3</sup>

Mindestens die Hälfte der Mitglieder und der Vorsitzende sollten selbst Flüchtlinge sein. Der Wedeler Flüchtlingsausschuß hatte sieben Mitglieder (drei Einheimische und vier Flüchtlinge). Die Stadtvertretung wählte am 19.2.1948 folgende Personen in den Ausschuß:

	1. Wilhelm Böger	F.D.P
	2. Bruno Kahl	SPD
	3. Leo Lanski	KPD
Vertreter:	4. Carl Matthiesen	CDU <sup>4</sup>

Am 30. Mai 1948 fand die Wahl der Flüchtlingsvertreter statt:

»Von den rund 3.250 wahlberechtigten Flüchtlingen Wedels holten sich 1.245, das sind über 38%, den Ausweis, um ihren Flüchtlingsausschuß wählen zu können. Aus anderen Orten des Landes Schleswig-Holstein ist eine so gute Anteilnahme nicht zu melden gewesen.«<sup>5</sup>

Die Mitgliedsvereine der Wedeler Hilfsgemeinschaft, die Mitglieder des bisherigen Flüchtlingsausschusses und die Teilnehmer der Flüchtlingsversammlung vom 19. Mai 1948 nominierten 27 Kandidaten für die Wahl. Gewählt wurden:

	1. Werner Skrodzki	mit 402 Stimmen
	2. Wolfgang Neudörffer	mit 342 Stimmen
	3. Ernst Brandecker	mit 322 Stimmen
	4. Max Solms	mit 228 Stimmen
Vetreter:	1. Robert Fohl	mit 194 Stimmen
	2. Otto Breuer	mit 104 Stimmen <sup>6</sup>

Außerdem wurde ein Beirat eingerichtet, der sich aus Mitgliedern anderer Ausschüsse zusammensetzte; Mitglieder des Flüchtlingsausschusses konnten in anderen Ausschüssen ebenso beratende Funktionen ausüben.

### Werner Skrodzki

1903 in Königsberg geboren, kam im Juni 1945 als Flüchtling nach Wedel und war vom 18.11.1948 bis 17.01.1952 in der Wedeler Kommunalpolitik für die F.D.P. tätig. Er war Stadtrat und Vorsitzender des Fürsorge- und des Wohnungsausschusses und arbeitete, neben anderen Ausschüssen, auch im Flüchtlingsausschuß mit. Er verstarb 1991 in Wedel.

<sup>1</sup> Verwaltungsbericht für die Stadt Wedel vom Januar 1946. Vgl. Anhang.

<sup>2</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 14.03.1946.

<sup>3</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 19.02.1948.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Hamburger Freie Presse vom 29.05.1948, Nr. 43, S. 3.

<sup>6</sup> Wahlen zum Flüchtlingsausschuß am 30.05.1948. Vgl. Akte 718.4.

## Robert Fohl

Ein in Schlesien geborener Heizer, der am 9. Oktober 1945 als Flüchtling nach Wedel kam. Er war vom Mai 1948 bis zum August 1950 im Flüchtlingsausschuß tätig und nahm vom 08.03.1949 bis zu seinem Tode am 09.07.1951 die Aufgabe des Flüchtlingsbeauftragten wahr.

Der erste Flüchtlingsausschuß beschloß die Einrichtung von Sprechstunden, die dreimal wöchentlich im Rathaus abgehalten wurden.<sup>7</sup> Nach der Währungsreform vom 25. Juni 1948 hatte der Ausschuß auch die Aufgabe, zusammen mit der Landesregierung Vorschläge zur Durchführung des Lastenausgleiches (Abgeltung von Verlusten infolge der Vertreibungen und Zerstörungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, sowie Milderung von Härten infolge der Währungsreform) zu erarbeiten. Es wurde die Forderung gestellt, nicht nur ein beratendes, sondern auch ein mitbestimmendes Mitglied in den Wohnungsausschuß einzusetzen, um auf eine eventuelle Bevorzugung Einheimischer bei der Wohnungsvergabe Einfluß nehmen zu können. Protestiert wurde gegen die Verteilung der Pensionen und Renten, die an Flüchtlinge nur in Höhe von 50% gezahlt wurden.<sup>8</sup>

»Die Einrichtung des Flüchtlingsausschusses, dreimal in der Woche eine Sprechstunde abzuhalten, hat sich gut bewährt.[...] Weit aus die Mehrzahl aller Ratsuchenden haben im Hause Auseinandersetzungen, entweder mit ihren Wirten, oder aber auch mit anderen Flüchtlingen, mit denen sie im Hause irgendeinen Raum oder Einrichtungsgegenstand teilen müssen. Erst in zweiter Linie kommen jene Ratsuchenden, die keine Wohnraumsorgen haben, sondern die Erfahrungen des Flüchtlingsausschusses auf dem Gebiet der reinen Fürsorge ansprechen. Auch politischer, finanzieller und beruflicher Rat wird gesucht.[...]

In der Zusammenarbeit des Flüchtlingsausschusses mit den Dienststellen der Stadt selbst, ist der Widerstand, den alle Altbürger den Forderungen der Flüchtlinge mehr oder weniger entgegensetzen, immer wieder spürbar, schon jetzt ist auch zu merken, daß man sich zum Widerstand gegen den Lastenausgleich vorbereitet.«<sup>9</sup>

Die Arbeit des Flüchtlingsausschusses bezog sich auch auf die kulturelle Betreuung der Flüchtlinge. Im November 1948 wurde eine »Hilfswoche zugunsten der Notleidenden in Wedel« unter Mitwirkung aller Vereine des Ortes veranstaltet, um die Mittel für eine Weihnachtsbescherung für alle Bedürftigen aufzubringen.<sup>10</sup> Auch im darauffolgenden Herbst 1949 wurde wieder eine Wohltätigkeitswoche durchgeführt, aus deren Erlös zu Weihnachten von Kindern Paketspenden an bedürftige Familien verteilt wurden.<sup>11</sup> Desweiteren wurden bis Anfang der fünfziger Jahre Losbrieflotterien von der »Hilfsgemeinschaft Schleswig-Holstein« veranstaltet, deren Erlös notleidenden Flüchtlingen zugute kam.<sup>12</sup>

Das »Soziale Hilfswerk für den Landkreis Pinneberg« konnte durch freiwillige Sammlungen erhebliche Summen für die Unterstützung Bedürftiger bereitstellen. So weist die Bilanz vom 23. April 1949 Bareinnahmen in Höhe von 108.457,74 DM auf, Sachspenden und Naturalien gingen in Höhe von 24.950 DM ein. Diese Eingänge wurden u.a. zur Unterstützung der Wohlfahrtsverbände und der zusätzlichen Heimkehrerbetreuung im Kreis verteilt.<sup>13</sup>

Der Tätigkeitsbericht der »Hilfsgemeinschaft Wedel« von Januar bis September 1949 wies 7.031,80 DM an Spenden auf, die auf 1.258 Antragsteller verteilt wurden. Wie groß die Not war, und welche Aufgaben die Hilfsgemeinschaft hatte, beschreibt der Tätigkeitsbericht für das Jahr 1949:

»Durch den bevorstehenden Winter wird sich die Zahl der in Not befindlichen Bevölkerung (Heimatvertriebene, Ausgebombte, Erwerbslose, Fürsorgeempfänger, Rentner u.a.m.) naturgemäß vergrößern. An die Hilfsgemeinschaft werden Anforderungen in erhöhtem Maße gestellt. Die Anträge beziehen sich außer auf Bargeld auf Feuerung, Kartoffeln, Bekleidung, Leib- und Bettwäsche sowie Möbel- und Hausstandsartikel der verschiedensten Art. Außerdem werden Beihilfen für ärztlich verordnete zusätzliche Lebensmittel beantragt. Bei den zur Erholung Verschiedenen fehlt oft die benötigte Wäsche und Bekleidung. Selbst das Fahrgeld haben die Betroffenen nicht.«<sup>14</sup>

<sup>7</sup> Protokoll des Flüchtlingsausschusses vom 14.06.1948.

<sup>8</sup> Protokoll des Flüchtlingsausschusses vom 6.07.1948.

<sup>9</sup> Hamburger Freie Presse vom 27.07.1948, Nr. 59, S. 5.

<sup>10</sup> »Wir helfen einander«, Gesamtprogramm der Hilfswoche zugunsten der Notleidenden in Wedel. Vgl. Akte 857.1.

<sup>11</sup> Protokoll des Wohlfahrtsausschusses vom 20.09.1949. Vgl. Akte 857.3.

<sup>12</sup> Hilfsgemeinschaft Schleswig-Holstein. Vgl. Akte 1520.1.

<sup>13</sup> Amtliches Mitteilungsblatt für den Kreis Pinneberg vom 30.04.1949.

<sup>14</sup> Tätigkeitsbericht der Hilfsgemeinschaft Wedel vom 01.01.1949-30.09.1949. Vgl. Akte 857.3.

## Quellen

- Protokolle der Stadtvertretung  
 Protokolle des Flüchtlings- und Wohlfahrtsausschusses  
 Verwaltungsberichte  
 718.4 Wahlen zum Flüchtlingsausschuß am 30.5.1948  
 857.1 Möbel- und Hausratssammlung 1948 -1949  
 857.3 Wohltätigkeitsveranstaltungen der Wedeler Hilfsgemeinschaften 1949 -1950  
 1520.1 Wohnungshygiene 1935 -1972

## Medizinische Versorgungslage

In Wedel war die allgemeine Versorgungslage am Ende des Jahres 1945 durch beengte Wohnverhältnisse, eine unzureichende Nahrungsmittelversorgung und durch Brennstoffknappheit gekennzeichnet.

Die Lebensmittelknappheit, es gab kaum Kartoffeln und Gemüse, nur die Brotversorgung war im Dezember 1945 »bis Anfang Februar 1946 einigermaßen gesichert«<sup>1</sup>, und die Unterbringung vieler Menschen auf engstem Raum in kaum beheizbaren Unterkünften beinhalteten gesundheitliche Gefahren, die eine Anzahl ansteckender Infektionskrankheiten wie Typhus, Tuberkulose, Diphtherie, Scharlach und Keuchhusten, vermehrt bei Kindern, zur Folge hatte.

Am 11. November 1946 konstatierte der Stadtdirektor eine schlechtere gesundheitliche Verfassung der Flüchtlinge im Vergleich zu der der einheimischen Bevölkerung.<sup>2</sup>

Im kalten Winter 1946/47 wurde eine erhöhte Zahl von Erkältungskrankheiten festgestellt; außerdem waren vermehrt Diphtheriefälle, Mumps und Keuchhusten aufgetreten, der bei kleinen Kindern häufig zum Tod führte. Die zu diesem Zeitpunkt noch dramatisch verschlechterte Nahrungsmittelversorgung beeinträchtigte den Gesundheitszustand der Bevölkerung noch zusätzlich; es traten vermehrt ansteckende Infektionskrankheiten und Kinderlähmung auf. In der Zeit von Oktober 1946 bis Oktober 1947 wurden 265 Tote registriert, während im gleichen Zeitraum 258 Kinder geboren wurden.<sup>3</sup>

## Zulageberechtigte Erkrankungen

1. **Diabetes.**
  - a) Im Allgemeinen Zusatzkarte 71 für 16, in Ausnahmefällen für 24 Wochen. Dazu eine Gemüsekarte zusätzlich je Zuteilungsperiode oder die entsprechende Menge Trockengemüse.
  - b) In schweren Fällen (z. B. Jugenddiabetes) wie zu a) und dazu 250 g Fisch oder 3 Eier. Sämtliche Zuckerabschnitte sind in jedem Falle einzubehalten. Wenn vorhanden, kann pro Periode 450 g Diabetikermarmelade gegeben werden. Brotration über 6 kg pro Zuteilungsperiode ist zu kürzen. Blut- und Harnzuckermerkmale (letztere in g) sowie Kohlenhydratoleranz und verordnete Insulinmenge ist vom Arzt anzugeben.
2. **Akute Erkrankungen.**
  - a) In schweren Fällen Zusatzkarte 76 für 8 Wochen.
  - b) In schwersten Fällen zu a) noch 7/4 l Vollmilch wöchentlich.
3. **Chronische Magen-, Darm-, Leber- und Gallenleiden.**  
 Zusatzkarte 72 für 24 Wochen, dazu 50 g Butter wöchentlich. Roggenbrot kann gegen Weizenbrot oder Nahrungsmittel ausgetauscht werden.
4. **Magen- oder Zwölffingerdarmgeschwüre.**  
 Akute oder rezidive Fälle 2 Zusatzkarten 72 für 8 Wochen, dazu 100 g Butter wöchentlich. Roggenbrot muß gegen Weizenbrot oder Nahrungsmittel ausgetauscht werden. Halbe Fleischration ist zu streichen, statt dessen 4 Eier geben.
5. **Nierenentzündung.**  
 Zusatzkarte 73 für 24 Wochen. Dazu 1 Gemüsekarte pro Zuteilungsperiode.
6. **Nervöse Störungen.**  
 Multiple Sklerose und Schüttellähmung nach Encephalitis während und 8 Wochen nach einer Belladonnakur sowie bei sonstigen schweren organischen Nervenerkrankungen nach Entscheidung von Fall zu Fall; Zusatzkarte 72 für 24 Wochen. Dazu eine Gemüsekarte pro Zuteilungsperiode.
7. **Rekonvaleszenz.**  
 Nach schweren Operationen und schweren inneren Erkrankungen; bösartigen Geschwülsten und Silikoseerkrankungen (ohne Tbc.) bei 50% Erwerbsminderung Zusatzkarte 76 für 8 Wochen.
8. **Schilddrüsenerkrankungen.**  
 (Thyreotoxikose) Bei 20% Untergewicht und erhöhtem Grundumsatz Zusatzkarte 77 für 24 Wochen.
9. **Tuberkulose aller Art stets durch Lungenfürsorgestelle! Dort liegen die Zusatzanordnungen vor bzw. können vom Ernährungsamt erfragt werden.**
10. **Abmagerung und Untergewicht.**
  - a) Kriegsgefangene aus Lagern.
  - b) Personen mit erheblichem Untergewicht (20% und mehr). Das Sollgewicht ist Gewicht in kg, das der Länge über 1 m in cm ausgedrückt entspricht. Zu a) und b): Zusatzkarte 74 für 12 Wochen. Verlängerung nur bei besonders begründeter Diagnose.
11. **Mangelkrankheiten.** (Eiweiß-, Vitaminmangel, Mangelödeme) und Nephrosen, bei besonderer Begründung der Diagnose Zusatzkarte 75 ohne Nahrungsmittel, dazu 125 g Käse für 12 Wochen.
12. **Schwere Erkrankungen des Blutbildes.**  
 - Letzteres unbedingt angeben. - Zusatzkarte 76 für 12 Wochen.
13. **Sonstige Erkrankungen.**  
 Die für notwendig gehaltene Zulage ist jeweils vom Arzt besonders ausreichend zu begründen.  
 Soweit zusätzlich zu den Karten Fisch, Eier oder Käse vorgesehen, werden sie je nach Vorratslage abgegeben (z. B. Fisch in der Nordzone, Eier und Käse in der Südzone).

Schmidt & Klausig, Kiel 6513 Druck: Howaldtsche Buchdruckerei, DF 75, Kiel 3702 4000 · 8. 47. Kl. A

Privatbesitz Dr. Karl Sölter

1 Protokoll der Stadtvertretung vom 29.12.1945.  
 2 Schreiben des Stadtdirektors vom 11.11.1946 an den Bürgermeister Schacht.  
 3 Vgl. Anm. 2.

In einem Schreiben vom 24. Juni 1947 beklagte sich der Stadtdirektor über die Untätigkeit der amerikanischen und der sowjetischen Militärregierung, die von der Not und den Hungerrationen in der britischen und französischen Zone informiert seien. In dieser Notsituation würde sich auch die Säuglingssterblichkeit erhöhen:

»Es ist nicht alleine den Ärzten klar, daß die Mütter oft nur unter ungeheurer Aufopferung noch einem gesunden Kinde das Leben zu geben vermögen. Es ist keine Seltenheit, daß das Gewicht der Mutter zwischen 30 und 40 kg liegt. Jeder Arzt weiß, daß eine solche Mutter nicht in der Lage ist, dem Kinde die natürliche Nahrung zu geben. Die Folge davon ist, daß die Säuglingssterblichkeit sehr viel grösser ist als in den vorigen Jahren.«<sup>4</sup>

Weiterhin trat in diesem Zeitraum eine erhöhte Zahl von Geschlechtskrankheiten auf. Ihre Behandlung erfolgte kostenlos, weil ihre Zahl reduziert werden sollte. Die für Wedel zuständige Beratungsstelle für Geschlechtskranke befand sich in Pinneberg.<sup>5</sup>

Ein weiteres Problem war die Rattenplage, die Anfang des Jahres 1947 so schlimm war, daß der Stadtoberinspektor Gau eine »Rattenbekämpfungsaktion« angeordnet hatte.<sup>6</sup>

## Krankenhaus Wedel

Das Städtische Krankenhaus hatte die Bevölkerung der Stadt Wedel, der Dorfgemeinden Holm und Hetlingen und der westlichen Vororte Hamburgs (Rissen, Sülldorf und Blankenese) medizinisch zu versorgen. In geographischer Nähe lag das Allgemeine Krankenhaus Rissen, das in einer ehemaligen Flak-Kaserne – Am Suurheid 20 – untergebracht war. Dieses Krankenhaus nahm am 11. Dezember 1946 die ersten 200 Patienten auf.<sup>7</sup>

Das Krankenhaus Wedel litt schon während des Zweiten Weltkriegs und besonders in der Nachkriegszeit unter Kapazitätenmangel und unter Arzneimittel- und Verbandsstoffknappheit. Dr. Karl Sölter, der 1939 für das Krankenhaus Wedel notdienstverpflichtet wurde und bis 1945 dort als Arzt arbeitete, beschreibt Versorgungslage und Personalknappheit:

»Die benutzten Binden mußten gewaschen, sterilisiert und neu verwendet werden. Wir haben im Krankenhaus nur einen Pfleger gehabt, der gleichzeitig auch Heizer war. Während der Bombenangriffe mußten die Ärzte die Patienten in den Keller bringen. Wir haben 24 Stunden Dienst am Tag gehabt.«<sup>8</sup>

Am 4. Mai 1945 feierten russische Zwangsarbeiter das Kriegsende mit vergälltem Alkohol, mit dem die optischen Geräte bei der Firma J.D. Möller gereinigt wurden. Ursula Winterberg, die bis Oktober 1945 als Rote-Kreuz-Helferin im Krankenhaus Wedel arbeitete, erlebte die Ankunft der alkoholvergifteten Russen:

»[...] Die Russen litten unter wahnsinnigen Qualen. Sie wurden von ihren gesunden Kollegen auf einem Blockwagen zum Krankenhaus gefahren. Vor dem Krankenhaus haben sie sich von der Ladefläche geschmissen und sich vor Schmerzen auf dem Boden gewälzt; diesen Anblick werde ich nie vergessen. Das Krankenhaus hatte hinten als Erweiterung noch eine Baracke angebaut, die war aber noch nicht fertig eingerichtet. Wir wußten nicht, wo wir die Russen unterbringen sollten. In der Notsituation haben wir in der Baracke Stroh ausgelegt, damit sie überhaupt irgendwo liegen konnten, aber die haben Tag und Nacht geschrien. Der Schmerz muß grausam gewesen sein. Ein russischer Zwangsarbeiter hatte die alkoholvergifteten Patienten im Krankenhaus betreut.«<sup>9</sup>

Am 12.11.1945 wurde die auf dem Redelsdorff'schen Grundstück in der Hauentwiete liegende Wohnbaracke für Flüchtlinge geräumt und eine Seuchenbaracke für Typhuskranke für das Städtische Kran-

<sup>4</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 24.06.1947.

<sup>5</sup> Protokoll des Gesundheitsausschusses vom 13.11.1947.

<sup>6</sup> Protokoll des Gesundheitsausschusses vom 20.01.1947.

<sup>7</sup> Arthur Kreßin: Die Entstehung der Hamburger Krankenanstalten. Hamburg 1959, S. 139.

<sup>8</sup> Zeitzeugen-Gespräch mit Dr. Karl Sölter, geb. am 18.06.1909 in Elmshorn, vom 14.02.1995. Bearbeitet von Christine Pieper.

<sup>9</sup> Zeitzeugen-Gespräch mit Ursula Winterberg, geb. 1926 in Wedel, vom 20.02.1995. Bearbeitet von Christine Pieper.

kenhaus eingerichtet. Die Seuchenbaracke war mit dem Einbau einer Frauen- und Männerabortanlage und einer Badeeinrichtung vorgesehen. Eine räumliche Erweiterung des Krankenhauses war dringend notwendig, denn im Jahre 1946 mußten schon 2836 Patienten versorgt werden; davon kamen 2163 aus Wedel und dem Kreis Pinneberg und 673 aus dem hamburgischen Gebiet.<sup>10</sup>

Ein städtischer Verwaltungsbericht, angefertigt für die englische Militärregierung, nennt für das Jahr 1946 folgende Statistik für das Krankenhaus:

»Die durchschnittliche Belegungsziffer des Krankenhauses betrug 250 gegenüber 80 im Jahre 1939. Unter der großen Zahl der an inneren und äußeren Leiden Erkrankten interessieren insbesondere die Infektionskrankheiten. Eingeliefert wurden 389 [...], davon 162 Diphtheriefälle (4 Todesfälle), 54 Typhus- und Paratyphusfälle (1 Todesfall), 50 Tuberkulosekranke (10 Todesfälle), 124 Fälle von anderen Infektionskrankheiten (3 Todesfälle).

An Hungerödemen Erkrankte wurden 23 behandelt. Seit Einbruch der Kälteperiode nimmt, wie zu erwarten war, die Zahl der Erkältungsinfekte vornehmlich unter alten Leuten zu. Augenblicklich hat unter den Kindern eine Epidemie von Keuchhusten und Mumps Platz gegriffen. Der weit- aus größere Teil der Einlieferungen kommt aus den Kreisen der Flüchtlinge, die infolge der schlechten Unterbringung und der Kohlenknappheit für Krankheiten anfälliger werden. Tatkräftige Hilfe kann den Flüchtlingen nur dadurch gebracht werden, wenn winterfeste Wohnungen für die Flüchtlinge bereitgestellt werden.«<sup>11</sup>

Im Krankenhaus waren gegen Ende des Jahres 1946 fünf Ärzte, 46 Angestellte einschließlich der Schwestern und 30 Hausgehilfinnen und Arbeiter beschäftigt.<sup>12</sup> Ursula Krüger, die als kleines Mädchen am 27./28. Juli 1943 in Hamburg ausgebombt wurde, beschreibt ihre Arbeit als Stationsmädchen im Krankenhaus Wedel:

»Ich bin bis 1947 zur Schule gegangen und habe dann im Krankenhaus als ungelern-tes Stationsmädchen angefangen zu arbeiten. Ich habe in der Kinderstation das Essen ausgetragen und die Krankenzimmer sauber gemacht. [...] Im Krankenhaus bekamen wir warmes Essen, da brauchten wir wenigstens nicht zu hungern. Das Krankenhaus war Selbstversorger, wir haben selbst geschlachtet.«<sup>13</sup>

Ursula Winterberg arbeitete auf der Station für Tuberkulosekranke:

»Ich kann mich an den Patienten Dobertin erinnern, der war aus dem KZ entlassen worden und hatte eine schwere Lungentuberkulose gehabt. Die unkontrollierten Hustenanfälle sind mir noch in Erinnerung geblieben, ich hatte ihn gebeten mir nicht genau ins Gesicht zu husten. [...] Dobertin hatte ausländische Sender gehört und ist verraten worden. Daraufhin wurde er von der Gestapo abgeholt, er ließ seine Frau und zwei Kinder zurück. Seine Frau war gestorben, aber seine Kinder besuchten ihn häufig im Krankenhaus, die waren bei einem Bauern untergebracht, der sie aber schlecht behandelte. Die Kinder waren total verdreckt und hatten keine Möglichkeit gehabt, sich zu waschen. Meine Stationsschwester hatte ein Herz für die Kinder und ließ sie auf der Krankenstation baden. Dobertin ist nachher gestorben.«<sup>14</sup>

Das Städtische Krankenhaus war in der Nachkriegszeit ständig überbelegt, was zur Folge hatte, daß viele Operationen verschoben werden mußten, und die ärztliche Versorgung mit Medikamenten nicht ausreichte.<sup>15</sup> Die Ärzte griffen zwangsweise auf die Verwendung von Naturheilmitteln zurück:

»Wir haben viele Naturheilmittel verwendet. Bei einer Mandelentzündung z.B. haben wir den Patienten einen Kartoffelumschlag um den Hals gewickelt, das waren heiße Pellkartoffeln, die wir in ein Handtuch gelegt haben. Das hat geholfen. Die Verwendung von Naturheilmitteln war eine Vorliebe von Dr. Müller gewesen.«<sup>16</sup>

10 Protokoll des Städtischen Krankenhauses Wedel vom 9.02.1947.

11 Protokoll der Stadtvertretung vom 10.02.1947.

12 Protokoll der Stadtvertretung vom 11.11.1946.

13 Zeitzeugen-Gespräch mit Ursula Krüger, geb. am 12.01.1932 in Hamburg-Wandsbek, vom 14.02.1995. Bearbeitet von Christine Pleper.

14 Vergl. Anm. 9.

15 Protokoll der Stadtvertretung vom 1.07.1947.

16 Vergl. Anm. 9.

Über den Mangel an Verbandstoffen klagte der Stadtapotheker Max v. Finster:

»Nachdem es mir schon seit Monaten unmöglich ist, auf dem bisherigen Wege über meinen Großhandel Verbandstoffe zu erhalten und mein Lager daher restlos geräumt ist, bin ich nicht mehr in der Lage, die Herren Ärzte für ihren Sprechstundenbedarf, sowie die Wedeler Bevölkerung ordnungsgemäß zu versorgen, was begreiflicherweise schwere gesundheitliche Nachteile zur Folge haben wird.«<sup>17</sup>

Max v. Finster forderte die Stadt Wedel auf, den Gouverneur der englischen Militärregierung auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen und zu erwirken, daß die Apotheke Verbandstoffe erhalte.

Den Mangel an Verbandstoffen wie Mullbinden, Verbandsmull, Verbandswatten und Zellstoffwatte beschreibt auch Dr. Sölter, der als selbständiger Arzt in der Nachkriegszeit in Wedel arbeitete und sich die Verbandstoffe aus einem Lager der britischen Militärregierung stehlen ließ:

»Nach dem Kriegsende haben die Engländer ein großes Depot mit Verbandstoffen und Röntengeräten aus dem Kreis Pinneberg bei J.D. Möller eingerichtet. Dort wurde alles hingebacht und gehortet. Die Arbeiter bei J.D. Möller mußten für mich aus dem Depot die Verbandstoffe stehlen.«<sup>18</sup>

Wie aus einer Aussage des Stadtrates Braun hervorgeht, hatte das Krankenhaus darüber hinaus auch unter Kohlenknappheit zu leiden.

Am 27.01.1947 teilte er der Stadtvertretung mit, »daß er heute Abend Zeuge gewesen sei, wie ein Privathaushalt etwa 100 Ztr. Koks bekommen hat. Er nimmt an, daß die Stadtverwaltung morgen früh sofort eine Überprüfung dieser Angelegenheit vornehmen und sofort hiergegen einschreiten werde, da es nicht angehen könne, daß für Privathaushalte derartige Mengen geliefert werden und beispielsweise dem Städt. Krankenhaus keine Feuerung zur Verfügung steht.«<sup>19</sup>

Nachdem der medizinische Versorgungsnotstand 1946 bei 16.000 Einwohnern rapide angestiegen war, wurde von der Stadt Wedel die Untätigkeit der Apotheke beklagt. Die Stadtvertreterin Frau Matthiesen schilderte folgendes Erlebnis:

»Bei einem dringenden Anruf am Sonntag hätte der Apotheker, Herr v. Finster, einfach den Hörer aufgelegt. Als ein Arzt mit einem Polizeibeamten versuchte, in die Apotheke zu gelangen, wäre er auch nicht eingelassen worden. Die notwendigen Medikamente mußten von Blankenese oder den Nachbardörfern herangeholt werden.«<sup>20</sup>

Aufgrund dieses Vorfalles wurde in der Stadtvertretung beraten, Max v. Finster die Konzession zu entziehen. Stadtrat Schacht wollte die Gesundheitspolizei alarmieren, und Stadtrat Beerbaum sprach sich dafür aus, das Kreisgesundheitsamt »auf die Mißstände in der Wedeler Apotheke aufmerksam«<sup>21</sup> zu machen. Es wurde auch die Errichtung einer zweiten Apotheke in Erwägung gezogen.

Anfang des Jahres 1947 gestattete sich die Medikamentenversorgung positiver; die Verbandstoffversorgung blieb weiterhin schlecht:

»Von 6 -7 Großhandlungen werden jetzt regelmäßig Arzneimittel in Hamburg abgeholt. Außerdem bezieht die Apotheke noch bei Großhandlungen in Lübeck, Kiel und Reinfeld. [...]. Die Versorgung mit Verbandstoffen wird sich in absehbarer Zeit nicht bessern, weil die Verbandstofffabriken fast alle in russisch besetzten Gebieten liegen.«<sup>22</sup>

Der Gesundheitsausschuß behauptete, daß alle Medikamente, die von den Wedeler Ärzten verordnet werden, vorrätig seien. Die Arzneimittelversorgung sei besser als bei der Bevölkerung in den Bezirken der Großstädte.

17 Schreiben der Stadtapotheke vom 11.07.1945 an die Stadt Wedel.

18 Vergl. Anm. 8.

19 Protokoll der Stadtvertretung vom 27.01.1947.

20 Protokoll der Stadtvertretung vom 14.03.1946.

21 Vgl. Anm. 20.

22 Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 20.01.1947.

## Medizinische Versorgung der Flüchtlinge

Der Gesundheitszustand der Flüchtlinge, die in den Barackensiedlungen lebten, war schlechter als der der einheimischen Bevölkerung. Teile der Barackensiedlungen waren verschmutzt, so daß Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt werden mußten, die zum Teil von der Stadt nicht bezahlt wurden. Der Gesundheitsausschuß, der zwei Angebote von dem Schädlingsbekämpfer Heinrich Tietgen und von der Firma »Tesch und Stabenow« zur Schädlingsbekämpfung erhalten hatte, verwies darauf, »daß die Stadt grundsätzlich nicht verpflichtet ist, die Schädlingsbekämpfung in Baracken und sonstigen Wohnungen auf ihre Kosten durchzuführen.«<sup>23</sup> Nur in Einzelfällen wurde bis Ende 1947 einer kostenlosen Schädlingsbekämpfung in den Barackensiedlungen zugestimmt. Die Gesundheitsbehörde ordnete an, daß in Mietverträgen ein Zusatz aufgenommen werden sollte, nach dem die Wohnungen in den Baracken ungezieferfrei zu halten seien.<sup>24</sup>

Am 10.12.1946 regte der Sport- und Jugendausschuß die Errichtung einer Badeanstalt in der Turnhalle Rosengarten an.<sup>25</sup>

Für die Barackensiedlung an der Feldstraße wurde im Dezember 1947 die Errichtung eines Kindergartens geplant, der die Kinder der Barackenbewohner betreuen sollte.<sup>26</sup> Aus den Unterlagen der Stadtvertretung ist nicht ersichtlich, ob der Kindergarten eingerichtet wurde, aber im April 1948 erklärte der Stadtrat Beerbaum, »daß auch an der Feldstraße eine Unmenge von Gerümpel und Müll abgeladen wird, und somit den Barackeneinwohnern und besonders den Kindern jede Erholungsmöglichkeit genommen«<sup>27</sup> sei.

Im folgenden beschreibt Dr. Sölter seine Arbeit als Arzt in den Barackensiedlungen:

»Wedel bestand zu 60 Prozent aus Baracken, da wohnten die Menschen, und die mußten dort besucht werden. Ich war froh, daß ich ein Fahrrad hatte, mit dem ich herumfahren konnte, damals gab es noch keine Autos. Jeden Tag habe ich Dienst gehabt, bei schlechten Zeiten habe ich 60 bis 70 Personen am Tag behandelt. [...] Die Kinder wurden nicht im Krankenhaus geboren, sondern in den Baracken mit Hilfe einer Hebamme.«<sup>28</sup>

## Neuorientierung in der Gesundheitspolitik von 1947 bis 1951

Aus den Unterlagen des Gesundheitsausschusses ist schwer ersichtlich, wann eine Verbesserung der medizinischen Versorgung für die Bevölkerung eintrat. Anfang 1947 wurde das Krankenhaus Wedel, als einziges Krankenhaus, als Krankenpflegelehranstalt für Schleswigs-Holstein anerkannt.<sup>29</sup>

Am 2. Oktober 1947 beantragte die SPD-Fraktion einen besonderen Kulturetat für die rund 85 Mitarbeiter im Städtischen Krankenhaus, mit der Begründung, daß das Krankenhaus zu weit entfernt vom Ort sei, und die Mitarbeiter nicht in der Lage seien, die kulturellen Veranstaltungen in Wedel oder in Hamburg zu besuchen, deswegen sollten zusätzliche Bildungsmöglichkeiten für das Personal geschaffen werden. Die literarischen und musikalischen Veranstaltungen fanden in der Wohnung des Chefarztes Dr. Müller statt, dafür stellte die Stadt einen Kulturfonds von 1500 RM zur Verfügung.<sup>30</sup>

Es ist anzunehmen, daß diese ersten Ansätze zur kulturellen Neuorientierung auch eine Verbesserung der Lebensumstände zur Folge hatten, ansonsten hätte es keinen Freiraum für kulturelle Veranstaltungen gegeben.

Die Organisation der Freizeitgestaltung war wichtig, denn unter welchen Arbeitsbedingungen das Krankenhauspersonal in der Nachkriegszeit und sogar noch 1951 arbeiten mußte, beweist ein Antrag des Gesundheitsausschusses vom 14. August 1951, der die Einführung der 60-Stundenwoche beschloß, wobei Dr. Müller noch darauf hinwies, »daß dieser Beschluß wahrscheinlich undurchführbar sei, da nach den bisherigen Erfahrungen Pflegepersonal äußerst schwer zu erhalten sei.«<sup>31</sup>

<sup>23</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 5.11.1946.

<sup>24</sup> Vgl. Anm. 23.

<sup>25</sup> Protokoll des Gesundheitsausschusses vom 20.01.1947.

<sup>26</sup> Protokoll des Gesundheitsausschusses vom 11.12.1947.

<sup>27</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 22.04.1948.

<sup>28</sup> Vergl. Anm. 8.

<sup>29</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 30.01.1947.

<sup>30</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 2.10.1947.

<sup>31</sup> Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 14.08.1951.

## Wedels Schulen

Es gab 1945 in Wedel zwei Volksschulen, in Alt-Wedel in der Schulstraße und in Schulau in der ABC-Straße. Die Mittelschule am Tinsdaler Weg/Bergstraße war seit 1943 in einer Baracke untergebracht, als Ersatz für ein Schulgebäude, das geplant war, aber aufgrund des Krieges nicht gebaut wurde. Schon in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges wurde an den drei Schulen Wedels kaum noch Unterricht abgehalten.

Die Schulbaracke der Mittelschule mußte im Januar 1945 für Flüchtlinge geräumt werden, der Unterricht fand z.T. im alten Rathaus, im Fährhaus und im Gewächshaus Rosengarten statt.<sup>1</sup>

An die Zeit noch in der Mittelschulbaracke erinnern sich zwei Zeitzeugen aus Wedel und Hamburg; im ersten Fall handelt es sich um eine damals sechzehnjährige Schülerin, im anderen um einen damals fünfzehnjährigen Schüler aus einer evakuierten Hamburger Familie:

»Jede Klasse dort brachte von Zuhause Geschirr, Bettwäsche, Decken, Besteck usw. mit für jeweils »unsere Flüchtlinge«, von denen viele aus Ostpreußen und besonders Königsberg kamen. Es entstand damals unter den verschiedenen Klassen ein richtiger Wettstreit, und es hat auch spätere Verbindungen zu verschiedenen Flüchtlingsfamilien und unseren Familien gegeben.«<sup>2</sup>



Der Eingang der Mittelschulbaracke.

Foto: Stadt Wedel, 1953

»In Wedel bin ich zur Mittelschule gegangen, die damals in einer Baracke untergebracht war. Ich war in einer gemischten Klasse (Jungen und Mädchen) gewesen, das war erstaunlich, denn in Hamburg gab es das nicht. Die meisten Jungen in der Klasse waren Jahrgang 1929, der am 5. März 1945 wehrpflichtig wurde, deswegen mußten wir nach Pinneberg zur Musterung, die von strammen Offizieren durchgeführt wurde. Die Musterung war teilweise erniedrigend, ich wurde gefragt, ob ich mich als deutscher Junge kriegsfreiwillig melden würde, was ich mit nein beantwortete. Ich habe mich nicht getraut zu sagen, daß der Krieg sowieso bald zu Ende ist, die meisten aus der Klasse haben sich nicht kriegsfreiwillig gemeldet. Wir kriegten einen Wehrpaß ausgehändigt, und später bekam ich einen Einberufungsbefehl.«<sup>3</sup>

Die Schüler der Altstadtschule in der Schulstraße wurden ab April in Privathäusern unterrichtet, da die

<sup>1</sup> Vgl. Chronik der Mittelschule 1939-1986.

<sup>2</sup> Zeitzeugenbericht von Erica Warncke, geboren am 21.10.1928 in Hamburg (lebt seit 1933 in Wedel), vom 07.03.1995.

<sup>3</sup> Zeitzeugen-Gespräch mit Heinz Brüdigam, geboren am 31.07.1929 in Hamburg, vom 28.02.1995. Bearbeitet von Christine Pieper.

Schulgebäude für die Flüchtlingsunterbringung beschlagnahmt wurden. Die Schule in der ABC-Straße wurde Ende April geschlossen und Soldaten aus Hannover als Unterkunft zur Verfügung gestellt.<sup>4</sup>

Im März 1946 beschloß die Stadtvertretung, daß kein Wohnraum für den Schulbetrieb zur Verfügung gestellt werden könne, sondern weiterhin nur übergangsweise in vorläufigen Einrichtungen gearbeitet werden sollte.<sup>5</sup>

An den beiden Volksschulen wurde ab Herbst 1945 in wenigen Räumen der Schulbetrieb wieder aufgenommen, ab Februar 1946 begann der Unterricht der Mittelschule in zwei Räumen der ABC-Schule.

Die Schülerzahlen waren aufgrund des Flüchtlingszustroms z.T. um mehr als ein Drittel gestiegen. Im Jahre 1938 hatte die Altstadtschule 465 Schüler, 1946 waren es 812, davon 285 Flüchtlingskinder. An der ABC-Schule waren 1946 von 1013 Schülern 450 Flüchtlinge, und es gab drei Flüchtlinge als Lehrer. Für die Mittelschule liegen Zahlen von 1947 vor: Von 302 Schülern stammten 59 aus Flüchtlingsfamilien, davon 20 aus Ostpreußen, 5 aus Westpreußen, 2 aus Polen, 14 aus Pommern, 5 aus Schlesien, 6 aus Danzig, 2 aus Berlin und 5 aus Brandenburg. Von den 302 Schülern waren 3 Vollwaisen und 36 Halbwaisen.

Im April 1946 beschloß die Stadt, auf Empfehlung des Kreisschulamtes zusätzlich zwei Volksschullehrer einzustellen. In der Volksschule Schulau kamen bei dieser Zählung auf 1020 Schüler lediglich 12 Lehrer (85:1), und in der Volksschule Wedel hatten 840 Schüler Unterricht von 11 Lehrern (76:1). In den unteren Jahrgängen betreute ein Lehrer zwei Klassen, in den oberen Jahrgängen gab es Klassenstärken bis zu 64 Schülern.<sup>6</sup>

Um der »sittlichen Gefährdung oder Verwahrlosung« von Halb- und Vollwaisen und Jugendlichen, die keine Verbindung mit ihren Angehörigen hatten, vorzubeugen, beschloß die Stadtvertretung im November 1946 die Einrichtung einer Jugendfürsorgekommission mit folgenden Aufgaben: die Erfassung sämtlicher Jugendlicher und Kinder, die ohne Angehörige waren, die Bestimmung von Vormündern und die gemeinschaftliche Unterbringung der Jugendlichen in geeigneten Räumen.<sup>7</sup>

An die Aufnahme der Flüchtlingskinder und das Verhältnis zu den einheimischen Kindern haben die befragten Zeitzeugen zumeist negative Erinnerungen. Sie gaben an, daß die Flüchtlingskinder, vor allem aufgrund der Sprache bzw. Dialekte, als »anders« empfunden wurden. So kam es zu Ausgrenzung und auch Schikanen, eine Zeitzeugin aus Ostpreußen erzählte beispielsweise, daß ihr als Kind häufig ein Bein gestellt wurde, wenn sie den Behälter mit der Suppe der Schulspeisung gerade gefüllt hatte. Einheimische Kinder hatten zudem noch den Vorteil, daß in der Familie oder im Bekanntenkreis Bauern oder Fischer waren, die sie mit zusätzlichen Nahrungsmitteln versorgten. Die Flüchtlingskinder wurden oft verlacht, wenn sie erzählten, was sie in ihrem Herkunftsort alles gehabt hatten, und so wurde der Ausdruck von den „Jehabten“ geprägt. Hier spiegelt sich natürlich auch der Einfluß der erwachsenen Altbürger auf die Kinder wieder.<sup>8</sup> Ursula Krüger, die nach der Bombardierung Hamburgs 1943 im Alter von 11 Jahren mit ihrer Familie nach Wedel evakuiert wurde, beschreibt ihr Verhältnis zu den einheimischen Kindern folgendermaßen:

»Die Beziehung zu den einheimischen Kindern war anfangs gar nicht so gut. Wir waren mehrere Hamburger Kinder in der Schule. Die Situation wurde für uns einfacher, als die Flüchtlinge kamen, da waren wir schon integriert in die Wedeler Gemeinschaft, und die Flüchtlinge standen außerhalb.«<sup>9</sup>

Besonders der Mangel an Brennmaterial und Strom führte 1948 zu mehrmaligen Schließungen der Schulen in den Wintermonaten. Auch das Mobiliar war zum großen Teil zerstört oder verschwunden, es wurde wohl aus Kohlenmangel verfeuert.

»In der Schule herrschte Kohlenknappheit. Unter dem Dach gab es einen Kohleofen, der geheizt wurde. Die Schulkinder sollten jeden Tag zwei Briketts mitbringen. Meine Großmutter hatte gesagt, daß das nicht in Frage kommen würde, weil wir selber keinen Brennstoff hatten. Der Win-

4 Vgl. *Chronik der Altstadtschule 1892-1963*.

5 *Protokoll der Stadtvertretung vom 14.03.1946*.

6 *Protokoll der Stadtvertretung vom 11.04.1946*, Vgl. Schmidt, Wolfgang: *Wedel und der 8.Mai 1945. Bericht nach dem Archiv der Stadt Wedel (Holstein)*. Unveröffentlichtes Manuskript. Wedel 1985, S. 17.

7 *Protokoll der Stadtvertretung vom 14.11.1946*.

8 Die Zeitzeugen wollten in diesem Zusammenhang nicht namentlich genannt werden.

9 *Zeitzeugen-Gespräch mit Ursula Krüger, geboren am 12.01.1932 in Hamburg-Wandsbek, vom 14.02.1995. Bearbeitet von Christine Pieper.*

ter 1946/47 war besonders kalt, und wir konnten ein Vierteljahr nicht zur Schule gehen, weil wir keine Schuhe hatten. Es gab nur diese großen Holzpantinen, unter denen die Schneeklumpen kleben blieben. Mein Vater brachte einmal große Wehrmachtsstiefel aus dem Freihafen mit nach Hause. Mit den Stiefeln bin ich zur Schule gegangen, die waren mir drei oder vier Nummern zu groß, aber in den Feldstiefeln hatte ich wenigstens warme Füße. Wegen der Feuerungsknappheit und wegen der vielen Flüchtlinge, die teilweise in den Schulen untergebracht waren, wurde die Altstadtschule geschlossen. Die Baumschulen in Wedel wurden dazu aufgerufen, Schulräume zur Verfügung zu stellen, so daß wenigstens die älteren Jahrgänge, die kurz vor der Entlassung standen, noch Unterricht bekommen konnten. Der Bauer Timmermann hatte einen Schulraum in der Holmer Straße zu Verfügung gestellt. Dort hatten wir im achten Schuljahr zweimal die Woche zwei Stunden Unterricht. Wir haben kaum etwas gelernt. Wer keine Lehrstelle hatte, konnte auch noch das neunte Schuljahr absolvieren, das habe ich auch gemacht. In der neunten Klasse sollten wir bei Direktor Hufe im Mathematikunterricht eine Kugel berechnen, das hatten wir nie gelernt. Der Direktor war erschüttert und fing wieder mit Quadrat- und Kreisberechnung an.«<sup>10</sup>

Am 20. Juni 1946 wurde anlässlich einer Untersuchung durch Schulärzte festgestellt, daß rund 50% der Kinder an der ABC-Schule unterernährt waren, und eine Umfrage aus dem gleichen Zeitraum ergab, daß von 1008 Schülern 292 keine Schuhe hatten, 552 hatten im Winter keine Kartoffeln, 581 bekamen kein Brot mit zur Schule, und 244 Kinder kamen oft ohne vorangegangene Mahlzeit in die Schule.<sup>11</sup> Im Sommer wurden die Schüler zweimal wöchentlich zum Kartoffelkäfersammeln geschickt, außerdem wurden Heilkräutersammlungen (1 kg pro Kind) angeordnet.

Nach einer ärztlichen Untersuchung sollten 1522 von insgesamt 2295 Schulkindern eine zusätzliche Schulspeisung erhalten.<sup>12</sup> Im Mai 1947 wurde die dänische Schulspeisung vom dänischen Roten Kreuz eingerichtet, ab August 1947 wurde die Speisung von der amerikanischen Hooverinitiative weitergeführt. Bis Juli 1947 wurden auf diesem Wege etwa 9.000 warme Mahlzeiten einmal am Tag als Zusatzkost verteilt. Vorher waren Schulspeisungen nicht möglich, weil sie nur für Städte mit über 100.000 Einwohnern durchgeführt wurden.



<sup>10</sup> Ebd., zur Situation an der Volksschule Wedel.

<sup>11</sup> Vgl. Chronik der Volksschule ABC-Straße, Bd. 2, 1927-1970.

<sup>12</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 11.04.1946.



Abb. Seite 59 und 60:  
»Dänenspeisung« des Dansk Røde Kors auf dem Schulhof der  
Altstadtschule im Sommer 1947

Fotos: Schulchronik der Altstadtschule

Eine einheitliche und regelmäßige Schulspeisung war geplant, aber für den Kreis Pinneberg wurde eine nicht ausreichende Quote von 12.000 Kindern festgelegt, die aufgrund ihrer körperlichen Konstitution eine zusätzliche Mahlzeit erhalten sollten.<sup>13</sup> Da sämtliche Kinder im Durchschnitt 30% Untergewicht hatten, protestierte die SPD-Fraktion vehement gegen die Entscheidung des Kreisjugendamtes, nur den am stärksten betroffenen Kindern eine Zusatzspeisung zu gewähren:

»Es kann nicht länger mit angesehen werden, daß Hunderte von Kindern, die in der primitivsten Weise wohnen, die in maßlos überfüllten Klassenräumen mit unzureichenden Bänken Schulunterricht empfangen, stärksten und dauernden Gesundheitsschädigungen entgegengehen, nur weil die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Lebensmittel schematisch erfolgt.«<sup>14</sup>

Die ehemalige Schülerin der Altstadtschule Ursula Krüger erinnert sich an die Schulspeisung:

»Meistens kriegten wir eine Suppe, das war immer eine Puddingsuppe oder eine Grießsuppe. Jedes Kind hatte ein Blechgeschirr, und wir mußten eine Kelle und einen Löffel mitbringen. In der großen Pause haben wir Mittag gegessen. Das Essen ist angeliefert worden.«<sup>15</sup>

Im November 1947 wurde in der Stadtvertretung über die Bezahlung der Schulspeisung verhandelt, weil im Zeitraum vom 16.07. bis 23.09.1947 ein Defizit von 4.205,24 RM entstanden war. Es wurde beschlossen, dieses Defizit mit Hilfe eines Zuschlags auf Eintrittspreise für vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen von 5 Pf. je Eintrittskarte, zu decken.<sup>16</sup> Hiergegen sträubten sich jedoch die betroffenen Betriebe, und sie konnten nicht belangt werden, da es sich um keine Abgabe im Sinne des Kommunalabgaben-Gesetzes handelte.<sup>17</sup> Das »Soziale Hilfswerk« für den Landkreis Pinneberg übernahm noch im Jahr 1949 die Kosten der Schulspeisung in Höhe von 11.451 DM.<sup>18</sup>

Aufgrund der hohen Belegungszahl von 1886 Kindern an den zwei Wedeler Volksschulen (zusätzlich wurde noch der Unterricht der Mittelschule auf beide Schulgebäude verteilt), wurde Anfang 1947 die Errichtung einer dritten Volksschule beschlossen. Dem Bau einer Volksschule wurde der Vorzug vor dem Bau einer Mittelschule aus stadteigenen Mitteln gegeben, da es für Volksschulen Zuschüsse vom Land Schleswig-Holstein gab, und im Rahmen des Schulneubauprogrammes zusätzliche Baumaterialien zu erwarten waren.<sup>19</sup>

Diese Entscheidung war ein erster zukunftsweisender Schritt im Stabilisierungsprozeß der Wedeler Schulen nach 1945.

<sup>13</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 03.07.1947.

<sup>14</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 02.10.1947.

<sup>15</sup> Vgl. Anm. 9.

<sup>16</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 06.11.1947.

<sup>17</sup> Protokoll des Flüchtlingsausschusses vom 06.07.1948.

<sup>18</sup> Amtliches Mitteilungsblatt für den Landkreis Pinneberg vom 30.04.1949.

<sup>19</sup> Protokoll der Stadtvertretung vom 30.01.1947.

## Helgoländer Flüchtlinge in Wedel

Nachdem die Bebauung der Nordseeinsel Helgoland am 18.04.1945 durch einen Bombenangriff weitgehend zerstört worden war, wurde die Bevölkerung ab dem 20.04.1945 nach und nach auf das Festland evakuiert. Die Insel wurde am 11.05.1945 durch die Royal Navy besetzt, den Helgoländern der Zutritt zur Insel verwehrt. Am 18.04.1947 wurde seitens der britischen Militärregierung versucht, die Insel in die Luft zu sprengen. Der Versuch schlug fehl, die Insel stand noch und wurde als Bombenabwurfziel genutzt. Es folgte ein verbitterter Kampf der Helgoländer um die Insel. Es bildete sich ein Helgoland-Ausschuß im Kreis Pinneberg, der Landrat schaltete sich ein, und das Helgoland-Problem war Thema im Bundestag und auch im britischen Unterhaus. Zur Verwaltung der Helgoland-Frage richtete der Kreis Pinneberg 1950 ein Büro ein. Zum Jahreswechsel 1950/51 löste eine friedliche »Invasion« Helgolands ein ungeheures Presseecho aus. Eine erste Gruppe von Studenten besetzte die Insel, der Bundestag forderte die Rückgabe der Insel. Am 26. Februar 1951 verkündete der englische Hohe Kommissar, daß Helgoland freigegeben werde. Die Wiederbesiedelung begann.

Zuflucht fanden die Helgoländer zwischen 1945 und 1952 u. a. auch in Wedel. Hier wurde neben den mehr als 100 Helgoländer Bürgern auch das Hab und Gut der Inselbewohner sichergestellt und teilweise zwischengelagert.<sup>1</sup> Ferner wurden die Materialien der Biologischen Anstalt der Insel Helgoland<sup>2</sup> und die Fotoausrüstung des bekannten Helgoländer Fotografen Schünsky in Wedel verwahrt.<sup>3</sup> Nach einem Bericht von Carmen Singer, einer bei der Stadtverwaltung Wedel tätigen Helgoländerin, vom Februar 1949 ging die Räumung wie folgt vonstatten:

»Im April 1945 wurden die Helgoländer von der Insel evakuiert, in Wedel gelandet und von dort aus auf die Gemeinden des Kreises Pinneberg verteilt. Mit den letzten kam ich selbst am 19. Mai. Etwa im Juni 1945 gelang es, nach Anstrengungen vieler Helgoländer, wahrscheinlich auch besonders durch das Vorgehen von Frau Rickmers, zu erwirken, daß Boote der Deutschen Kriegsmarine nach Helgoland fahren durften, um das Flüchtlingsgut der Helgoländer herüberzuschaffen. Dem Vernehmen nach ist nach der Übernahme der Insel durch die Engländer dort reichlich geplündert worden. Die Schiffe landeten zunächst in Cuxhaven, wurden aber meines Wissens erst Tage später nach Wedel und teilweise auch nach Seestermühe beordert. In beiden Orten wurden von den Gemeinden Schulräume zur Verfügung gestellt und dort die Sachen ausgepackt und aufgestellt. Freiwillige Helfer beaufsichtigten die Ausgabe, die Helgoländer kamen damals aus allen Ortschaften hergewandert; ein jeder suchte sich aus dem Haufen die Reste seiner Habe heraus. Es ist selbstverständlich leider nicht alles, was auf Bunkern lagerte, herübergekommen. Wie ich hörte, soll auch auf den Booten durch die Soldaten etwas weggekommen sein. (Fräulein Rickmers fand so das Taufbecken der Helgoländer Kirche wieder.) Außerdem sollen zu dieser Zeit Fischer Plünderungsfahrten nach Helgoland gemacht haben. In Wedel wurden die Wäschesäcke in den Schulen Schulau und Wedel, die Möbelstücke in der Turnhalle Rosengarten ausgegeben. Die Wäscheausgabe nahmen vorwiegend Frauen vor, die Möbelausgabe männliche Hilfskräfte. Die Ausgabe der Wäsche bereitete Schwierigkeiten insofern, daß eine Kontrolle über das Eigentum der betreffenden Abholer überhaupt nicht möglich war. Man machte die Erfahrung, daß teilweise diejenigen, die ihr Eigentumsrecht nicht zu wahren wußten, leer ausgingen. Vor allen Dingen waren wohl auch nicht jedermanns Sachen angekommen. Um zu guter Letzt eine ordnungsmäßige Verteilung zu regeln, beauftragte der Helgoländer Flüchtlingsausschuß mich, gemeinsam mit Fräulein Rickmers Listen anzulegen. Insbesondere trifft das wohl auf die Wertsachen und Koffer, die in den unterirdischen Gängen lagerten, zu.

Es wurden in diesen Listen alle Helgoländer erfaßt und nach den von den Helfern auf den Ausgabestellen vorgelegten Berichten und der noch vorhandenen Wäsche festgestellt, wieviele an die einzelnen Familien noch auszugeben sei, damit jeder wenigstens das Notwendigste für seinen Bedarf erhielt. Dies bezog sich nur auf ungekennzeichnete Bettwäsche, vorwiegend aus Militärbeständen. Es handelte sich in diesem Falle nicht um Sachen, die einzelnen bestimmten Eigentümern gehörten, sondern um Allgemeingut, das im Wege einer ausgleichenden Rege-

<sup>1</sup> Transportrechnung vom 04.08.1945. Vgl. Akte 1639.1.

<sup>2</sup> Schreiben der Biologischen Anstalt Helgoland vom 16.05.1947. Vgl. Akte 113.2.

<sup>3</sup> Aktenvermerk vom 05.02.1947. Vgl. Akte 113.2.

lung verteilt wurde. Meine Arbeit begann Anfang Dezember. Im Rathaus Wedel wurde uns hierfür ein Raum zur Verfügung gestellt.

Der Flüchtlingsausschuß bestand aus mehreren Helgoländern, die mir alle bekannt sind, jedoch weiß ich nicht genau, wer von den vielen Mithelfern beim Transport der Be- und Überwachung usw. als Verantwortlicher gewählt war. Für die Gesamttaktion waren Fräulein Rickmers, Herr Dr. Kropatscheck und Herr Ölrichs eingesetzt. Die praktische Arbeit der Ausgabe wurde von diesem vorgenommen. Die Ausgabe der angekommenen Nähmaschinen übernahm der Herr Stadtdirektor Jessen, Wedel.

Ich nehme an, daß über alle ausgegebenen Sachen Quittungen geleistet wurden. Quittungsbücher waren im Besitz der einzelnen Ausgeber. Als die Hauptarbeit geleistet war, mußten wir das Rathauszimmer räumen, und es war nun keine Gelegenheit, Aktenmaterial zusammenzuhalten. Den Rest gekennzeichneten Gegenstände, Silber, Wäsche und wenige Möbelstücke (2 Bettkanten, d. h. Vorder- und Hinterstücke von Betten), die nicht abgeholt waren, wurden bei dem Bauern Langeloh in Wedel, Pinneberger Straße 2, auf dem Boden untergebracht. Bei der Wäsche handelt es sich um Stücke, die nicht von großem Wert waren und die im wesentlichen lediglich die Eigenschaft von Flickzeug besaßen.«<sup>4</sup>



*In einem Raum leben Nummel Krüß und seine Frau. Sie waren auf Helgoland wohlhabende Hummerfischer und sind nun durch den Krieg heimatlos.*

*Foto: E. Andres, 1950  
Quelle: Stadtarchiv Wedel*

Daß die Stadt Wedel Anteil an dem Schicksal der Helgoländer nahm, spiegelt sich auch in einem monatlichen Lagebericht an die britische Militärregierung wider, den der Bürgermeister am 10.02.1947 schrieb:<sup>5</sup>

»Lagebericht für den Monat Januar 1947[...] Helgoländer Angelegenheiten: Wenn ich diesen Punkt vorwegnehme, so geschieht es auf den ausdrücklichen Wunsch Mr. Andrews, da er wünscht, etwas über die Stimmung der Bevölkerung betreffend der Sprengung Helgolands zu hören. Durch die Presse laufen die widersprechendsten Nachrichten über Helgoland. Als genaueste kann man wohl diejenige annehmen, daß am 31.03. d. J. die Sprengung der Insel Helgoland vorgenommen werden soll. Diese Nachricht hat nicht allein in Helgoländer Kreisen, sondern auch bei der Gesamtbevölkerung Erschrecken und Betrübniß hervorgerufen. Tausende von Jahren hat der Zahn der Zeit an der Insel Helgoland genagt und der Menschheit dieses Wunder der Natur hinterlassen. Vielerlei Gründe sprechen dafür, dieses Stückchen Erde der Menschheit zu erhalten. Wenn ich hierdurch einen Beitrag geben könnte, die britische Militärregierung von ihrem Vorhaben, Helgoland zu sprengen, abzubringen, so würde dieses bestimmt in 50 Jahren, wenn die Welt endgültig im Zeichen der UNO steht und somit einem Zeitalter der Vernunft entgegengeht, von der ganzen Welt begrüßt werden. Die Gründe, die dafür sprechen, die Insel Helgoland nicht zu zerstören, sind:

<sup>4</sup> Bericht von Carmen Singer. Vgl. Akte 113.2.

<sup>5</sup> Lagebericht vgl. Akte 222.1.

## **a) wirtschaftlicher Natur**

### **1. als Zufluchthafen für die Küstenfischerei:**

Durch die Helgoländer Bucht laufen im wesentlichen 3 Zugbahnen atmosphärischen Tiefs, so daß die Helgoländer Bucht häufig und nicht immer lange vorhersehbaren Stürmen ausgesetzt ist. Der Mangel günstiger Häfen und Zufluchtsorte im Küstengebiet zwingt die Fahrzeuge der Fischerei und ebenso die kleinen Küstenfahrzeuge nicht nur deutscher, sondern auch holländischer Nationalität, die Helgoländer Binnen- und Außenreedee als Zufluchtsort aufzusuchen. Hierdurch ist es ihnen erst möglich, die Fischgründe bis zur Doggerbank hin aufzusuchen, um bei eintretenden Stürmen trotzdem noch rechtzeitig auf der Reede Helgolands Schutz zu suchen. Dieser Helgoländer Schutzhafen kann auch noch bei solchen Stürmen aufgesucht werden, wo eine Passage in die Flußmündungen und der friesischen Wattengebiete für die Schiffe schon eine Unmöglichkeit geworden ist. Außerdem bietet der Helgoländer Hafen für die z. T. nur halb bedeckten und teilweise sogar offenen Fahrzeuge die einzige Möglichkeit, bei eintretenden Sturmschäden diese zu beheben und Material und Vorräte zu ergänzen. Hierdurch ist klar erwiesen, daß der Fortfall dieses Schutzhafens für die Küstenfischerei eine starke Einschränkung ihrer Fangergebnisse nach sich ziehen wird und hierdurch ein direkter wirtschaftlicher Schaden, der sich insbesondere auf die Ernährungswirtschaft auswirkt, verursacht wird. Aus diesen Gründen können die als Ersatz in Aussicht genommenen Stützpunkte auf Sylt und Amrum den Ausfall von Helgoland nicht wettmachen, weil sie in den meisten Stürmen nicht von den Schiffen angelaufen werden können. In den strengsten Wintern stellt die Insel Helgoland die einzige eisfreie Zufluchtsstätte und somit den einzigen eisfreien Hafen der Helgoländer Bucht dar. Auch können Fischerei und Schifffahrt diesen Hafen nicht entbehren, da von hier aus der Seenot- und Bergungsdienst am zweckmäßigsten eingesetzt werden kann. Auch ist die Insel als Signal und Beobachtungsstation für die Sicherheit der Schifffahrt nicht zu entbehren, bietet sie doch als Funkpeilstation für die Ansteuerung der Elbe, Weser, Jade und Ems bei Nebel die einzige Möglichkeit. Insbesondere wäre es bedauerlich, die langjährigen Arbeiten der Biologischen Anstalt durch Fortnahme von Helgoland zu stören. Die Fischerei-biologische Meeresforschung hat auf Helgoland eine wesentlich bessere Möglichkeit, mit den Fischereifahrzeugen in Verbindung zu treten, als dies an jedem anderen Ort der Fall sein wird. Hinzu kommt, daß rund um Helgoland eine wesentlich größere Meerestiefe die Arbeiten der Biologischen Anstalt wirksam unterstützt. Auf die Tätigkeit der Biologischen Anstalt ist die Fischerei im Interesse der Erhaltung und Pflege des Fischreichtums der inneren Nordsee entscheidend angewiesen. Der von Helgoland betriebene Vogelschutz hat insofern wirtschaftliche Bedeutung, als der Schutz der über Helgoland ziehenden Vogelschwärme durch die Erhaltung der Vögel zu einer größeren Insektenvertilgung und somit zu besseren Ernten der Landwirtschaft führt;

### **2. aus Verkehrs- und Handelsgründen:**

Die Helgoländer Bevölkerung ist auf dem Festlande nur schwer in das bürgerliche Leben einzugliedern und zweckmäßig zu beschäftigen. Durch den Wiederaufbau ihrer Existenzen, sei es Fischerei, Seefahrt, Hafenbetrieb oder Hotel- und Badebetrieb, würden sie recht schnell wieder zu einer nutzbringenden Tätigkeit im Interesse einer mitteleuropäischen Volkswirtschaft beruflich eingegliedert werden können. Außerdem bot die Insel Helgoland zahlreichen Personen die einzige Gelegenheit, von einem chronischen Heuschnupfen wieder zu gesunden. Die Zerstörung Helgolands würde diesen Leuten die Möglichkeit nehmen, jemals wieder von ihrem Leiden befreit zu werden.

## **b) wissenschaftlicher Natur:**

### **1. Meeresbiologie**

Die Biologische Anstalt auf Helgoland hat neben der o. a. wirtschaftlichen Bedeutung auch rein

wissenschaftliche Aufgaben erledigt, z. B. Untersuchungen der Meeresfauna und -flora durch Spezialisten der Zoologie und Botanik. Beschaffung wissenschaftlichen Materials von Pflanzen und Tieren als Rohmaterial für Universitäten und Institute des Festlandes. Der Betrieb des Nordseeaquariums auf Helgoland zum Zwecke wissenschaftlicher Forschung und Belehrung der Öffentlichkeit.

## 2. Vogelkunde

Neben dem der Landwirtschaft zugute kommenden Vogelschutz befaßt sich die Biologische Anstalt mit der Erforschung aller in Nordeuropa vorkommenden Vogelarten.

## 3. Meteorologie

Helgoland ist für die innere Deutsche Bucht als Wetterstation von großer Bedeutung. Durch die Beobachtung dort selbst lassen sich häufig schon kurzfristig entsprechende Sturmwarnungen bestimmen, aus der Schifffahrt und Fischerei praktischen Nutzen ziehen können;

### c) aus kulturellen Gründen:

Helgoland ist der letzte noch ziemlich reine Siedlungsbezirk der Inselfriesen. Hier haben sie sich ihre Eigenart so ziemlich erhalten können. Die an der Westlandküste wohnenden Friesen haben sich mehr oder weniger ihrer Eigenschaften entfremdet, so daß von einem Aussterben der friesischen Stämme gesprochen werden kann. Helgoland ist das letzte Reservat des Friesenvolkes. Hier kommt es insbesondere durch die Helgoländer Sprache zum Ausdruck. Die Helgoländer sind die einzigen Friesen, die noch friesisch sprechen. Das jetzige Helgoland ist ein winziger Rest einer einst viel größeren Insel, die im Mittelalter noch aus 7 Kirchspielen bestand. Durch die unter größten Aufwendungen durchgeführten Uferschutzbauten war es möglich, die Insel in ihrer jetzigen Größe zu erhalten.

Etwa 2800 Helgoländer wurden 1945 von der Insel evakuiert. Davon leben etwa 2/3 in verschiedenen Gemeinden des Kreises Pinneberg, davon etwa 100 in Wedel. Ein anderer Teil wohnt in Cuxhaven und Umgebung. Alle Helgoländer hoffen, daß ihr Aufenthalt auf dem Festlande nur ein vorübergehender sein wird und haben nur den einzigen Wunsch, auf ihre Insel Helgoland wieder zurückkehren zu dürfen. Sie haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die Besatzungsmächte ihre Pläne, die Insel Helgoland zu zerstören, doch noch fallen lassen. Im Zeitalter der Atombombe, der Strahlenforschung und des Bakterienkrieges kann eine strategische Bedeutung Helgolands wohl nicht mehr in Erwägung gezogen werden. Im Zeichen der Völkerverständigung wird kein Mensch mehr der Insel Helgoland, wenn auch nur geringe, Bedeutung in Sachen Verteidigung zusprechen. Schon insgeheim planen die Helgoländer den Wiederaufbau ihrer Insel und hoffen, daß ihre Wünsche nicht unerhört verhallen werden.«

Doch auch die bittenden Worte des Bürgermeisters konnten den Versuch der Sprengung nicht verhindern.

Die Helgoländer standen traurig am Elbstrand, als am 18.04.1947 die große Detonation einsetzte, die bis Wedel zu hören war,<sup>6</sup> ja, es wurde vorher bereits angeordnet, im Rathaus wegen der Schallwellen die Fenster geöffnet zu halten.<sup>7</sup>

Doch die Insel ist nicht untergegangen; die Helgoländerschöpften wieder Hoffnung und wurden aktiv. Auf kommunalpolitischem Gebiet tat sich dabei u.a. Hans Heiseke hervor. Der Helgoländer Feinmechaniker war Mitglied der Stadtvertretung seit 1945 und Mitglied in diversen Ausschüssen, ferner Kreistagsabgeordneter von 1947 bis 1957 und Stadtrat von 1946 bis 1950, sowie Mitglied des Helgoländer-Ausschusses beim Kreis Pinneberg. Er diente insbesondere den Helgoländern in Wedel als Interessenvertreter und Sprecher.<sup>8</sup>

6 Vgl. Carmen Singer-Streithof, *Lebenserinnerungen*.

7 Interne Mitteilung im Rathaus vom 18.04.1947. Vgl. Akte 226.7.

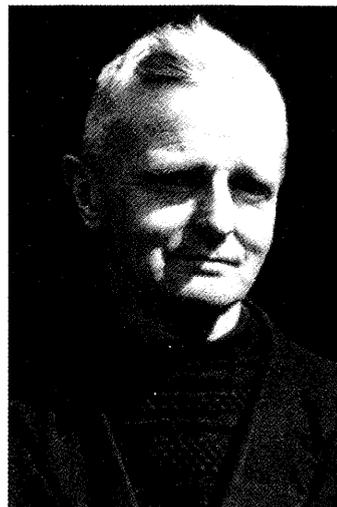
8 Vgl. Kartei der Kommunalpolitiker in Wedel und vgl. Schriftwechsel mit dem Kreisarchiv Pinneberg vom 28.10.1994.

## Hans Heiseke

Den Feinmechaniker Hans Heiseke, am 12.06.1887 auf Helgoland geboren, verschlug es 1945 nach Wedel, wo er sogleich für die SPD kommunalpolitisch tätig wurde: Er trat dem Flüchtlings- und dem Fürsorgeausschuß als Mitglied bei, später übernahm er den Vorsitz des Fürsorgeausschusses. Er kam am 27.06.1946 als Ratsherr in die Stadtvertretung und wurde bereits am 26.09.1946 zum Stadtrat ernannt. Er war darüber hinaus tätig in folgenden Ausschüssen:

- Stadtwerkeausschuß
- Sportausschuß
- Finanzausschuß
- Wohnungsausschuß
- Beschlußausschuß
- Hafenausschuß

Ab November 1946 war er in der Kreis-Flüchtlingskommission und ab Februar 1947 im Kreistag tätig. Auch dort arbeitete Hans Heiseke neben anderen Ausschüssen im Helgoland-Ausschuß mit. Er blieb bis Juni 1953 aktiv in der Kommunalpolitik Wedels, beschränkte sich dann auf die Arbeit im Kreistag, die er am 30.10.1957 niederlegte: Er hatte sich entschlossen, nicht auf die Insel Helgoland zurückzukehren, was Bedingung für eine weitere Amtsdauer als Helgoland-Abgeordneter gewesen wäre. Er verstarb am 29.04.1958 in Wedel.



Regelmäßige Treffen der Helgoländer fanden sowohl in Cuxhaven, als auch im Schulauer Fährhaus statt; dabei wurden regelmäßig die Möglichkeiten des Wiederaufbaus der Insel diskutiert.<sup>9</sup>

Derweil ging die Bombardierung der Insel weiter. Im Februar 1950 wurde eine Fischkutterbesatzung aus Schulau vom britischen Bomber eines Types Lancaster beschossen. Die Besatzung des Fischkutters SS 106 »Hanne« mit dem Heimathafen Schulau gab an, sie hätte Helgoland während einer Fangfahrt als Nothafen angelaufen. Während des Aufenthaltes auf der Insel erschien ein Flugzeug und schoß mehrere Male auf die Besatzung. Das britische Luftfahrtministerium gab später bekannt, daß die Luftstreitkräfte über Helgoland Zielübungsschießen durchgeführt hätten, die Bomberbesatzung hatte angenommen, daß das gesichtete Fischerboot unbemannt sei.<sup>10</sup>

Im Winter des Jahres 1950 kam es dann zu einer Sensation: Am 20. Dezember 1950 begann die »Invasion« der Insel Helgoland mit der ersten der diversen Besetzungen. Insgesamt sollen noch 5 weitere Jugendgruppen zwischen Februar und Juni 1951 die Insel besetzt haben. Dabei wurden 99 Jugendliche verhaftet und vom britischen Militärgericht verurteilt, die Strafen lagen zwischen 6 Wochen und 6 Monaten Haft.

Diese »Invasionen«, über die die Stadt Wedel teilweise per Telegramm von den Demonstranten Kenntnis erhielt,<sup>11</sup> lösten ein weltweites Presseecho aus. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hielt mehrere dringliche Kabinettsitzungen ab, und in London hatte man endlich ein Einsehen und beschloß, die Insel Helgoland zum 1. März 1952 wieder in deutsche Verwaltung übergehen zu lassen.<sup>12</sup> Eine Neubesiedelung Helgolands konnte somit beginnen, und die Helgoländer Flüchtlinge kehrten nach und nach wieder auf ihre Insel zurück.<sup>13</sup>

## Quellen

- 1639.1 Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen 1945-1949
- 113.2 Helgoländer Angelegenheiten 1944-1952
- 710.8 Umquartierung und Evakuierte wegen Luftgefährdung 1943-1948
- 222.1 Lageberichte des Bürgermeisters 1945-1947
- 226.7 Büroverfügungen des Bürgermeisters
- 713.4 Rechnungen für das DP-Camp 1945-1947
- 1631.2 Ausweise nach dem Bundesvertriebenengesetzes 1948-1964  
Unterlagen des Kreisarchives Pinneberg

<sup>9</sup> Vgl. »Großer Helgoländer-Tag in Wedel« in: »Norddeutsche Nachrichten« vom 22.04.1950.

<sup>10</sup> Vgl. »Menschenjagd auf Helgoland« in: »Hamburger Echo« vom 09.02.1950.

<sup>11</sup> Telegramm vom 25.02.1951. Vgl. Akte 113.2.

<sup>12</sup> Bekanntmachung im Amtsblatt für Schleswig-Holstein vom 01.03.1953.

<sup>13</sup> Dankschreiben des Helgoländer-Ausschusses an die Stadt Wedel vom 03.04.1952. Vgl. Akte 113.2.

## Zeitzeugen-Gespräche

### Flucht

Am 22. Juni 1944 begann eine sowjetische Offensive, die innerhalb weniger Wochen die deutschen Divisionen zerschlug und die Truppen bis in die unmittelbare Nähe von Ostpreußen führte. Der Krieg begann sich an den Deutschen zu rächen. Am 21. Oktober 1944 wurde der erste ostpreußische Ort, Nemmersdorf, von sowjetischen Truppen überfallen. Im Januar 1945 begann der sowjetische Durchmarsch durch Ostpreußen, der viele Ostdeutsche aus Angst vor den Vergeltungsmaßnahmen der Roten Armee und trotz des anfänglichen Fluchtverbots des NS-Gauleiters Erich Koch zur Flucht bewegte.

Anneliese Ueberschär (geborene Sauff) wurde am 21. August 1920 in Margotten (Kreis Wehlau) in Ostpreußen geboren. Frau Ueberschär erinnert sich an ihre sechswöchige Flucht mit acht bespannten Wagen mit je zwei Pferden, die in der Nacht vom 20. Januar 1945 gegen 2.30 Uhr, begann:

»Am Freitag, den 9. Februar 1945, mußten wir mit dem Treck an das Frische Haff bei Leißunen in Ostpreußen fahren, um dort über das Eis zu flüchten. Das Eis war nicht fest genug, und es waren schon ganze Trecks eingebrochen, deswegen konnten wir auch nicht bei Neukrug an Land gehen. Die Pferdeköpfe guckten aus dem Eis, und die Menschen schrien, sie versuchten zu retten, was noch zu retten war, meistens fuhren sie mit leeren Wagen an das Land.

Als wir über das Eis fuhren, hatten wir zwei Säuglinge zu versorgen. Wir haben den Kindern Reisflocken zu essen gegeben, damit sie überhaupt etwas in den Magen bekamen. Wir haben sogar Feuer auf dem Eis gemacht, damit wir die Babynahrung erwärmen konnten. Viele Kinder starben aufgrund der schlechten Ernährung.

Einmal hatte unser Wagen mitten in der Nacht den Anschluß an den Treck verloren, dadurch waren wir orientierungslos. Wir haben das Eis mit einer Taschenlampe beleuchtet, um den Weg des Trecks zu verfolgen. Eine Stunde haben wir gebraucht, um den Treck wieder einzuholen.

Ein anderes Mal standen plötzlich fremde Menschen mit Gewehren vor uns, zum Glück waren das deutsche Soldaten. Wir haben die Soldaten nach dem Weg nach Kahlberg gefragt, denn in Kahlberg konnten wir an Land gehen. Insgesamt haben wir vier Tage auf dem Eis verbracht.

Am Montag, den 12. Februar 1945, um sechs Uhr morgens, erreichten wir Kahlberg. Die Soldaten sagten zu uns, daß die Russen ab zwölf Uhr schießen würden, deswegen mußten wir den Platz räumen. Eine Stunde später wurde genau der Platz, auf dem wir gestanden hatten, beschossen. In Kahlberg habe ich auch den ersten Toten an einem Baum hängen sehen. Ein Soldat verbot uns, durch die Stadt zu fahren, deswegen mußten wir für sechs Stunden zurück auf das Frische Haff. Der Treck fuhr bis nach Präbernau und dann weiter auf der Nehrung bis Neue Welt-Vogelsang, dort starb mein Vater. Auf der Nehrung sind wir weiter gefahren, die war so holprig, daß uns die Deichsel gebrochen ist. Daraufhin haben wir im Wald einen Baum gefällt, aus dem Stamm haben wir eine neue Deichsel gebaut. Die Verpflegung reichte bis Pommern aus. In Hinterpommern wurden wir vom Staat verpflegt, es gab mehrere Anlaufstellen, wo man sich das Essen abholen konnte. Am Abend standen auf der Straße Posten, die uns zur nächsten Anlaufstelle geführt haben. Das war gut organisiert.

Am Donnerstag, den 15. Februar 1945, kam unser Treck abends an der Weichselfähre an.

Die gute Verpflegung hörte hinter der Oder auf. Als wir in Camin ankamen, wurde der Ort gerade geräumt, wir wollten nur Futter für die Pferde und Babynahrung für die Kleinkinder bekommen, aber es wurde nichts verteilt. Dabei war die Versorgung der Säuglinge am wichtigsten. Es war häufig so, daß wir, während der Treck weiterfuhr, in Privatunterkünften darum bitten mußten, unsere Babynahrung erwärmen zu dürfen. Wir mußten dem Treck dann nachlaufen, manchmal habe ich geglaubt, daß wir den Treck nicht mehr einholen können.

Am Mittwoch, den 28. Februar 1945, starb die kleine Tochter meiner Schwester, einen Tag spä-

---

ter haben wir das kleine Mädchen begraben. Am Sonnabend, den 9. März 1945, haben wir bei Swinemünde eine 500 Meter lange Pontonbrücke überquert, die kurz vorher von einem manövrierenden U-Boot gerammt worden war. Dabei wurden 160 Meter der Brücke aufgerissen und es dauerte Stunden, bis der Schaden repariert wurde.

Am Montag, den 11. März 1945, fuhren wir durch Anklam. Unser Treck befand sich auf der Peenebrücke, als Fliegeralarm kam. Es wurde ein Angriff auf Swinemünde geflogen.

Am Dienstag, den 19. März 1945, erreichten wir Ratzeburg. Dort bekamen wir ein Quartier zugewiesen, wo wir schlafen und essen konnten. Wir haben alle einen verdorbenen Magen gehabt. [...]

Als wir am Dienstag, den 26. März 1945, in Eltersdorf in der Gemeinde Borsfleth ankamen, mußten unsere erschöpften Pferde gleich wieder auf dem Feld arbeiten. In Eltersdorf wurden wir auf verschiedene Bauernhöfe verteilt. Unsere Familie wohnte mit vier Personen in der sogenannten Knechtekammer mit zwei Betten und ohne Heizung. Im Juni 1945 konnte ich auf dem Land anfangen zu arbeiten, weil die Ostarbeiter nicht mehr da waren. [...] Danach habe ich als Hauswirtschafterin in einem Schweinezuchtbetrieb in Wrist gearbeitet, dort hat es mir aber nicht gefallen, deswegen bin ich 1946 nach Wedel gekommen.«

Alfred Bouchain wurde am 11.09.1916 in Walterkemen in Ostpreußen an der Grenze von Litauen geboren. Er schildert die Flucht seiner Verwandtschaft:

»Wir wollten auf keinen Fall in die Hände der Russen geraten, die in Nemmersdorf die Bevölkerung auf grausamste Weise umgebracht haben. Man mußte sehen, daß man flüchtete, die NSDAP war nicht beliebt und sie befahl, daß man zu Hause bleiben sollte. [...]

Alle Menschen, die östlich von der Straße Insterburg-Tilsit wohnten, wurden im Oktober 1944 evakuiert. Meine engste Verwandtschaft, die westlich von der Straße wohnte und mit gepackten Wagen auf ihre Abfahrt wartete, konnte erst Anfang Januar 1945 flüchten. Nachher mußte meine Verwandtschaft Pferd und Wagen stehen lassen, um weiterzukommen, denn die Straßen waren voll von Wagen. Das kann man sich nicht vorstellen, wenn eine ganze Provinz flüchtet. Viele Flüchtlinge besaßen nur das, was sie auf dem Leib trugen.«

## Der Einmarsch der britischen Truppen

Ursula Krüger, die den Bombenangriff auf Hamburg am 27./28. Juli 1943 miterlebte, kam im Oktober 1943 nach Wedel. Im Juni 1944 zog sie in die Barackensiedlung am Steinberg, wo sie das Kriegsende erlebte:

»Es war am 4. Mai 1945 an einem Sonntag, die britischen Panzer fuhren durch den Steinberg. Erst dachten wir, die Panzer würden schießen, denn sie hatten ihre Rohre rausgefahren, die immer hin- und herschwenkten. Ich bin in die Baracke hineingelaufen und habe meine Mutter gefragt, ob wir jetzt keine Deutschen mehr seien. Daraufhin nahm sie mich in den Arm und versicherte mir, daß wir Deutsche bleiben würden.

Der Engländer war der »Tommy«. Der »Tommy« brachte uns Schokolade und Apfelsinen. Die Läden in der Riststraße in Wedel waren von »Tommies« belegt, die schmissen teilweise Eier aus den Geschäften auf die Straße. Wir hatten Hunger, und die Engländer schmissen mit Eiern.«

Heinz Brüdigam wurde am 31. Juli 1929 in Hamburg geboren. Er kam im Oktober oder November 1944 aus der Kinderlandverschickung zurück und erlebte den Tag in der Barackensiedlung Elbhöhe:

»Wir standen an dem Tag im Garten, mein Vater hatte Kartoffeln angepflanzt, als zwei Motorradfahrer in Uniform kamen und ihre Motorräder an unseren Zaun legten. Mein Vater sagte zu mir,

daß die englischen Soldaten ihre Motorräder vom Zaun wegnehmen sollten. Auf der Elbhöhe gingen die Engländer spazieren, die suchten Kontakt zu der Bevölkerung. Die anderen Kinder wußten, daß ich Englisch spreche, deswegen haben wir uns jeden Nachmittag mit einer Gruppe von englischen Soldaten getroffen und haben uns, manchmal bis spät in den Abend bis zum Ausgangsverbot, unterhalten.

Manchmal sind die Engländer mit ihren Maschinenpistolen abends an der Elbe auf Wildkaninchenjagd gegangen. Eines Abends saßen wir vor den Baracken am Elbweg, als ein Soldat mit einem toten Wildkaninchen ankam und es mir in die Hand drückte. Meine Mutter machte daraus Wildkaninchenbraten. Die Kinder hatten ein gutes Verhältnis zu den englischen Truppen, das änderte sich, als die Besatzungstruppen kamen. Ich habe das Kriegsende als Befreiung erlebt. Außerdem habe ich gehört, daß die Engländer vor dem Roland aus ihren Panzern rausgekrabbeln sind und an die Kinder Schokolade verteilt haben.«

Ursula Winterberg, die 1926 in Wedel geboren wurde, hat am 21. Mai 1945 folgende Sätze in ihr Tagebuch geschrieben:

»[...] Der Feind steht dicht vor Hamburg. Jetzt geht die Rennerei los, alle Lebensmittelkarten werden leergekauft. Es stehen lange Schlangen vor den Läden. Nachdem sich Hamburg ergeben hatte, ist es noch schlimmer geworden, jeden Moment muß man mit den »Tommies« rechnen. Am nächsten Nachmittag, am 4. Mai 1945, kamen die »Tommies«. Auf einmal fuhrn drei englische Panzer durch die Bismarckstraße (heutige Mozartstraße). Dann kam die Polizei und jagte alle von den Straßen, wir bekamen bis auf weiteres Ausgangsverbot. Das war eine schöne Bescherung. Wir hatten Glück, daß wir uns vorher noch Barackenholz abgebrochen hatten, sonst hätten wir auf unserem Herd nicht kochen können. Gas und Strom gab es nur zu bestimmten Zeiten. Am Abend gingen die Polizei und einige Leute vom öffentlichen Dienst von Haus zu Haus und sammelten Waffen ein. Am anderen Tag, am Nachmittag, durften wir wieder auf die Straße gehen. Die »Tommies« waren schon wieder abgezogen. Die Besatzungstruppen sollten in den nächsten Tagen kommen. [...]«

Ursula Winterberg kommentiert ihre Lebenserinnerungen aus heutiger Sicht: »Aus meiner Tagebuchaufzeichnung wird die nationalsozialistische Grunderziehung deutlich.«

## Leben in der Nachkriegszeit

Ursula Krüger schildert die knappe Versorgungslage und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Alltag:

»In den Jahren 1945 und 1946 haben wir im Sommer, als die Kornfelder gemäht wurden, in mühevoller Arbeit die liegengebliebenen Ähren von den Feldern gesammelt. Die Ähren wurden abends auf den Küchentisch gekippt, und die ganze Familie mußte die Körner mit den Fingern herausdrücken. Nachher taten die Fingerspitzen weh, und die Fingernägel waren dreckig. In der Kaffeemühle wurden die Körner gemahlen und mit Mehl zu einem Teig geknetet. Den Teig haben wir zum Bäcker Liebig gebracht, der das Brot im Ofen backte. Nachmittags durften wir uns das frische Brot abholen. Der Schrot, der in der Kaffeemühle zurückblieb, wurde zu Roggengrütze verarbeitet. Auf die Roggengrütze haben wir Saft gekippt, den man bei »Saftmeyer« am Roland kaufen konnte. Den Saft haben wir in Milchkanne abfüllen lassen.

Beim Schlachter »Struckmeier und Höpermann« in der Mühlenstraße und beim Schlachter »Hardorp« in der Rolandstraße gab es einmal die Woche Wurstbrühe und Grützwurst. Meine Mutter hatte sich von vier Uhr morgens bis halb sieben angestellt, dann mußte sie zur Arbeit gehen, danach habe ich bis halb acht angestanden, und dann löste meine Großmutter mich ab, weil ich die Schule besuchen mußte. Die Brühe und die Grützwurst wurden in Milchkanne oder in Koch-

geschirr gefüllt, weil beides sehr flüssig war. So hatten wir für ein paar Tage wieder etwas zu essen. Schwangere Frauen wurden in der Schlange vorgelassen, wobei einige Frauen eine Schwangerschaft vortäuschten, indem sie sich ein Kissen unter die Kleidung stopften.«

Durch die kalte Witterung 1946/47 wurde die Brennstoffknappheit besonders fühlbar. Ursula Krüger erzählt, wie in der Notzeit Bäume abgehackt wurden, um Brennmaterial zu bekommen:

»Wir konnten in der Baracke kaum heizen, weil wir keine Kohlen hatten, deswegen haben wir viele Bäume am Ihlensee abgeholzt. Nachts sind wir in einem kleinen Blockwagen losgefahren und haben mit einem Beil erst die Äste und dann die Bäume abgeschlagen. Der Ihlensee lag weit draußen in der Bündtwiete in einem Waldgebiet. Es gab pro Kopf einen halben Zentner Feuerung. Das bedeutete für einen längere Zeit Brikettvorrat. Im Winter war es in den Baracken jämmerlich kalt. Den Ofen haben wir nur beheizt, wenn wir Essen gekocht haben, ansonsten haben wir immer gefroren.«

## **Neubeginn in Wedel vom 20. Juni 1948 bis Sommer 1951**

Die Währungsreform wurde in den Westzonen (amerikanisches, englisches und französisches Besatzungsgebiet) am 20. Juni 1948 durchgeführt. Jeder Deutsche erhielt im Umtausch gegen die alte Reichsmark ein Kopfgeld von 40 DM und zwei Monate später noch eine Nachzahlung von 20 DM. Im Oktober 1948 wurde das »Festkontengesetz« verabschiedet, daß den Umtausch von altem Bankguthaben regelte; für 100 Reichsmark bekamen Altsparer 6,50 DM. Die Startchancen waren nicht für alle Deutschen gleich, sie bekamen zwar alle die gleiche Kopfquote ausbezahlt, aber die Besitzer von Grundstücken, Immobilien und Produktionsmitteln mußten keine Abwertung hinnehmen wie Sparer.

Ursula Krüger erinnert sich an die Veränderungen nach der Währungsreform:

»Nach der Währungsreform, von einem Tag auf den anderen, waren die Geschäfte voll, man kriegte alles gekauft. Das ist mir heute noch ein Rätsel. Die Güter mußten vorher angeliefert worden sein, davon haben wir nichts mitgekriegt. [...] Wir konnten alles kaufen, aber wir hatten kein Geld. Mit 40 DM Kopfgeld kam man nicht weit.«

Anneliese Ueberschär hat ähnliche Erinnerungen an die Zeit nach der Währungsreform:

»Die Schaufenster waren über Nacht voll mit Waren ausgestellt, es gab Kleidung und Essen zu kaufen. Die Menschen konnten einkaufen gehen, wenn sie Geld hatten, aber das hatte niemand. Ich weiß noch, daß ein Kopf Blumenkohl 2 DM kostete, das war verhältnismäßig teuer.«

Ursula Winterberg erinnert sich an die Preissteigerungen:

»Es ging endlich wieder aufwärts, man konnte fast alles kaufen, allmählich auch wieder ohne Marken. Ich erinnere mich noch an meine ersten Schuhe, die ich mir von meinem Lehrlingsgehalt in Rissen gekauft habe. Die Schuhe hatten 50 DM gekostet, das waren 20 DM mehr als mein Lohn. Die Preisverhältnisse paßten nicht zusammen. Lehrbücher kosteten fast 100 DM, das war unerschwinglich, die mußte man sich ausleihen. Nachdem die Gewerkschaften für eine Lohnausgleichszahlung plädiert hatten, bekamen wir zu dem Monatsgehalt eine Teuerungszulage. [...] Manchmal konnte ich nicht mit der Vorortbahn nach Hause fahren, weil ich kein Geld hatte, dann bin ich von Rissen nach Wedel zu Fuß gegangen.«

Heinz Brüdigam erzählt, daß viele Verlagsgesellschaften nach der Währungsreform vor dem wirtschaftlichen Ruin standen:

»Ich habe von 1947 bis 1949 in Wedel eine Ausbildung zum Verlagsbuchhändler im Alster-Verlag gemacht. Nach der Währungsreform verkaufte der Verlag keine Bücher mehr und machte nach meiner Prüfung dicht. Danach habe ich in einem kleinen Verlag in Blankenese als Gehilfe gearbeitet, dem ging es dann aber auch schlecht, so daß er mich nicht mehr bezahlen konnte.«

Der wirtschaftliche Wiederaufbau setzte mit der Gründung von Industrie- und Handelsbetrieben ein. Ursula Winterberg erzählt über ihre Arbeit in der Firma Wieschebrink, die 1949 gegründet wurde:

»Im Sommer 1951 habe ich in der Strumpffabrik »Wieschebrink« angefangen zu arbeiten. Eigentlich war ich schon zu alt. Wieschebrink wollte keine alten Frauen einstellen, er beschäftigte junge Mädchen zwischen 18 und 25 Jahren. Er stellte mich nur ein, weil ich mich in einer sozialen Notlage befand und noch nicht verheiratet war. Meine andere Schwester wurde entnazifiziert, und meine Schwester war arbeitslos. Es gab verschiedene Abteilungen, in denen die Strümpfe hergestellt, genäht, geformt und verpackt wurden.«

Viele Sudetendeutsche, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, fanden bei Wieschebrink einen Arbeitsplatz. Richard Wieschebrink suchte über das Landesarbeitsamt Kiel für das erste Halbjahr 1950 verschiedene sudetendeutsche Arbeitskräfte:

»20 Wirker, 12 Kettlerinnen (nur gelernte Fachkräfte), 10 Repassierinnen, 1 Anlernkraft für Legelei, 1 Fachkraft Formerei.«<sup>1</sup>

Hier wird eine Tendenz zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes deutlich, die auch durch die anwachsende Bautätigkeit in der Textilindustrie belebt wurde.

---

<sup>1</sup> Schreiben von Richard Wieschebrink an das Landesarbeitsamt Kiel vom 21.11.1949. Vergl. Akte 1529.3. Bauvorhaben Wieschebrink 1947-1962.

## Neuorientierung

Im Vordergrund stand bei den Flüchtlingen und Vertriebenen zuerst die Existenzsicherung, was eine Beschäftigung mit politischen Fragen erschwerte. Vereinigungen von Flüchtlingen waren auf Weisung der britischen Militärregierung nicht zugelassen und im April 1946 erließ die britische Militärregierung ein vorläufiges Verbot von allen Vertriebenenorganisationen, das im März 1948 aufgehoben wurde. Die bereits bestehenden regionalen Interessenvertretungen der Vertriebenen sammelten sich zunächst auf Kreisebene, dann auf Länderebene. Am 9. April 1949 schlossen sich die Landesverbände zum »Zentralverband der vertriebenen Deutschen« zusammen, der den Anspruch hatte, die wirtschafts- und sozialpolitische Interessenvertretung der Vertriebenen wahrzunehmen. Mit der Verabschiedung der sogenannten »Vertriebenengesetze«, die bis Mitte der 50er Jahre abgeschlossen war, hatte der Zentralverband den Höhepunkt seiner politischen Einflußmöglichkeiten erreicht.<sup>1</sup>

Der Landrat wies im September 1945 in einem Rundschreiben an alle Bürgermeister des Kreises ausdrücklich auf das Verbot von Flüchtlingsorganisationen hin:

»In letzter Zeit sind aus Flüchtlingskreisen des öfteren Anträge bei mir gestellt worden, die Genehmigung zur Bildung von Landsmannschaften und sonstigen Vereinigungen zur Vertretung der Interessen der Flüchtlinge zu erteilen.

Darauf muß ich den Antragstellern auf Weisung der britischen Militärregierung für die Provinz Schleswig-Holstein erwidern, daß derartige Vereinigungen von Flüchtlingen nicht zugelassen sind. Ich bitte daher, ähnlichen Bestrebungen in Ihrem Kreise entgegenzuwirken.«<sup>2</sup>

Nach der Aufhebung des Verbotes der Gründung von Flüchtlingsorganisationen 1948 wurden in Wedel kulturelle Veranstaltungen von einzelnen Landsmannschaften organisiert, wie z.B. ein Ostpreußischer Heimatabend.<sup>3</sup> Im gleichen Jahr entstand die »Aufbaugemeinschaft der Kriegsgeschädigten« e.V. mit ca. 100 Mitgliedern. Die Aufbaugemeinschaft wurde im Februar 1949 umbenannt in »Bund der vertriebenen Deutschen - Ortsverband Wedel« (erster Vorsitzender war bis 1972 Bruno Voigt, Wedel). Die Mitgliederzahl steigerte sich bis zum Jahr 1954 auf 800 Personen.<sup>4</sup> 1950 wurde der »Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten« (BHE), Ortsverband Wedel, gegründet.<sup>5</sup>

Schon vor der Genehmigung der britischen Militärregierung zur Gründung von überregionalen Parteien, wurden Anstrengungen unternommen, um ehemalige Parteimitglieder zu sammeln und neue zu werben, denn die Genehmigung zur Neubildung der Parteien lag auf Gemeindeebene seit Spätsommer 1945 vor. Im Kreis Pinneberg kam es zu einer schnellen Reorganisation von SPD und KPD, außerdem entstanden die CDU, die sich zunächst »Christlich-Demokratische und Deutsche Volkspartei« nannte, und die F.D.P..<sup>6</sup>

Die Vorbereitungen und Beratungen zur Ernennung eines Kreistages begannen etwa im August/September 1945 und führten zu dem Ergebnis, daß der von der britischen Militärregierung eingesetzte Landrat Dr. Herman Wupperman am 30. Dezember 1945 die Anordnung zum Aufbau einer neuen Kreisverwaltung erhielt.<sup>7</sup>

Im Rahmen des Potsdamer Abkommens zur Dezentralisierung der deutschen Verwaltung und Bildung der örtlichen Selbstverwaltungen übertrug die britische Militärregierung die Grundsätze ihres politischen Systems, insbesondere die Trennung von Politik und Verwaltung, auf die Verhältnisse in Schleswig-Holstein. Am 11. Januar 1946 trat der Kreistag mit 58 Kreisratsherren und dem Landrat als Vorsitzendem zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zu diesem Anlaß erläuterte der Gouverneur der Militärregierung 530, Wing Commander Byars, in seiner Rede an die Mitglieder dieser Kreisvertretung, die auf Vorschlag der Gemeinden und Parteien von der Militärregierung eingesetzt wurden, den Aufbau der neuen Landesregierung:

1 Frantziach, Marion: Die Vertriebenen. Hemmnisse und Wege ihrer Integration. In: Schriften zur Kultursociologie Bd. 9. Hg. von Justin Stagl, Berlin 1987, S. 145.

2 Rundschreiben des Landrates vom 07.09.1945. Vgl. Akte 710.8.

3 Protokolle des Flüchtlingsausschusses vom 21.06. und vom 24.07.1948.

4 Vereinigte Landsmannschaften Kreisverband Pinneberg e.V.: 40 Jahre Bund der vertriebenen Deutschen. Uetersen 1989, S. 30. Schriftwechsel der Flüchtlingsbeauftragten 1949. Vgl. Akte 864.5.

5 BHE Ortsverband Wedel. Vgl. Akte 1575.3.

6 Damm, Walter: Arbeiter, Landrat und Flüchtlingsminister in Schleswig-Holstein. Bonn 1978, S. 36. und Will, Frank (1993), S. 249.

7 Damm, Walter (1978), S. 38f.

»In der Politik der Militärregierung ist das Hauptprinzip, die Politik von dem öffentlichen Dienst völlig zu trennen. Sie, die Sie Ratsherren sind, werden die Politik für die Verwaltung des Kreises abfassen und die Verwaltung, geleitet von den bezahlten Beamten, wird Ihre Politik ausführen. Wir wollen eine wahre Demokratie. Deshalb wollen und werden die bezahlten Beamten nicht länger mehr die Herren des Volkes, sondern Ihre Diener sein.[...] Dieses ist ein historischer Tag in der Geschichte des Landkreises Pinneberg. Lassen Sie uns hoffen, daß dieser Tag als ein Tag erinnert wird, an dem der Grundstein wahrer demokratischer Selbst-Regierung im Kreis Pinneberg gelegt wurde.«<sup>8</sup>

Der erste Landtag, dessen 60 Mitglieder von der Militärregierung eingesetzt wurden, wurde am 7. Februar 1946 ernannt. Der Landtag verabschiedete am 12. Juni des gleichen Jahres die demokratisch-parlamentarische »vorläufige Verfassung des Landes Schleswig-Holstein«.

Am 15. September 1946 fanden die ersten freien Gemeindewahlen statt und am 13. Oktober die Wahlen der Kreistage und der Parlamente der kreisfreien Städte. Gemäß der Wahlergebnisse, bei denen sich CDU und SPD etwa gleich stark erwiesen, wurde ein zweiter Landtag ernannt, und Ministerpräsident Steltzer bildete sein Kabinett zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der CDU und SPD.

Am 20. April 1947 durfte die Bevölkerung ihren Landtag zum ersten Mal selbst wählen, nach einem von der Militärregierung bestimmten, überwiegend dem Mehrheitswahlsystem folgenden Verfahren, das die großen Parteien bevorzugte. Von den 70 Abgeordneten gehörten 43 der SPD und 21 der CDU an.<sup>9</sup>

Die von der britischen Militärregierung eingeführte Trennung von Politik und Verwaltung wurde schon ab Mai 1950, mit der Ernennung eines hauptamtlichen Landrates und der Abschaffung des Postens Kreisdirektor, nicht mehr durchgehend praktiziert.

## Wirtschaftlicher Wiederaufbau

1948 wurde auf Kreisebene die »Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft des Kreises Pinneberg mbH« gegründet. Sie begann mit der Erschließung von Industrie- und Gewerbegrundstücken, deren Akquisition und mit Werbemaßnahmen für das gesamte Kreisgebiet.

Von 1945 bis 1960 konnten insgesamt 178 neue Industriebetriebe angesiedelt werden. Insgesamt wurden 8.200 Arbeitsplätze neu geschaffen. Das Gewerbesteueraufkommen im Kreis stieg von 3,2 Mio. DM 1949 auf 23 Mio. DM im Jahre 1960.<sup>10</sup> Ebenfalls 1948 wurde das Amt für Wirtschaftsförderung im Kreis Pinneberg eingerichtet. Dieses Amt sollte beratend und fördernd beim Auf- und Ausbau von Betrieben tätig werden und in werbender Form neue Betriebe in Zusammenarbeit mit den kommunalen Körperschaften einsetzen. Die Maßnahmen führten vorrangig in den Kreisgebieten zum Erfolg, die industrielle Voraussetzungen und gute Verkehrsverbindungen zur Großstadt Hamburg für den Absatz von Produkten und die Beschaffung von Rohstoffen hatten. Deshalb wurde der Grundsatz entwickelt: Erst Verkehrserschließung, dann Wirtschaftsförderung.<sup>11</sup>

Bereits 1946/47 siedelten sich auch einige Industriegebiete neu in Wedel an, so »Aromax« in der Hafestraße (Nahrungsmittel-Fertigprodukte) - in ihrem Gebäude arbeitete später die AEG - oder die Firma »Wieschebrink« (Belami-Feinstrümpfe). Der kleine »Alster-Verlag«, der schon in den 30er Jahren publiziert hatte, konnte seine Arbeit ab 1946 fortsetzen.

Das »Amt für Stadtinnere Angelegenheiten« in Wedel gab Anfang 1948 die Zahl von 218 erteilten Genehmigungen für Handwerks- und Handelsbetriebe bekannt.<sup>12</sup>

Im April desselben Jahres lagen folgende Zahlen vor:

1) Industriebetriebe:

Optische Werke von I.D.Möller

Deutsche Vacuum Oel A.G.

Deutsch-Amerikanische Petroleum Gesellschaft

»Aromax« Nahrungsmittel-Fabrik

<sup>8</sup> May, Klaus: *Wing Commander A.J. Byars und der Kreistag 1946*. In: *Jahrbuch des Kreises Pinneberg 1995*, S. 83ff.

<sup>9</sup> Scharif, Alexander: *Geschichte Schleswig-Holsteins*. Freiburg/Würzburg 1984, S. 101f.

<sup>10</sup> Meyer Heinz: *Die wirtschaftliche Entwicklung im Kreise Pinneberg seit dem Zweiten Weltkrieg*. In: *Jahrbuch des Kreises Pinneberg 1982/83*, S. 143ff.

<sup>11</sup> Chill, Hugo: *Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet 1947-1967*. In: *Jahrbuch des Kreises Pinneberg 1968*, S. 157f.

<sup>12</sup> Bericht des Amtes für Stadtinnere Angelegenheiten, Abtlg. Handwerk und Gewerbe vom 27.01.1948. Vgl. Akte 222.3

- 
- 2) 249 Handwerksbetriebe
  - 3) 151 Groß- und Einzelhändler
  - 4) 92 einheimische- und 123 Flüchtlingsbetriebe<sup>13</sup>

Bereits vor der Währungsreform wurde befürchtet, daß die erwartete Geldverknappung zu größerer Arbeitslosigkeit führen würde. Für Wedel bestand diese Gefahr jedoch weniger, da die o.g. größeren Industriebetriebe und Firmen »krisen- und kreditfähig« blieben.<sup>14</sup> Eine Tendenz zur Festigung des Arbeitsmarktes ergab sich weiterhin durch die Ansiedlung großer Firmen, wie »KUBAH« (Möbelfabrik) und »Possehl« (Elektrotechnik) Anfang der 50er Jahre, und durch die allgemeine Belebung der Bautätigkeit.

### Quellen

- Protokolle des Flüchtlingsausschusses  
222.3 Rechenschaftsberichte des Bürgermeisters 1947-1955  
710.8 Umquartierungen 1943-1948  
864.5 Schriftwechsel der Flüchtlingsbeauftragten 1949  
1575.3 Vereine und Versammlungen 1933, 1939-1963

---

<sup>13</sup> Bericht der Gemeindeverwaltung vom 28.04.1948. Vgl. Akte 710.8.

<sup>14</sup> Arbeitsmarktlagebericht vom 14.07.1950. Vgl. Akte 222.3.

## Zeitleiste

---

<b>1943</b>	3. März	Ein Bombenabwurf beschädigt 70 % der vorhandenen Gebäude Wedels und tötet 37 Menschen. Die ersten Baracken werden errichtet
	21. März	Georg Jessen wird kommissarischer Bürgermeister in Wedel
	Frühjahr	Beginn des Bauprojektes der verbunkerten U-Boot-Werft in Wedel
	27./28. Juli	Bombardierung Hamburgs

---

<b>1944</b>	6. Aug.	Bombenabwurf auf die Ölfabrik Wedel
	Sept. - Nov.	KZ-Nebenlager Neuengamme in Wedel

---

<b>1945</b>	April	Tieffliegerangriffe auf Wedel und Beschuß des Elbhochufers von der südlichen Elbseite aus
	25. April	Zusammentreffen der Amerikaner und der Russen bei Torgau
	3. Mai	Hamburg wird zur freien Stadt erklärt
	3. Mai	Britischer Luftangriff und Versenkung der Cap Arcona und der Thielbek in der Neustädter Bucht
	4. Mai	Teilkapitulation im Nordraum
	4. Mai	Die 4. Panzerbrigade »Black rats« der Britischen Armee erreicht Wedel
	8. Mai	Gesamtkapitulation
	Mai 1945	Beschlagnahmung von Wohnraum durch das britische Militär
	Juni	Gründungsaufrufe der politischen Parteien in Deutschland
	1. Juli	Wiederaufnahme des Postverkehrs in der britischen Besatzungszone
	16. Nov.	Hermann Oppermann wird zum Leiter des Wohnungsamtes Wedel bestellt
	22. Nov.	Erste von der britischen Militärregierung ernannte Stadtvertretung Wedels tagt (zunächst nichtöffentlich)

---

<b>1946</b>	15. Jan.	Der Wedeler Bürgermeister Georg Jessen wird nach der neuen Ortssatzung Stadtdirektor
	17. Jan.	Andreas Huck wird Bürgermeister in Wedel
	April	Verbot von Vertriebenenorganisationen in der britischen Besatzungszone
	14. Juni	Erste Sitzung des Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschusses der Stadt Wedel
	27. Juni	Heinrich Schacht (SPD) wird Bürgermeister in Wedel
	17. Nov.	Bildung des Landes Schleswig-Holstein

---

---

<b>1947</b>	28. März	Heinrich Gau wird Stadtdirektor in Wedel
	31. März	Wedels Stadtdirektor Georg Jessen scheidet aus
	18. April	Versuch der Sprengung von Helgoland
	20. April	Landtagswahl in Schleswig-Holstein
	27. April	Eröffnung der Wedeler Volkshochschule auf Veranlassung der britischen Militärregierung
	1. Okt.	Gründung des 5-Städte-Vereines durch die Städte Barmstedt, Elmshorn, Pinneberg, Uetersen und Wedel
	15. Nov.	Auflösung der Wedeler Hilfsgemeinschaft e. V.

---

<b>1948</b>	23. Febr.	Erste Flüchtlingsversammlung in Wedel
	01. März	Erste Sitzung des Wedeler Flüchtlingsausschusses
	März	Verbot der Vertriebenenorganisationen in der britischen Besatzungszone aufgehoben
	21. Juni bis 26. Juni	Durchführung der Währungsreform in Westdeutschland
	24. Okt.	Wahl der Stadtvertretung, Zusammensetzung der Vertreter: 11 SPD, 7 F.D.P., 2 CDU

---

<b>1949</b>	8. März	Robert Fohl wird nebenamtlicher Flüchtlingsbeauftragter Wedels
	18. April	Bundestagswahlen
	23. Mai	Gründung der Bundesrepublik Deutschland
	April	Erster Ochsenmarkt Wedels nach dem Krieg
	August	Das Wedeler DP-Lager wird geräumt
	31. Dez.	Verabschiedung der Landessatzung Schleswig-Holstein

---

<b>1950</b>	24. Januar	Erlaß einer neuen Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein. Nach dieser neuen Regelung wählt die Wedeler Stadtvertretung am 27.04.1950 als ersten Bürgervorsteher Fritz Lescheck (SPD)
	18. März	Grundsteinlegung Theodor-Storm-Schule
	12. Juni	Heinrich Gau wird zum Bürgermeister Wedels gewählt
	5. August	Charta der deutschen Heimat-Vertriebenen wird in Stuttgart verfasst

---

## Auszüge aus den Verwaltungsberichten der Stadt Wedel 1945-1947

### Dezember 1945

#### Allgemeines

Begreiflicherweise ist die allgemeine Stimmung der Bevölkerung in Folge des Zusammenbruches gedrückt, da man sich allgemein viel sorgende Gedanken um die Zukunft macht. Leider muß ich feststellen, daß die Moral sich sehr lockert. Das zeigt sich im Verhalten der Frauen und der ständig zunehmenden Diebstähle und anderer Delikte, auf die ich unten noch näher eingehe.

#### Flüchtlinge

Die Wohnverhältnisse sind bei der Zahl der hier untergebrachten Flüchtlinge mehr als schwierig. Viel mehr Flüchtlinge können nach meinem pflichtgemäßen Ermessen einfach hier nicht mehr - auch noch so dürftig - untergebracht werden. Es fehlt hier nicht so sehr an Raum als mehr noch an jeglicher Möglichkeit, den noch vorhandenen Raum mit Becken, Decken, Öfen usw. auszustatten. Die dichtgedrängte Unterbringung der Menschen birgt fraglos große gesundheitliche Gefahren in sich. Es sind schon eine Anzahl Typhusfälle und andere ansteckende Krankheiten vorgekommen. Um diesen Gefahren zu begegnen, ist gegenwärtig die Einrichtung einer großen Seuchenbaracke in die Wege geleitet. Auch diese Einrichtung stößt nahezu auf unüberwindliche Schwierigkeiten.

#### Versorgungslage

Die Versorgungslage ist gegenwärtig noch erträglich. Schlecht ist die Versorgung mit Kartoffeln und Gemüse. Die Brotversorgung ist jedoch bis Anfang Februar einigermaßen gesichert[...]

#### Kriminalität

Die Kriminalität nimmt in erschreckendem Umfange zu. Die Diebstähle an Vieh, Lebensmitteln und Fahrrädern sowie allen möglichen anderen Dingen hat eine bisher nicht gekannte Höhe erreicht. Diesen Dingen entgegen zu treten ist der Polizei außerordentlich schwer. Es zeigt sich in steigendem Maße, daß es notwendig ist, der Deutschen Polizei wieder Waffen in die Hand zu geben.[...]

### Januar 1946

[...] Nach wie vor werden immer wieder die mit dem Flüchtlingsproblem zusammenhängenden Fragen erörtert. Ich habe zur Zeit eine erneute Aufnahme des noch verfügbaren Wohnraumes veranlaßt. Die Aufnahme ist noch nicht restlos abgeschlossen. Soweit dieses der Fall ist, werde ich in der Lage sein, dem Kreiswohnungsamt präzise Angaben zu machen, wieviel Menschen, auch bei Anlegung des strengsten Maßstabes, noch unterzubringen überhaupt möglich ist. Ich fürchte nicht ohne Grund, daß mir bisher genannte Zahlen der noch zu erwartenden Flüchtlinge nicht annähernd erfüllt werden.

Um die Not unter den Flüchtlingen und der Bevölkerung überhaupt zu steuern, war ein Wohlfahrtsausschuß ins Leben gerufen worden, dessen Aufgabengebiet sich aber inzwischen so gesteigert hat, daß die ganze Tätigkeit auf eine breitere Grundlage gestellt werden mußte. Wir haben deswegen für Wedel einen Wohlfahrtsverein gegründet, der die ganzen Aufgaben der privaten Wohlfahrtspflege übernimmt[...]

Die kalte Witterung im Januar macht das Fehlen auch nur der bescheidensten Feuerung besonders fühlbar. Das Heranbringen des im Kreis Steinburg von der Stadt geschlagenen Holzes war wegen Vereisung der Flüsse nicht möglich. Es sind deswegen ernste Notstände entstanden, die zu beheben nicht immer möglich waren. Aus dem gleichen Grund hat die Bevölkerung die Schwierigkeiten in der Ernährung im Januar noch mehr gefühlt als vorher. Die Sorge darum für die nächsten Monate ist naturgemäß sehr groß[...]

---

## Februar 1946

Auch im Februar hat sich wesentliches in Wedel nicht ereignet. Es wird immer deutlicher, daß sich die Bevölkerung nur wenig für die Bildung der politischen Parteien interessiert, wie überhaupt für das sich regende demokratische Leben. Das Denken der Menschen, ganz besonders auch der vielen Flüchtlinge, kreist fraglos um die immer brennender werdende Sorge, wie mache ich mich und meine Familie satt, und wie komme ich zu einem warmen Raum. So manch einer, der bisher an Eigentumsvergehen nicht gedacht hat, läßt sich in der vielleicht begreiflichen Sorge um seine Kinder zu kleinen oder größeren Diebstählen hinreißen. Außerordentliche Schwierigkeiten bereitet auch die Kleiderfrage und hier fast noch mehr den inzwischen entlassenen Soldaten als den Flüchtlingen [...]

## März 1946

Im vergangenen Monat ist die allgemeine Stimmung und Moral infolge der empfindlichen Kürzung der Lebensmittelrationen weiter erheblich gesunken. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Leute, die bei den jetzigen Rationen Ihre Kinder nicht mehr auch nur einigermaßen satt machen können und selbst nicht in der Lage sind, ihre Arbeit ordnungsgemäß zu verrichten, sich zu schweren Eigentumsvergehen und Plünderungen hinreißen lassen. Jedenfalls häufen sich schon jetzt die Einbruchdiebstähle in erschreckendem Maße. Bevölkerung und Polizei sind hier, schon weil sie keine Waffen haben, wehrlos. Um hier etwas abzuwehren, hat die Stadtvertretung mich beauftragt, die Genehmigung der zuständigen deutschen und britischen Stellen zur Aufstellung einer Stadtwacht herbeizuführen. Ich werde hierüber besonders berichten.

Neben diesen Ernährungsschwierigkeiten hält das Flüchtlingselement an, wenn auch im Monat März ganze Flüchtlingstransporte nicht hierher gekommen sind.

Eine nennenswerte Arbeitslosigkeit besteht nicht. Dem Arbeitsamt wird es in vielen Fällen sogar schwer, die angeforderten Arbeitskräfte zu stellen. Zweifellos gibt es aller Kontrollen des Arbeitsamtes nicht ganz wenig Menschen, die sich vor der Arbeit drücken und ohne Lebensmittelkarten vom schwarzen Markt existieren[...]

Über politische Strömungen ist nichts besonderes zu erwähnen. An Parteien haben sich hier bisher lediglich abschließend die KPD und die SPD gebildet.

## November 1946

### Fürsorge und Flüchtlingswesen

Die Betreuung der Fürsorgeempfänger und Flüchtlinge erfolgt durch den Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß. Die 7 Mitglieder des Ausschusses sind gleichzeitig Pfleger in einem der 7 Bezirke, in die die Stadt von einem Ausschuß zur Erleichterung der Arbeit eingeteilt wurde. Diesen Pflegern stehen insgesamt 58 Helfer zur Seite, die die Betreuungsarbeit in den Unterbezirken leisten. Durch den großen Zustrom von Flüchtlingen hat die Fürsorgearbeit einen erheblichen Umfang angenommen. Es werden vom Fürsorgeamt jetzt folgende Fälle betreut:

a) Allgemeine Fürsorge	21	Parteien mit 54 Personen
b) Sozialrentner	22	Parteien mit 37 Personen
c) Kleinrentner	4	Parteien mit 6 Personen
d) Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene	35	Parteien mit 70 Personen
e) Einsatz Familienunterhalt	73	Parteien mit 208 Personen
f) Räumungsfamilienunterhalt	439	Parteien mit 1.035 Personen

macht insgesamt 593 Parteien mit 1.410 Personen, das sind 10 % der Bevölkerung.

**Gesundheitswesen**

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist im Verhältnis zur allgemeinen Lage noch als zufriedenstellend zu bezeichnen. Es macht sich aber ein Unterschied zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen insofern bemerkbar, als die Flüchtlinge durchweg in einer schlechteren gesundheitlichen Verfassung sind[...] Die ärztliche Versorgung der Bevölkerung ist in Folge des Mangels an Arzneimitteln usw. sehr schwierig[...]

**Wohnungsamt**

Wedel hatte im Jahr 1939 rund 8.500 Einwohner, dagegen jetzt rund 15.000. Dazu waren, wie schon vorher erwähnt, etwa 70 % der Wohnungen zerstört. Damit ergibt sich eine Wohnungslage, die zu meistern kaum möglich ist. Zur Zeit sind 212 Familien in völlig unzulänglichen Wohnungsverhältnissen, so daß sie unbedingt anderweitig untergebracht werden müssen. Für die Wohnraumverteilung ist von der Kreisverwaltung ein Maßstab von 4,9 m<sup>2</sup> Wohnraum für eine Person ermittelt worden. Diese Maßnahme ist in der Praxis kaum durchführbar.

**Ernährungsamt**

Auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung ergab sich bereits während des Krieges eine schwierige Lage. Die Ernährungskalorienzahl sank bis auf 1.050 Kalorien in der 91. Periode. Seitdem ist wieder eine leichte Erhöhung auf jetzt 1.500 Kalorien eingetreten. Trotzdem sind die Zuteilungen noch als völlig unzureichend zu bezeichnen. Bislang ist es in unserem Bezirk im Gegensatz zu anderen Bezirken gelungen, die Versorgung der Bevölkerung auf dem laufenden zu halten. Die Beschaffung einiger Lebensmittel, z. B. Kartoffeln, bereitet aber große Schwierigkeiten. Nach neuesten Meldungen ist mit einer weiteren Verschärfung der Versorgungslage zu rechnen[...]

**Bezugsscheinamt**

Die Verteilung von Bezugsscheinen an die Bevölkerung gestaltet sich als sehr schwierig... Zur Hausbrandversorgung ist zu sagen, daß Kohle und Brikett wahrscheinlich nur in ganz geringen Mengen zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt war bemüht, Brenntorf zu beschaffen. Hierbei ergaben sich große Schwierigkeiten, so daß die Torfwerbung sich ungünstig gestaltete. Eine Brennholzaktion wird etwa die gleiche Holzmenge wie im Vorjahr ergeben.

**Januar 1947**

Begreiflicherweise ist die allgemeine Stimmung der Bevölkerung in Folge der Kohlen- und Ernährungskrise gedrückt, da man sich allgemein viel sorgende Gedanken um die Zukunft macht. In diesem Zusammenhang muß leider hervorgehoben werden, daß die Moral sich außerordentlich gelockert hat. Das zeigt sich insbesondere durch die ständig zunehmenden Diebstähle und sonstigen Delikte sowie durch Ansteigen von Schwarzmarktgeschäften[...]

**Flüchtlingsproblem**

Der materielle Notstand, in dem sich Deutschland durch den verlorenen Krieg und angesichts der Aufgaben befindet, 14 Mio. Flüchtlinge aufnehmen zu müssen, kennzeichnet auch die Schwierigkeiten, die die kleine Rolandstadt Wedel durchzukämpfen hat. Ich schicke hierbei voraus, daß Wedel 1943 zu 70 % zerstört wurde. Unter großen Schwierigkeiten konnte ein Teil der minder zerstörten Häuser wieder hergerichtet werden. Es verbleibt jedoch immer noch 30 % vollständig zerstörter Häuser, die bis zum heutigen Tage nicht wieder aufgebaut werden konnten. Schon 1943 wurden behelfsmäßige Unterkünfte (Baracken) errichtet, um die Zahl der Obdachlosen behelfsmäßig unterbringen zu können. Die behelfsmäßige Bauweise dieser Baracken entspricht aber nicht winterfesten Wohnungen, so daß hier nur mit großen Schwierigkeiten Menschen gut untergebracht werden können. Hierdurch ergibt sich ein größeres Wohnungsdefizit wie bei anderen Städten Schleswig-Holsteins, an denen der

---

Krieg so vorübergegangen ist. Im Januar 1945 erfolgt die Rückflutung zahlreicher Flüchtlinge aus dem Osten, welche da noch zusätzlich untergebracht werden mußten. Hierdurch war die Stadtverwaltung gezwungen, die Behelfsunterkünfte (383) und von der Baupolizei als unbewohnbar erklärten Wohnungen für die Unterbringung der Flüchtlinge einzusetzen. Diese Baracken befinden sich leider in einem sehr schlechten Zustand, so daß nur mit erheblichen Mengen an Baustoffen der Verfall aufgehalten werden kann. Zur Zeit befinden sich ca. 5.500 Flüchtlinge und Evakuierte in Wedel. Wenn man eine berufliche Gliederung der Flüchtlinge vorstellt, so ergibt sich folgendes Bild: Der sehr starke Anteil von Frauen, Kindern und Greisen, d. h. also der bemerkenswerte Ausfall von arbeitsfähigen Männern belastet die Finanzen der Gemeinde erheblich. Die Eingliederung der Flüchtlinge, die zum Teil aus der Landwirtschaft stammen, ist meines Ermessens nur im Rahmen der Planwirtschaft möglich, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Der Rest der Flüchtlinge rekrutiert sich aus den Kreisen der Städte und Kleinstädte, hat somit einen ausgesprochen städtischen und gewerblichen Charakter. Einen Ausweg für diese kommt in erster Linie durch die Wiederbelebung der Industrie, die ohne Hilfe der Besatzungsmächte nicht möglich ist. Durch die gedrängte Unterbringung der Menschen werden fraglos Gesundheitsschäden um sich greifen. Wie aus dem Bericht des städtischen Krankenhauses ersichtlich wird, wurden im Jahre 1946 insgesamt 2.836 Kranke aufgenommen. Die durchschnittliche Belegungsziffer des Krankenhauses betrug 250 gegenüber 80 im Jahre 1939. Unter der großen Zahl der an inneren und äußeren Leiden erkrankten interessieren insbesondere die Infektionskranken. Eingeliefert wurden 389, wovon 162 Diphtheriefälle (4 Todesfälle), 54 Typhus- und Paratyphusfälle (1 Todesfall), 50 Tuberkulosefälle (10 Todesfälle), 124 Fälle von anderen Infektionskrankheiten, davon 30 Todesfälle. An Hungerödemkranken wurden 23 behandelt. Seit Einbruch der Kälteperiode nimmt, wie zu erwarten war, die Zahl der Erkältungsinfekte vornehmlich unter alten Leuten zu. Augenblicklich hat unter den Kindern eine Epidemie von Keuchhusten und Mumps Platz gegriffen. Der weitaus größere Teil der Einlieferungen kommt aus den Kreisen der Flüchtlinge, die in Folge der schlechten Unterbringung und der Kohlenknappheit für Krankheiten anfälliger werden. Tatkräftige Hilfe kann den Flüchtlingen nur dadurch gebracht werden, wenn winterfeste Wohnungen für die Flüchtlinge bereitgestellt werden. Im allgemeinen hat der größere Teil der hier untergebrachten Flüchtlinge eine Arbeit bzw. Verdienstmöglichkeit gefunden, doch hat sich die Mehrzahl in die Verhältnisse noch nicht eingelebt. Dieses ist in der Hauptsache auf die primitiven Unterbringungsmöglichkeiten zurückzuführen, die wohl erst dann sich bessern werden, wenn eine großzügige Bautätigkeit einsetzt. Solange betrachten die Flüchtlinge ihre Lage als Übergangslösung und hoffen, insbesondere die Ostflüchtlinge, auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Die Stadtverwaltung und auch die Wedeler Hilfsgemeinschaft sind während der letzten Zeit stets bemüht gewesen, das Los der Flüchtlinge und Evakuierten zu lindern[...]

### **Versorgungslage**

Die kalte Witterung im Januar machte das Fehlen auch nur der bescheidensten Feuerung besonders fühlbar. Hinzu kam, daß das Heranbringen des im Kreis Steinburg geschlagenen Holzes wegen Vereisung der Flüsse nicht möglich war. Hierdurch sind ernste Notstände entstanden, die zu beheben die Verwaltung vor fast unüberwindliche Schwierigkeiten stellte. Die gesamte Wirtschaft, einschließlich Ernährungswirtschaft, in der abgelaufenen Zeit wird außerordentlich beeindruckt durch die anhaltenden Schwierigkeiten in der Kohlenfrage. Die überörtlich angeordneten Einschränkungsbestimmungen von Strom und Gas haben ein übriges dazugetan, die trostlose Lage noch undurchsichtiger zu machen. Ganz besonders empfindet die Bevölkerung die ihrer Ansicht nach unzweckmäßig festgesetzten Stromsperrzeiten, die hier in Wedel von 11.00 bis 17.00 Uhr und von 19.30 bis 22.00 Uhr liegen. Es ist doch der arbeitenden Bevölkerung hierdurch eine Unmöglichkeit, sich über das Geschehen in der Welt zu orientieren. Die Nachrichten liegen in diesen Sperrzeiten. Alle Bemühungen der Stadtverwaltung, eine Änderung herbeizuführen, scheiterten.

Bedauerlich hatte diese anhaltende Kälte nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet Schäden ange richtet, sondern auch sind ihr Menschenleben zum Opfer gefallen. In das städtische Krankenhaus wurden mehrere vollständig ausgekühlte Personen eingeliefert, von denen bei einer Erfrierungser-

scheinungen 2. Grades festgestellt werden konnten. Ein kleines Kind, das eingeliefert wurde, konnte nicht mehr gerettet werden. Es war bereits so ausgekühlt, daß jede ärztliche Hilfe vergeblich war. Für die Bevölkerung konnte im Kohlenwirtschaftsjahr 46/47 bis jetzt 55.000 Zentner Holz, 5.700 Zentner Torf und 6.300 Zentner Brikett ausgegeben werden. Das entspricht bei einer Bevölkerungsziffer von rund 14.500 Einwohnern rund 5 Zentner Holz, 1/3 Zentner Torf, rund 2/5 Zentner Brikett pro Person. Diese schlechte Belieferung hat dazu geführt, daß ein großer Teil der Bevölkerung daran geht, die noch spärlich in der Gemarkung Wedel stehenden Bäume wild abzuschlagen. Auch vergreifen sich hier viele an den einlaufenden Güterzügen, so daß sehr oft die einlaufenden Waggons um 50 % geplündert auf dem Güterbahnhof in Wedel einlaufen. Meines Ermessens ist es trotz dieser Diebstähle bisher noch nicht zu Ausschreitungen gekommen, weil sich ein großer Teil der in der Industrie arbeitenden Bevölkerung von dort lagernden Brennstoffen täglich mit nach Hause nimmt. Die Schwierigkeiten, die die Verwaltung zu überbrücken hat, sind nicht in Worten zu schildern. Am meisten durch die Kälte leiden die nur spärlich bekleideten Flüchtlinge. Die Verwaltung tut alles, um auch brennstoffmäßig einen Ausgleich zu schaffen.

Auch die im vergangenen Monat angezeigte Erhöhung der Fett- und Fleischration hatte erstmals die allgemeine Stimmung merklich beeinflußt. Wie dann aber festgestellt wurde, daß die Fettportionen der Kinder eine merkliche Kürzung erfuhren und das die aufgerufenen Fleischportionen beim Schlachter nicht immer erhältlich waren, ist die Stimmung und auch die Moral wieder erheblich gesunken. Auch halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß die Leute, die bei den jetzigen Rationen ihre Kinder nicht mehr auch einigermaßen satt machen können und selbst nicht in der Lage sind, aus Schwäche ihre Arbeit ordnungsgemäß zu verrichten, sich zu Eigentumsvergehen und Plünderungen hinreißen lassen. In dem weiter unten angeführten Kriminalbericht sind Plünderungen von Lebensmittelgeschäften zu verzeichnen gewesen. Zu der Ernährungslage wäre noch zu erwähnen, daß die Belieferung der aufgerufenen Nahrungsmittel immer noch erhebliche Schwierigkeiten verursacht. Es gibt Haushalte, die noch nicht ihre Nahrungsmittel der 3. letzten Periode erhalten haben. Die Brotversorgung in Wedel ist gegenwärtig noch erträglich. Nur am Anfang der Wochen treten dadurch Schwierigkeiten auf, weil in der nah gelegenen Großstadt Hamburg nicht genügend Brot vorhanden ist und ein Teil der Grenzbevölkerung aus Hamburg ihre Einkäufe in Wedel tätigt.

### **Baulage**

Die Lage auf dem baulichen Gebiet in Folge der schweren Kriegsschäden und durch die verunglückten Planungen eines Marinebauvorhabens ist sehr schwierig. Die baulichen Anlagen sowohl der öffentlichen Hand als auch des Privatbesitzes befinden sich durchweg in einem Zustand des Verfalls. Wiederaufbauarbeiten, Instandsetzungen waren in Folge der schlechten Baustofflage nahezu unmöglich. In Folge dieser angespannten Baustofflage werden zur Zeit monatlich durchschnittlich 1 - 2 Wohnungen hergestellt werden. Die Neubautätigkeit ruht noch völlig. Man kann sich hierbei ausrechnen, wenn die 250 total vernichteten bzw. schwer beschädigten Gebäude wiederhergestellt werden sollen, wie lange Zeit man dazu braucht, um mit dem augenblicklich zur Verfügung stehenden Material den Wiederaufbau der Stadt zu betreiben. Die schon früher erwähnten Behelfsunterkünfte bedürfen dringend der Überholung. Schwere Schäden sind bei fast allen Baracken festzustellen[...] In Folge der kalten Witterung und mangels jeglicher Brennstoffe sind Öfen, Herde, Abortbecken, Handsteine und Waschbecken zu ersetzen[...] Der erste Bedarf wird mindestens auf 800 Wohnungen geschätzt. In Folge der ungeklärten Lage der Flüchtlinge ist der endgültige Bedarf an Neuwohnungen zur Zeit nicht abzusehen.

### **Kriminalität**

Die Kriminalität nimmt in erschreckendem Umfang zu. Die Diebstähle an Vieh, Lebensmitteln und Fahrrädern sowie allen anderen möglichen Dingen hat eine bisher nicht gekannte Höhe erreicht. Hinzu kommt, daß die Bevölkerung durch die kürzlichen Raubüberfälle auf einsam gelegenen Höfen stark beunruhigt ist. Die Täter, die mittlerweile festgesetzt werden konnten, hatten es hauptsächlich auf Radioapparate, Schreibmaschinen, Grammophone, Stoffe und Bargeld abgesehen. Außerdem

---

benutzten sie für Überfälle einen gestohlenen englischen Wagen. Außerdem hatten einige der Räuber englische Uniformen, so daß die rechtzeitig alarmierte Polizei keinen Gebrauch ihrer Waffen machen konnten. Auch die Zahl der Einbruchdiebstähle in Lebensmittelgeschäfte ist erschreckend. Ein offizieller schwarzer Markt kann in Wedel nicht festgestellt werden, jedoch werden auch hier Waren jeglicher Art im Schwarz- und Tauschhandel umgesetzt. Diese Geschäfte werden aber nicht öffentlich, sondern im Verborgenen, meist in Privatwohnungen der Geschäftspartner getätigt. In dem Ausländerlager in der Rissener Straße sollen umfangreichere Schwarzhandelsgeschäfte getätigt werden. In diesem Lager, das hauptsächlich von Letten und Esten bewohnt wird, verkehren noch häufig Polen. Eine Überwachung dieses Lagers ist unmöglich, weil das Lager nach allen Seiten freien Zutritt hat. Im Laufe des Berichtsmonats wurde hier eine Frau festgenommen, die falsche Lebensmittelkarten im Besitz hat. Durch diese Festnahme gelang es der Polizei, mehrere Personen in Hamburg, die sich mit der Herstellung von falschen Marken beschäftigten, festzunehmen.

## **März 1947**

### **Allgemeines**

Der materielle Notstand, in dem sich Deutschland durch den verlorenen Krieg und angesichts der Aufgabe befindet, 14 Mio. Flüchtlinge aufnehmen zu müssen, kennzeichnet auch die Schwierigkeiten, die die kleine Rolandstadt Wedel durchzukämpfen hat[...]

### **Versorgungslage**

Die kalte Witterung des Monats Februar und März machte das Fehlen auch nur der bescheidensten Feuerungsmengen besonders fühlbar. Hinzukam, daß das Heranbringen des im Kreis Steinburg geschlagenen Holzes wegen Vereisung der Flüsse nicht mehr möglich war. Hierdurch stand die Verwaltung öfters vor ernstesten Notständen, die zu beheben nur mit Einsatz aller Möglichkeiten geschafft werden konnten. In der Berichtszeit wurden außer Holz auf Brennstoffkarte  $\frac{1}{2}$  Zentner Brikett, auf die Ergänzungskarte  $\frac{1}{4}$  Zentner verabfolgt. Kleinkinder bis zu 2 Jahren, Schwerekriegsbeschädigte und Kranke, die im Besitz einer besonderen Brennstoffkarte waren, erhielten eine weitere Menge von  $\frac{1}{2}$  Zentner Brikett. Es hat sich bis heute jedoch immer ermöglichen lassen, in besonderen Notfällen Holz zusätzlich zu verteilen... Bedauerlicherweise hat diese furchtbare anhaltende Kälte nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet Schäden angerichtet, sondern es sind hierbei auch für die Folgezeit große Schäden an den Notunterkünften (Baracken) zu verzeichnen[...]

### **Baulage**

Die verflossenen 3 Monate haben das Bauamt vor schwere Aufgaben gestellt. Durch den Frost sind insbesondere in Baracken Schäden aufgetreten. Die Schneefälle taten ein übriges dazu. Besonders schwierig ist weiterhin die Materiallage. Seit meinem letzten Bericht sind dem Bauamt keine Baustoffe mehr zugeteilt worden, so daß es unmöglich wurde, auch nur die notwendigsten Instandsetzungen vorzunehmen. Unter den Frostschäden haben besonders die Behelfsunterkünfte in der Feldstraße und am Steinberg gelitten. Die Kanalisation war teilweise eingefroren, ebenso ein großer Teil der Frischwasserzuleitungen. Für die Bewohner dieser Baracken kam noch hinzu, daß in Folge des Mangels an Dachpappe auch die Dächer in einem derartigen Zustand waren. Vielen Bewohnern wurden das Leben dadurch unerträglich gemacht[...]. Hinzukamen noch die Stürme in der vergangenen Woche, die umfangreiche Schäden verursachten[...]

### **Gerüchte**

In Krisenzeiten, wie wir sie heute erleben, ist Gerüchten jeder Art Tor und Tür geöffnet. Ganz besonders sprach man in der letzten Zeit von den zahlreichen Verhaftungen von Nationalsozialisten in der britischen, amerikanischen und sowjetischen Zone. Auch hier spricht man hier und dort von den Resten nationalsozialistischer Kreise, doch konnte nichts Auffälliges in dieser Richtung festgestellt

werden. Die Verwaltung und auch die demokratischen Parteien haben in Zukunft ein wachsames Auge darauf gerichtet, sollten nationalsozialistische Kreise jemals wieder Betätigung suchen.

## **April 1947**

Immer noch ist die Stimmung der Bevölkerung infolge der Ernährungskrise gedrückt und niemand weiß, wie die Zukunft in nächster Zeit aussehen wird. Auch heute kann noch gesagt werden, daß die neuerlichen Kürzungen der Lebensmittelrationen sich weiter bedenklich auf die Moral ausgewirkt haben.

### **Versorgungslage**

Die Kürzung der Brotrationen wurde von der gesamten Bevölkerung mit großer Enttäuschung aufgenommen. Wenn auch hier in Wedel keine Ausschreitungen zu verzeichnen sind, so muß doch festgestellt werden, daß auch der Wedeler Brothandel unter dieser Kürzung und der augenblicklichen Verknappung der Kornvorräte sehr stark zu leiden hat. Das Ausfallen von Lieferungen in Hamburg und den umgrenzenden Gebieten, hauptsächlich in den Städten des Kreises, brachte es mit sich, daß deren Einwohner sich in diejenigen Gebiete begaben, so auch nach Wedel, um ihre Brotration einzukaufen. Die Stadtverwaltung sah sich deshalb gezwungen, um einem Totalausverkauf vorzubeugen, die Abgabe von Brot an Auswärtige zu beschränken. Man sah hier zwar auch Schlangen vor den Brotläden, aber es ist niemals eingetreten, daß die Stadt nicht in der Lage war, ihre eigene Bevölkerung mit Brot zu versorgen. Nachdem die Ernährungsämter in Folge der Krise der Brotrationen wieder auf ihren alten Stand erhöhten, hat sich zwar die Abgabe von Brot an Fremde erhöht und es kam vereinzelt zu Ausverkäufen. Ich glaube nicht, daß im Augenblick Schwierigkeiten dieser Art in Wedel eintreten könnten und hoffe, daß es den Getreidewirtschaftsverbänden möglich sein wird, auch für die anliegenden Gebiete die Versorgung sicherzustellen[...]

### **Kriminalität**

Ein Absinken der Kriminalität ist nicht festzustellen. Weiterhin wird gestohlen, schwarz geschlachtet, schwarz gebrannt. Auch glückte es der Polizei, einen sehr gut organisierten Schwarzhandel aufzuklären, was zur Überführung von 7 Tätern führte. Von insgesamt 53 Straftaten wurden 25 aufgeklärt. In der letzten Zeit haben die Kleindiebstähle zugenommen, während bei den schweren Einbruchdiebstählen ein Rückgang zu verzeichnen ist[...]

### **Kriegsgefangene**

Nachdem uns durch Moskau die Zahlen der in Rußland noch befindlichen Kriegsgefangenen genannt worden sind, hat in vielen Familien eine gewisse Traurigkeit Platz gegriffen. Die Zahl von nur 890.532 Kriegsgefangenen, die sich noch in russischer Kriegsgefangenschaft befinden sollen, wirkt dabei bedrückend. Diese Zahl unterscheidet sich zu sehr von der Vorstellung von 3 bis 4 Mio. deutscher Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Diese Auffassung hatten nicht nur die Deutschen, sondern auch im Ausland wurde nochmals darüber geschrieben. Wenn man die amtliche russische Mitteilung berücksichtigt, daß 1 Mio. Kriegsgefangene aus Rußland entlassen worden sind, so bleibt die Zahl derjenigen deutschen Wehrmachtangehörigen, die in Rußland als vermißt gelten, ungeheuer. Dieses bedeutet für unzählige Angehörige die Zerstörung mancher noch im inneren gehegten Hoffnung der Rückkehr. Ich glaube, daß alle Angehörigen das Recht haben zu der Frage, wie groß die Zahl der in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Personen gewesen ist und auch wie groß die Zahl war, die in russischer Kriegsgefangenschaft gestorben ist. Die Bevölkerung ist der Ansicht, daß man endlich die noch in russischen Kriegsgefangenschaft befindlichen 900.000 Überlebenden Gelegenheit geben muß, endlich Nachrichten zu geben, und zwar aus dem Gebot der Menschlichkeit.

---

---

## Mai 1947

Schon seit Tagen ist die Stimmung in der Bevölkerung in Folge des völligen Zusammenbruchs in der Ernährung gedrückt und sind alle hoffnungslos, wie sich wohl die nächste Zukunft entwickeln wird. Überall sieht man lauernernde Gefahren und ist doch machtlos dagegen, diesen energisch zu begegnen.

### Allgemeines

Wie in der Vorwoche haben die Gewerkschaften die Bevölkerung auf die kritische Versorgungslage hingewiesen, da wußte man allgemein, daß die nächste Zeit zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Als dann in der kommenden Woche der Kaloriensatz nicht höher als 740 Kalorien festgesetzt werden konnte, bemerkte man auch hier in Wedel in den Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Unruhe. Ausschlaggebend über das Stimmungsbarometer war die unmittelbare Nähe der Großstadt Hamburg, so daß auch hier die Protestkundgebungen der Betriebe gegen den Hunger auch auf einige Betriebe in Wedel um sich griffen. Die Kundgebungen verliefen planmäßig[...] Die Bevölkerung hat den Eindruck, daß nicht mal das tägliche Brot von den verantwortlichen Stellen sichergestellt werden kann[...] Im Augenblick steht Wedel unter dem Eindruck des Aufrufs des Landrats, für die Hungernenden im Kreise Pinneberg alle entbehrlichen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Dieser Appell richtet sich hauptsächlich an die landwirtschaftlichen Betriebe und sonstigen Selbstversorger. Es ist nicht zu erwarten, daß größere Mengen für die Verteilung in Wedel noch aufgetrieben werden können, da die Wedeler Bauern über ihr Ablieferungssoll hinaus abgeliefert haben.

### Kriminalität

Ein geringes Absinken der Kriminalität ist festzustellen. Im letzten Berichtsmonat waren 37 Fälle zu verzeichnen. Davon sind unaufgeklärt 22 Fälle. Leider setzt jetzt die Viehabschlachtung auf den Weiden wieder ein. Die Kleindiebstähle haben nach wie vor denselben Stand.

## Juni 1947

### Allgemeines

2 Pfund Brot und 1 Pfund Nahrungsmittel, das war die ganze Lebensmittelzuteilung eines »Normalverbrauchers«, die zu Beginn der 4. Woche der 102. Zuteilungsperiode aufgerufen wurde. Als die gesamte schaffende Bevölkerung gegen diese unzureichenden Rationen zum Teil durch Streiks protestierte, als alle verantwortlichen Stellen in den Städten, Kreisen, Regierungsbezirken und Ländern nachdrücklichst auf die unabsehbaren Folgen solches Hungerlebens hinwiesen, betrug die Wochenration immerhin noch 1.500 g Brot. Das ist aber nun schon einige Wochen her[...]

### Baulage

Die Zuteilung der Baustoffe hat sich auch in diesem Monat nicht geändert. Auch diesmal war es dem Bauamt nicht möglich, über geringfügige Reparaturen hinaus Wohnraum zu schaffen. Noch immer quält sich das Bauamt, die Winterschäden zu beheben. Es entsteht jedoch bei den beteiligten Stellen der Eindruck, daß seit Kriegsende viele Amtsstellen die Öffentlichkeit mit einer Anzahl von Bauvorhaben erfüllt haben. So begann es im Herbst 1945 mit dem »Sofortprogramm«. Seit Frühjahr 1946 läuft das »Wohnungsnotprogramm«. Jetzt taucht überall das große »Fünfjahresbauprogramm« auf, nachdem Wedel 540 Wohnungen wiederherstellen sollte. Leider sind diese schönen Pläne Papier geblieben, da die Lage auf dem Baumarkt sich immer weiter verschärft. Wenn man nur die während des Krieges errichteten Behelfsunterkünfte, Wohnbaracken, ansieht, so bedürften diese dringend der Überholung. Schwere Schäden sind bei fast allen Baracken festzustellen. Bei einem Teil am Fundament, bei anderen an der Außenhaut bzw. am Dach.

---

Zur Behebung der eingetretenen Schäden werden schätzungsweise

150.000 Stück Mauersteine

20 t Zement

15 m<sup>3</sup> Holz

15.000 m<sup>2</sup> Dachpappe

500 m<sup>2</sup> Fensterglas

sowie zahlreiche Herde, Abortdeckel, Handsteine, Waschbecken und andere Einrichtungsgegenstände benötigt.

Was ist von diesen Mengen zugeteilt worden. Im ersten Vierteljahr: Nichts. Im zweiten Vierteljahr: Nichts. Eigentlich ist seit November 1946 außer gelegentlichen Zuteilungen an Baustoffen für Reparaturen nichts mehr zugeteilt worden. Und von maßgebender Stelle verlautet, daß die Baustoffindustrie keine oder sehr wenig Kohle bekomme und deshalb kein Material hergestellt werde. Man fragt sich unter solchen Umständen, ob alle diese Programme das Papier wert sind, auf dem sie stehen. Für jeden, dem es nicht gelingt, seine bombengeschädigte Wohnung wiederherzustellen, ist es doppelt bedrückend, wenn er sieht, daß sein mit zu viel Hoffnung eingereicherter Bauantrag immer wieder mangels Baustoffen nicht berücksichtigt werden kann.

### **Gesundheitswesen**

Im allgemeinen ist der Gesundheitszustand im Verhältnis zu den Großstädten als zufriedenstellend zu bezeichnen. In Folge der Ernährungslage macht sich jedoch eine größere Säuglingssterblichkeit bemerkbar. Es ist nicht alleine den Ärzten klar, daß die Mütter oft nur unter ungeheurer Aufopferung noch einem gesunden Kinde das Leben zu geben vermögen. Es ist keine Seltenheit, daß das Gewicht der Mutter zwischen 30 und 40 kg liegt. Jeder Arzt weiß, daß eine solche Mutter nicht in der Lage ist, dem Kinde die natürliche Nahrung zu geben. Die Folge davon ist, daß die Säuglingssterblichkeit sehr viel höher ist als in den vorigen Jahren[...]

### **Wohnungsverhältnisse**

Wedel hatte im Jahre 1935 rund 8.500 Einwohner, dagegen jetzt 15.000. Von den vorhandenen Wohnungen wurden ca. 70 % total, schwer oder leichter zerstört. Dadurch ergab sich eine Wohnungsverhältnisse, die zu meistern kaum möglich ist. Hinzukommt, daß nach dem Bombenangriff die Stadt zur Unterbringung der zahlreichen Obdachlosen Baracken aufstellen mußte, die heute sich so richtig zu Elendsquartieren entwickelt haben. In diesen Baracken wohnen ca. 3.000 Menschen in völlig unzulänglichen Wohnungsverhältnissen, so daß die Stadt schon Wege beschritten hat, die Bewohner anderweitig unterzubringen. Da dies aber nur möglich ist durch eine weitsichtige Wohnungsplanung, kann nur durch Bereitstellung von Baustoffen dieser Not gesteuert werden.

### **Flüchtlinge**

Auch die Stadt Wedel hat trotz ihrer starken Beschädigung ihren Teil dazu beigetragen, ca. 6.000 Flüchtlinge und Bombengeschädigte aus anderen Städten zusätzlich aufzunehmen. Bei den Flüchtlingen handelt es sich hauptsächlich um solche, die keine Gelegenheit mehr gehabt haben, von ihrem Eigentum etwas in ihre neue Heimat mitzubringen. Die soziale Lage dieser armen Menschen ist eine bedauernswerte. Hinzukommt, daß es sich bei den Flüchtlingen zum größten Teil um Frauen und Kinder handelt, die die Fürsorgeeinrichtungen der Stadt in Anspruch nehmen. Diese Fürsorgeeinrichtungen sind seit 1945 bemüht, durch geldliche und sachliche Hilfeleistungen die Not dieser Menschen zu lindern. Viele dieser Familien sind jedoch nur sehr primitiv untergebracht. Es gibt viele, die nur einen einzigen Raum ihren nennen können. Viele von ihnen können seit Monaten nicht mehr ordentlich waschen. Es sind keine Waschkessel und keine Bottiche vorhanden, häufig wissen sie nicht, wie sie im Winter ihre Wäsche trocknen sollen. Dazu kommt der immer fühlbarere Mangel an Brennmaterial. Andererseits ist der Wäschebestand der Flüchtlinge und Ausgebombten auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Es muß daher um so öfter gewaschen werden. Die Folge ist daher ein

---

nicht aufhaltbarer Verschleiß des Eigentums dieser Menschen. Die Wirtschaftsämter sind nicht in der Lage, in Folge Mangels eines Kontingents an Spinnstoffen und Schuhwaren hier zu helfen.

### **Zwangsverschleppte**

In Wedel befindet sich, wie ihnen bekannt sein dürfte, ein Baltenlager. In den dort befindlichen Baracken sind hauptsächlich Letten, Esten und Litauer untergebracht. Im Berichtsmonat ist zwar ein Teil der Balten nach England gegangen. Es befinden sich immerhin noch eine größere Anzahl dort selbst. Ich hatte Gelegenheit, die Sonnenwendfeier mitzumachen, war sehr beeindruckt von der netten Gestaltung dieses Abends. Die Zusammenarbeit des neuen Lagerkommandanten mit der Stadt ist die denkbar beste.

### **Kriminalität**

Eine ansteigende Kriminalität ist wieder festzustellen. Im Berichtsmonat waren 33 Fälle zu verzeichnen, wovon 13 Fälle aufgeklärt werden konnten. Leider hört man jetzt wieder von Viehabschlachtungen und Felddiebstählen. Hier ist die ländliche Bevölkerung in großer Sorge, da man annehmen muß, daß infolge der außerordentlichen Verknappung von Lebensmitteln auch ein Ansteigen der Abschachtung auf den Weiden zu verzeichnen sein wird. Die hierfür von den Gerichten festgesetzten Strafen schrecken den Menschen nicht mehr. Die Waffe des Gesetzes der Strafandrohung ist stumpf geworden bei einem Volk, das 12 Jahre lang unter der Fuchtel der Gestapo lebte und sich daran gewöhnt hat, das Gesetz zu übertreten und das abgestumpft gegen Strafandrohungen ist. Eine Besserung wird hier nur dann erwartet, wenn die Ernährungsschwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Bedauerlicherweise wurden im Berichtsmonat in einer englischen Dienststelle 900 Ampullen Penizillin gestohlen. Leider war es der Polizei bis heute nicht möglich, die Täter ausfindig zu machen.

---

## H a u s o r d n u n g für Baracken - Unterkünfte.

Die Eigenart der Baracken-Bauweise macht es den Bewohnern zur Pflicht, eine gute Hausgemeinschaft zu pflegen, um das Leben innerhalb der Baracken-Einheit erträglich zu gestalten. Gegenseitige Rücksichtnahme gegen Jedermann sollte hierbei als höchster Grundsatz gelten. Darüberhinaus sind die Bewohner gehalten, die besonderen Belange der Allgemeinheit zu beachten, die im folgenden festgelegt sind:

- 1.) Störende Geräusche sind zu unterlassen. Insbesondere das Musizieren, Singen und der Rundfunkempfang sind nur in nichtstörender Lautstärke gestattet. Ebenso ist lautes Türenzuschlagen und vermeidbares Laufen mit festem Schuhzeug besonders in den oberen Stockwerken der Baracken zu vermeiden.
- 2.) Die Wohnung ist in einem ordnungsmässigen, aufgeräumten, sauberen Zustand zu halten. Ungeziefer ist zu bekämpfen! Jeder Mieter ist verpflichtet, bei Auftreten von Ungeziefer die Entwesung selbst zu veranlassen und der Verwaltung das Auftreten zu melden. Bei Aufgabe der Wohnung ist diese gesäubert und ungezieferfrei zu übergeben. Die Schlüssel sind unverzüglich dem Bauamt bzw. Vertrauensmann der Baracke auszuhändigen. Der Mietzins kann vom Vermieter bis zur Abgabe der Schlüssel berechnet werden.
- 3.) Die stadtseitig dem Mieter überlassenen Möbel, Herde, Öfen und sonstigen Inventarstücke der Baracken sind schonend zu behandeln und dürfen nicht aus der Wohnung entfernt werden.
- 4.) Die Kinder sind zu beaufsichtigen und unnötiges Verweilen sowie Lärmen und spielen in den Fluren zu unterbinden. Grünflächen sind nicht als Kinderspielfeld gedacht. Desgl. sind die zur Verschönerung der Anlage dienenden Bäume und Sträucher vor den Kindern zu schützen. Das Fällen der vorhandenen Bäume und der Beseitigung des Strauchwerks ist untersagt. Die Eltern werden für alle, durch Kinderhand entstandenen Schäden haftbar gemacht.
- 5.) Die in- und ausserhalb den Baracken befindlichen sanitären Anlagen sind in einwandfreiem und sauberen Zustand zu halten. Wasserhähne, Toiletten- und Ausgüsse sind pfleglich zu behandeln. Unpassende Sachen, die zur Verstopfung der Toiletten und Ausgüsse führen können, dürfen nicht in die Anlagen geschüttet werden. Bei Frostwetter sind die erforderlichen Schutzmassnahmen durchzuführen, da sich Wasserrohrbrüche und dgl. auch zum Nachteil der Bewohner auswirken. Die Anordnungen der Vertrauensmänner sind unbedingt zu beachten. Der Wohnungsinhaber wird für alle Schäden, welche durch offensichtliches Verschulden entstanden sind, haftbar gemacht.
- 6.) Das Zerkleinern von Feuerungsmaterialien und die Ausführung handwerklicher Tätigkeit innerhalb der Wohnbaracken ist nicht gestattet. Desgleichen dürfen keine leicht brennbaren oder übelriechenden Stoffe in der Wohnung aufbewahrt werden.
- 7.) Die Reinigung der Wohnung hat so zu geschehen, dass die Mitbewohner dadurch nicht belästigt werden. Das Herauswerfen- und steigen insbesondere aber das Entstauben von Gebrauchsgegenständen aus den Fenstern der Stagen-Baracken wird strengstens untersagt. Die Bedienung der Fenster hat schonend zu erfolgen. Die gemeinsam benutzten Flure, Treppen (Kellertreppen) und Toiletten sind auch gemeinsam zu reinigen. Vereinbarungen wegen der Reihenfolge der Wochenreinigung können die Mieter unter sich treffen. Bei vorhandenen Kellerräumen ist einmal im Jahr (vor Pfingsten) eine gemeinschaftliche Reinigung und Überholung durchzuführen.  
Durch das Halten von Haustieren (Hunden und Katzen) darf niemand belästigt werden. Andere Tiere gelten nicht als Haustiere und dürfen grundsätzlich nicht in den Baracken gehalten werden.
- 8.) Müll und sonstige Abfälle sind in Mülleimer zu schütten. Jede Verunreinigung der näheren Umgebung der Baracken mit Asche und Abfällen wird strengstens untersagt. Jeder Mieter hat sich der ortsüblichen Müllabfuhr anzuschliessen. Toiletteneimer sind möglichst nur in den Abendstunden zu entleeren;

Der

- 2 -

Der Inhalt ist sorgfältig mit Erde zu bedecken.

9.) Für die Erhaltung des baulichen Zustandes der Baracken ist folgendes zu beachten:

Bauliche Veränderungen in den Baracken dürfen ohne Genehmigung des Bauamtes nicht vorgenommen werden. Diese Genehmigungspflicht für Veränderungen bezieht sich auch auf sanitäre Anlagen, Feuerungsanlagen, Lichtanlagen sowie auf das Erstellen von Ställen und Schuppen an den Baracken und Innerhalb des Barackengeländes. Feuchtigkeithaltende Veränderungen jeder Art am Holzfundament (Abdichten durch Anwurf von Erde und dgl.) sind nicht statthaft, da dadurch der Verfall der Baracken gefördert wird. Die Fußböden bei den Wasser-Zapfstellen sind trocken zu halten. Für ein ordnungsmässiges Verschiessen der Türen und Fenster bei Unwetter, Nacht und Abwesenheit ist von den Bewohnern der Baracken Sorge zu tragen. Das Anbringen von Schildern und Plakaten an den Baracken darf nur mit Genehmigung des Stadtbauamtes geschehen. Die Mieter haben dafür zu sorgen, dass die Öfen und Herde ordnungsmässig instandgehalten und gereinigt werden, damit Feuergefahr und Rauchbildung vermieden werden. Abzugsrohre dürfen nicht verändert werden. Nach jeder Schornsteinreinigung sind im Rahmen der Flurreinigung bzw. durch den Wohnungsinhaber die Rückstände aus dem Kamin zu entfernen.

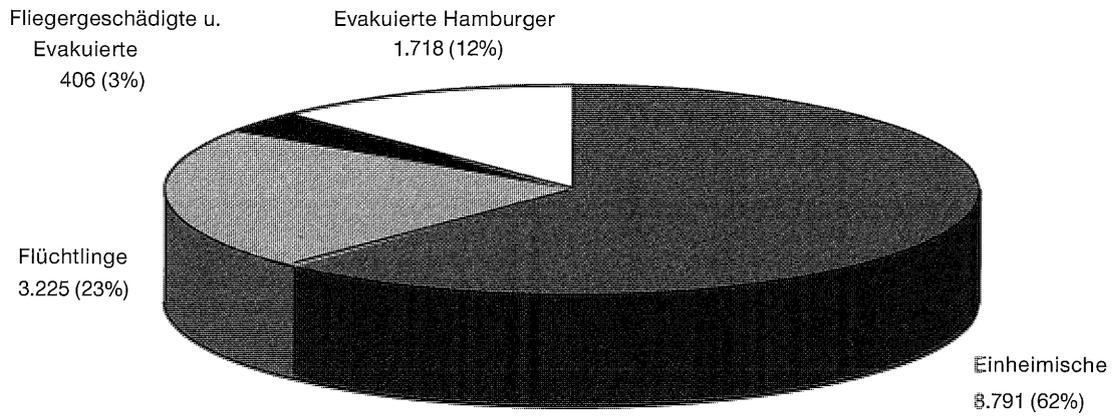
Die Rufnummer der Feuerwehr ist 310! Bei Ausbruch eines Brandes ist es Pflicht der Bewohner, die Ausbreitung des Brandes bis zum Eintreffen der Feuerwehr zu verhindern. Zur Vermeidung von Geganzug dürfen Türen und Fenster eines brennenden Raumes nicht geöffnet werden.

- 10.) Das Betreten der Barackendächer wird grundsätzlich streng verboten, desgl. das Anbringen von Antennen an den Schornsteinköpfen. Die trotz Verbots bereits montierten Anlagen sind bis 1. April 1950 zu entfernen. Entstehende Schäden an der Dachfläche sind vom Besitzer der Antenne auf eigene Kosten zu beseitigen.
- 11.) Auf dem Hof ist stets Ordnung zu halten. Das dem Mieter ohne Rechtsanspruch zugeteilte Land ist zweckmässig zu verwenden. Unrat und Gertümpel darf dort nicht abgelagert werden. Die Anlegung von Dungstätten in Barackennähe ist grundsätzlich untersagt. In Sonderfällen ist ein Abstand von 10 m von den Baracken einzuhalten.
- 12.) Die Benutzung von Dachböden zur Lagerung oder Aufbewahrung ist streng untersagt.
- 13.) Die Flurbeleuchtung ist von 22.00 bis 6.00 Uhr morgens abzuschalten und darf während dieser Zeit nur kurzfristig benutzt werden. Die Beleuchtung in den Waschräumen und Toiletten ist sofort nach Verlassen der Räume wieder auszuschalten.
- 14.) Für die Aufrechterhaltung der Ordnung in jeder Wohnbaracke ist der Vertrauensmann eingesetzt, welcher die Interessen der Bewohner, wie auch des Vermieters wahrnimmt.
- 15.) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Hausordnung entscheidet der Vermieter, der sich auch Änderungen vorbehält. Für Schäden, die sich aus der Nichtbeachtung der Hausordnung ergeben, haftet der Mieter. Bei groben Verstößen gegen die Hausordnung kann der Vermieter eine Zwangsräumung veranlassen.

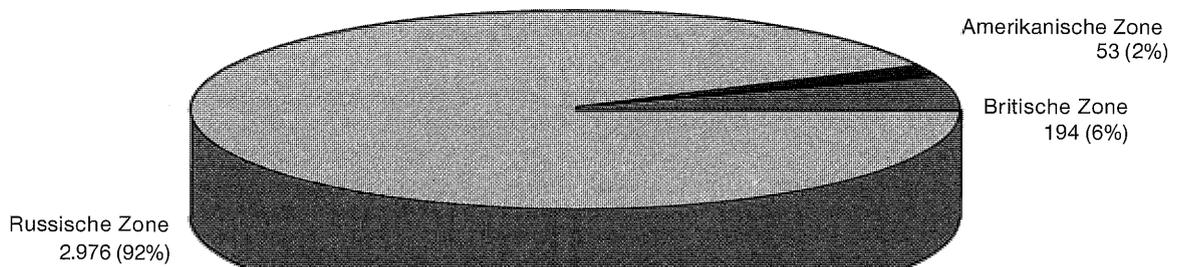
Wedel/Holst., den 15. März 1950

Stadt Wedel/Holstein  
Der Stadtdirektor  
-Stadtbauamt-

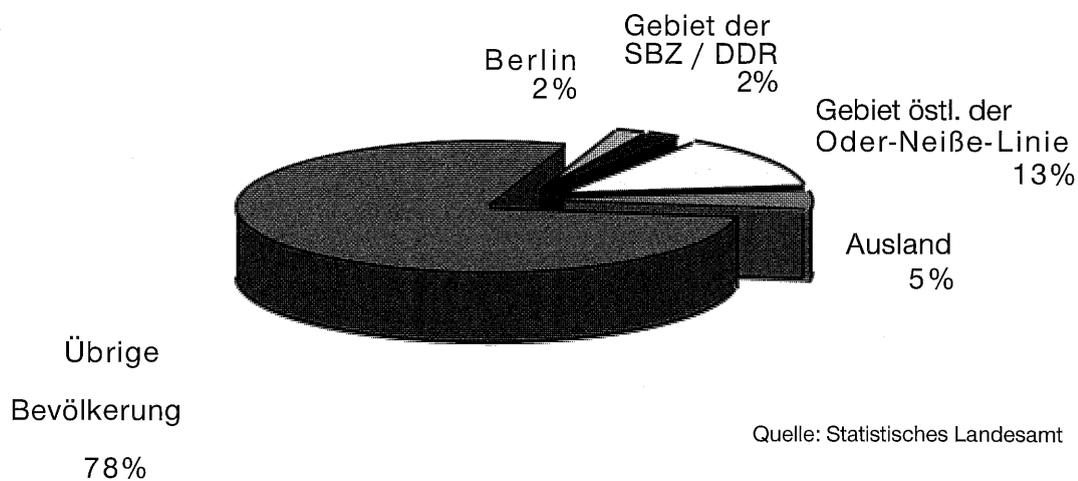
### Bevölkerung Wedels im Januar 1946



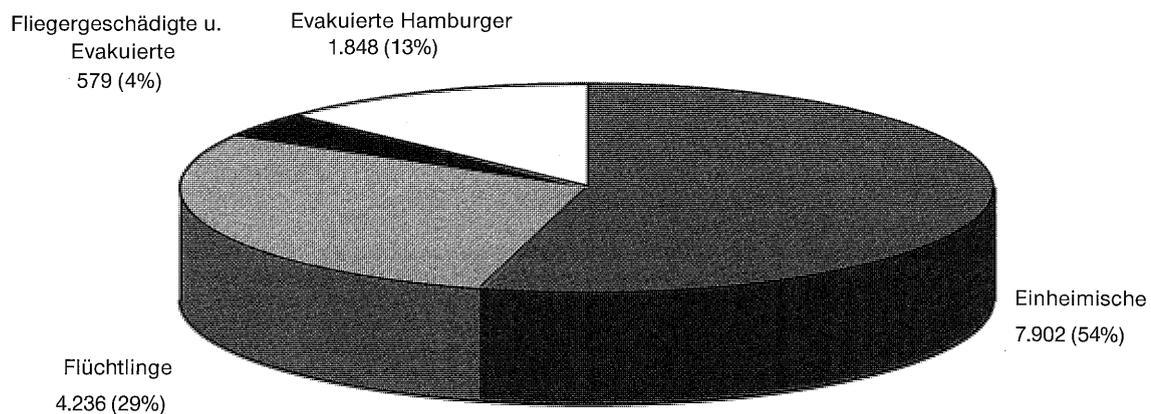
### Herkunft der Flüchtlinge unterteilt nach Besatzungszonen im Januar 1946



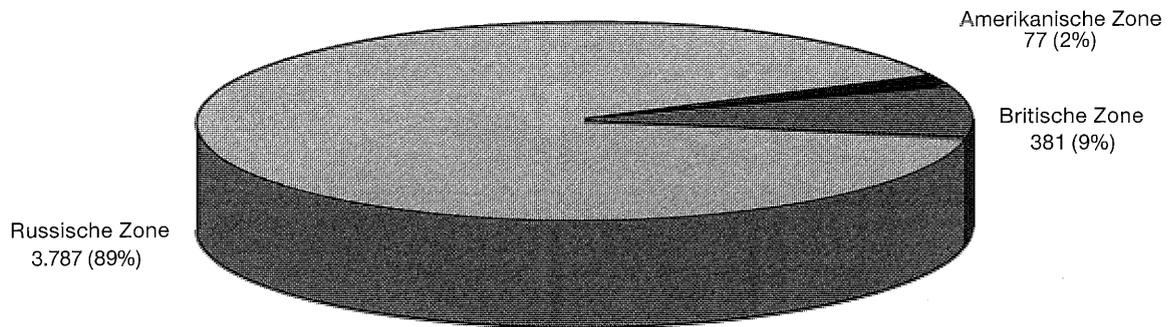
Ortsanwesende Bevölkerung Wedels am 29.10.1946 verteilt  
nach Wohnsitzen zum September 1939



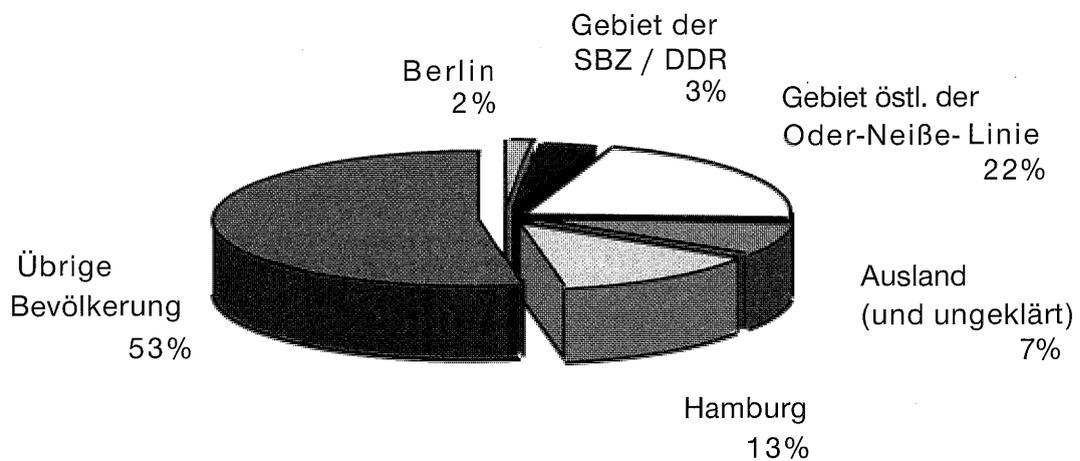
Bevölkerung Wedels  
im Juli 1947



Herkunft der Flüchtlinge  
unterteilt nach Besatzungszonen  
im Juli 1947



Wohnbevölkerung Wedels am 13.09.1950 verteilt nach  
Wohnsitzen im September 1939



## Literaturverzeichnis

- Aktion Gemeinsinn: Die geteilte Heimat. Neuanfang für die Deutschen im Osten oder Aussiedlung zu uns. Bonn 1994.
- Bohlmann, Heinz: Fäuste - Führer - Flüchtlingstrecken. Ein Betrag zur Geschichte der Städte Geesthacht und Lauenburg. 1930-1950. Schwarzenbek 1990.
- Brosius, Dieter/  
Hohenstein, Angelika: Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945-1948. Hildesheim 1985
- Bund der vertriebenen  
Deutschen Kreisverband  
Pinneberg (Hg.): 40 Jahre Bund der vertriebenen Deutschen. Uetersen o.J.
- Carstens, Uwe: Die Flüchtlingslager der Stadt Kiel: Sammelunterkünfte als desintegrierender Faktor der Flüchtlingspolitik. Marburg 1992.
- Chill, Hugo: Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet 1947-1967. In: Jahrbuch des Kreises Pinneberg 1968.
- Christus-Kirchen-  
gemeinde Schulau (Hg.): KZ Wedel. Das vergessene Lager. Wedel 1983
- Damm, Walter: Arbeiter, Landrat und Flüchtlingsminister in Schleswig-Holstein. Bonn 1978.
- Deutsches Rotes Kreuz:  
(Hg.) Stationen der Menschlichkeit. 125 Jahre Rotes Kreuz in Hamburg. Hamburg 1971.
- Dies.: 40 Jahre Suchdienst des DRK. Bonn 1985.
- Erdmann, Walter: Ohne Befehl. Das Rote Kreuz in Schleswig-Holstein damals - gestern - heute. Kiel 1969.
- Frantziach, Marion: Die Vertriebenen. Hemmnisse und Wege ihrer Integration. In: Schriften zur Kulturosoziologie Bd. 9. Hg. von Justin Stagl, Berlin 1987.
- Freund, Michael: Heimatvertriebene und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Ein Beitrag zu ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung als Bundes- und Landtagsabgeordnete. Kiel 1975.
- Gemeinde Wentorf:  
(Hg.) Die Gemeinde Wentorf bei Hamburg erzählt ihre Nachkriegsgeschichte 1945-1950. Wentorf 1988.
- Gietzelt, Martin: Flüchtlinge und Vertriebene in Norderdithmarschen, 1945-1950. In: Zeitschrift Dithmarschen 1993.
- Glensk, Evelyn: Die Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hamburg, 1945-1993. Darmstadt 1994.
- Grieser, Helmut: Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager im Spannungsfeld von sozialdemokratischer Landespolitik und Stadtverwaltung, 1945- 1950. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Nr. 69. Wiesbaden 1980.
- Grube, Frank und  
Richter, Gerhard: Die Schwarzmarktzeit. Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1979.
- Dies.: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
- Hohlbein, Hartmut: Hamburg 1945. Kriegsende, Not und Neubeginn. Hamburg 1985.
- Innenministerium Baden-  
Württemberg (Hg.): Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Ausstellungs-Begleitband. Sigmaringen 1993.
- Innere Mission und Ev.  
Hilfswerk im Grenzdurch-  
gangslager Friedland e.V.  
(Hg.): Bewegte Jahre - Erzählte Geschichte. Evangelische Diakonie im Grenzdurchgangslager Friedland 1945 bis heute. Friedland 1992.

- 
- Jacobmeyer, Wolfgang: Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland, 1945-1951. Göttingen 1978.
- Jastrow, Alfred: Vertriebene und Flüchtlinge in Nordfriesland. Husum 1978.
- Jens, Ernst: Die bauliche Entwicklung Wedels seit der Stadtwerdung. In: Einhundert Jahre Stadt Wedel. Pinneberg 1975.
- Jessen-Klingenberg, Manfred: Geschichte Schleswig-Holsteins. Freiburg 1984.
- Jürgensen, Kurt: Die Briten in Schleswig-Holstein 1945-1949. Neumünster 1989.
- Ders.: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem 2. Weltkrieg. Neumünster 1969.
- Kirchlicher Suchdienst-Zentralstelle der Heimatortskarteien (Hg.): Die Heimatortskarteien der kirchlichen Wohlfahrtsverbände. Altötting 1994
- Klawe, Willy und Von Essen, Manfred (Hg.): Bauern, Siedler, Flüchtlinge. Der Norderstedter Raum 1935-1955 In: Berichte der Norderstedter Geschichtswerkstatt Band 11. Norderstedt 1989.
- Kreis Pinneberg (Hg.): Allgemeiner Kreisführer von Schleswig-Holstein. Hamburg 1949.
- Kreßin, Arthur: Die Entstehung der Hamburger Krankenanstalten. Hamburg 1959.
- Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein (Hg.): Minderheiten im Deutsch-Dänischen Grenzgebiet. In: Gegenwartsfragen 69. Kiel 1993.
- Lüdemann, Herrmann: Die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Kiel 1949.
- May, Klaus: Wing Commander A.J. Byars und der Kreistag 1946. In: Jahrbuch des Kreises Pinneberg, 1995.
- Meyer, Heinz: Die wirtschaftliche Entwicklung im Kreise Pinneberg seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Jahrbuch des Kreises Pinneberg, 1983
- Museumsverein Wustrow e. V. (Hg.): Fremde, Flüchtlinge im Landkreis Lüchow-Dannenberg, 1945-1955. Wustrow 1991.
- Norddeutscher Verleger- und Buchhändler-Verband e. V. (Hg.): Als der Krieg zu Ende war... Ein Lesebuch vom Neubeginn in Hamburg und Schleswig-Holstein. Hamburg 1985.
- Nuscheler, Franz: Das Jahrhundert der Flüchtlinge. In: Schulze Rainer u.a. (Hg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hildesheim 1987.
- Packroß, James und Rickmers, Peter (Hg.): Helgoland ruft! Hamburg 1952.
- Papke, Erwin (Hg.): Flucht und Vertreibung. Schüler befragen Heimatvertriebene, 1945-1984. Itzehoe 1984.
- Proll, Jürgen: Die letzten Kampfhandlungen im Mai 1945 um Barmstedt. In: Jahrbuch des Kreises Pinneberg 1979.
- Schäfer, Thomas: Die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft, 1950-1958. Neumünster 1987.
- Scharff, Alexander: Geschichte Schleswig-Holsteins. Freiburg/Würzburg 1984
- Schier, Siegfried: Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. Lübeck 1982.
- Schmidt, Torsten: Das Nachkriegsschicksal der Insel Helgoland im Spiegel der Zeitschrift »Helgoland, ein Mitteilungsblatt für Hallunner Moäts« In: Demokratische Geschichte VI. Kiel 1991.
-

- 
- Schmidt, Wolfgang: Wedel und der 8. Mai 1945. Bericht nach dem Archiv der Stadt Wedel (Holstein). Unveröffentlichtes Manuskript. Wedel 1985.
- Stadt Wedel (Hg.): Heimatbuch der Stadt Wedel. Wedel 1939
- Dies.: Heimatbuch der Stadt Wedel 1950. Hamburg 1950
- Dies.: Stadt an der Elbe, Marsch und Geest. Ein Heimatbuch zur 750-Jahr-Feier Wedels. Frechen 1962.
- Dies.: Kleine Stadt in großer Not. Denkschrift 1943 bis 1947. Wedel 1947
- Stadt Stade (Hg.) Mangeljahre. Lebensverhältnisse und Lebensgefühl im Landkreis Stade 1945-1949. Stade 1989.
- Stams, Walter: Erinnerungen an Pöppendorf. In: Zeitschrift Schleswig-Holstein. 1955.
- Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hg.): Das Flüchtlingsgeschehen in Schleswig-Holstein in Folge des 2. Weltkrieges im Spiegel der amtlichen Statistik. Kiel 1974.
- Stüber, Gabriele: Der Kampf gegen den Hunger 1945-1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg. Neumünster 1984.
- Theisen, Alfred: Die Vertreibung der Deutschen - ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B 7-8/95. Bonn 10.02.1995
- Vorpahl, Dietrich: Die Segeberger Flüchtlingskonferenz 1947. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 1982.
- Wedel. Kleinstadt am Tor zur Welt. In: Sonderbeilage zur ostdeutschen Zeitschrift »Die Stimme« 1953.
- Weiher, Uwe: Die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremerhaven, 1945-1960. Bremen 1992.
- Wertz, Renate L.: Die Vertriebenen in Schleswig-Holstein. Aufnahme und Eingliederung. Kiel 1988.
- Whiting, Charles: Norddeutschland, Stunde Null. Düsseldorf 1980.
- Wicke, Arnold: Das Schicksal der Heimatvertriebenen im Kreis Eckernförde. Eckernförde 1979.
- Will, Frank: Rechts - zwo - drei -. Nationalsozialismus im Kreis Pinneberg. Pinneberg 1993.
- Wleklinski, Oliver: 3. März 1943. Die Bombardierung Wedels im 2. Weltkrieg. Wedel 1993.
- Ders.: »Marine-Sonderanlage Wenzel«. Ein Bauprojekt des 3. Reiches in Wedel (Holstein) 1943-1945. In: Jahrbuch des Kreises Pinneberg 1991.
- Kartengrundlagen: Deutsche Grundkarte 1 : 5.000/ Ausschnitt vervielfältigt mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein vom 20.03.1995. 3-562.6 S. 195/95.A
-

